

Ausschussvorlage INA/16/67

eingegangene Stellungnahmen zu der

schriftlichen Anhörung zu dem

**Dringlichen Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend
Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen
– Drucks. 16/6708 –**

1. Stiftung Citoyen, aktiv für Bürgersinn	S. 1
2. Prof. Dr. Benno Hafener, Philipps-Universität Marburg	S. 2
3. Prof. Dr. Ulrich Wagner, Dr. Oliver Christ, Philipps-Universität Marburg, Fachbereich Psychologie	S. 8
4. Prof. Dr. med. Manfred Cierpka, Uniklinikum Heidelberg, Institut für Psychosomatische Kooperationsforschung und Familientherapie	S. 11
5. Bürgerinitiative Bunt statt Braun e. V.	S. 15
6. Kreis Ausschuss des Lahn-Dill-Kreises, Abteilung Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz	S. 18
7. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hessen	S. 21
8. Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen	S. 23
9. Hessischer Jugendring e. V.	S. 24
10. Werner Sohn, Kriminologische Zentralstelle e. V.,	S. 27
11. Sportjugend Hessen	S. 30
12. NDC Landesnetzstelle Hessen, DGB-Jugendbüro Südhessen	S. 33
13. SMOG e. V., Schule machen ohne Gewalt	S. 35
14. MBT Hessen – Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus u. Rechtsextremismus für demokratische Kultur e. V.	S. 41
15. Deutsches Jugendinstitut	S. 44
16. Fritz Bauer Institut, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust	S. 51
17. Jugendbegegnungsstätte Anne Frank	S. 53
18. Fachstelle Jugendschutz.Net	S. 56
19. Dr. Alexandra Kurth, Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft	S. 59
20. Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz)	S. 69
21. Amt für Lehrerbildung (AfL)	S. 74
22. Hessische Landeszentrale für politische Bildung	S. 77
23. DGB-Jugend Hessen	S. 79

S T I F T U N G
CIToyEN
aktiv für Bürgersinn

Stiftung Citoyen • aktiv für Bürgersinn • Oeder Weg 43 • 60318 Frankfurt

Hessischer Landtag
Der Vorsitzende des Innenausschusses
c/o Frau Heike Thaumüller
Az: I A 2.6

29.03.07 K

Postfach 3240
65022 Wiesbaden

27.03.2007

**Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum
Thema Rechtsextremismus**

Sehr geehrte Damen und Herren,

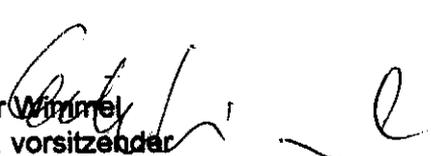
die Stiftung CIToyEN sieht sich entsprechend der Satzung verpflichtet dem Gemeinwohl zu dienen. Das bedeutet für die Stiftung, Förderung und Unterstützung von Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern in den Bereichen der Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen, die über die staatlichen Massnahmen hinaus gehen.

Aufklärung und Einübung demokratischer Grundregeln auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, Abwehr von menschenfeindlichen und rechtsextremen Tendenzen werden dort unterstützt wo staatliche Massnahmen nicht ausreichen.

Finanziell und persönlich haben wir der Jugendbegegnungsstätte „Anne Frank“ in Frankfurt sowie der Evangelischen Akademie in Arnoldshain bei ihren Projekten gegen Rechtsextremismus gefördert. Wir werden auch in der Zukunft mithelfen, den Einfluss rechtsextremer Ideologien zu verhindern.

In diesem Sinne verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Dieter Wimmel
stellv. Vorsitzender



Stiftung Citoyen
aktiv für Bürgersinn

Oeder Weg 43
60318 Frankfurt am Main
Tel: 069/ 69 76 73 75
Fax: 069/ 69 76 88 49
info@stiftung-citoyen.de
www.stiftung-citoyen.de

Vorsitzende
Adeheid Tröscher
stellv. Vorsitzende
Dr. Marita Haibach
Dieter Wimmel
Vorstand:
Dr. Christian Kretschmer
Dorothee Vorbeck
Wilhelm Zimmermann
Geschäftsführer
Wolf von Mutius
Kuratoriumsvorsitzende
Helga Dierichs

PHILIPPS - UNIVERSITÄT MARBURG
INSTITUT FÜR ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT

- PROF.DR. BENNO HAFENEGER -



Institut für Erziehungswissenschaft
Wilhelm-Röpke-Str.6, Block B, D-35032 Marburg

35032 Marburg, den 29.03.2007

Durchwahl (06421) 28 25173

Sekretariat (06421) 28 25170

oder (06421)28 24703,

(Geschäftsstelle)

Fax-Nr. (0 64 21) 28 28946

Stellungnahme „Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen“

Die folgende Stellungnahme bezieht sich auf einige Aspekte, die im „dringlichen Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen“ (Drucksache 16/6708) angesprochen sind.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die Antwort der Hessischen Landesregierung auf die große Anfrage von Abgeordnete der SPD-Fraktion betrifft „Rechtsextremismus in Hessen“ (Drucksache 16/5052 vom 02. November 2006) einen informativen, materialreichen und gehaltvollen Einblick gibt. Damit liegen viele Daten und Informationen sowie eine gute Grundlage für die weitere Diskussion und Profilierung von angemessenen Bekämpfungsstrategien vor.

1.

Es gibt keinen „Hessen-Report“ und kein „Hessen-Barometer“, aber eine Reihe von repräsentativen Studien für die Bundesrepublik Deutschland und vereinzelt für Bundesländer zum rechtsextremen, fremdenfeindlichen, antisemitischen, rassistischen Einstellungspotenzial in der Bevölkerung und auch der jungen Generation (vgl. u. a. die

jährlich gemessene „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF)). Es ist davon auszugehen, dass sich die bundesweit repräsentativen Daten oder die Daten aus anderen Bundesländern auch so in Hessen abbilden; und somit in großen Teilen der Bevölkerung und der jungen Generation solche Einstellungen und Orientierungen zu finden sind (wie sie u. a. in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung abgebildet sind). Es ist – und darauf wird mit Blick in die Ergebnisse des GMF-Projektes immer wieder hingewiesen – nicht nur ein Problem des gesellschaftlichen „Randes“, sondern es geht um Entwicklungen in der „Mitte der Gesellschaft“, um Normalisierungsprozesse, die weit über den „rechten Rand“ hinausweisen.

2.

Bei der Diskussion um Ursachen und angemessene Strategien geht es auch – aber nicht nur – um „Versäumnisse bei der Schul- und Erwachsenenbildung“ (so im Antrag). Hier darf zunächst nicht begrenzt und engeführt, sondern muss – wie viele Studien und analytische Beiträge zeigen – komplexer und tiefer gedacht werden. Der Blick muss sich u. a. richten auf: gesellschaftliche und soziale Desintegrations- und Spaltungsprozesse, politische und öffentliche Debatten (mit ihren Metaphern, Bildern, Schuldzuweisungen), auf Stimmungen, Alltagskulturen und Vorurteilsmentalitäten in Teilen der Bevölkerung (Stichwort: Stammtischparolen). Weil rechtsextreme Orientierungen immer auch gelernt und übernommen werden, geht es in der Prävention (von Anfang an) um den jeweiligen (arbeitsteiligen) Beitrag von Politik und Zivilgesellschaft (u. a. Verbände, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeber), von Familie, Kindergarten/Kindertagesstätten, Schule, Ausbildung/Arbeit, Freizeit/Jugendarbeit (Jugendgruppen, Peergroups), politischer Bildung, Elternbildung/Erwachsenenbildung. Nur eine solche breite Perspektive ist in der Lage, differenzierte und angemessene „Instrumente“ zu entwickeln, die rechte Orientierungen verhindern bzw. demokratisches Bewusstsein ausbilden, erfahrbar machen und verstetigen. Hier ist auf die evaluierten Erfahrungen aus dem CIVITAS-Programm zu verweisen, die insbesondere für die Jugend- und Gemeinwesenarbeit auf die notwendigen Kontinuität und Professionalität sowie auf abgestimmte lokale Handlungspläne verweisen.

3.

Die extreme Rechte ist mit der NPD und den REP seit mehreren Legislaturperioden in einigen hessischen Kommunalparlamenten vertreten. Neben dem parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus ist vor allem auf zwei Entwicklungen im jugendlichen Rechtsextremismus hinzuweisen, die seit mehreren Jahren eine besondere Dynamik haben:

- a) die Entwicklung der Kameradschaftsszene (als Jungmännerszene, ideologisch verfestigt und aktivistisch, z. T. auch gewaltbereit) mit ihren Kontakten zur NPD;
- b) dann die jugendkulturelle Szene mit ihren Cliques und Vernetzungen.

Diese Szene mit typischen Merkmalen einer Jugendkultur haben wir in den Jahren 2001/2002 in Hessen und mehreren Landkreisen untersucht und publiziert – mit dem Ergebnis: Es ist ein breites Phänomen in vielen Kommunen; Musik spielt eine zentrale Rolle; es gibt Treffpunkte, Vernetzung und Konzertbesuche. Die jugendkulturelle Szene ist kein vorübergehendes und kurzlebige Phänomen, das zeigen die Ergebnisse einer gerade laufenden Wiederholungsstudie (die z. Z. ausgewertet und dann der Öffentlichkeit vorgestellt wird). Hier haben (vor allem auch jüngere) Jugendliche im Alltag ein niedrigschwelliges Angebot, mit dem sie insb. über rechtsextreme Musik, Treffen/Treffpunkte, die Nutzung der Medien (Präsentation, Kommunikation, Spiele) mit Ideologiefragmenten in Kontakt kommen. Diese Dimension der emotionalen und ideologischen Sozialisation und Beeinflussung in der prägenden Entwicklungsphase (Pubertät und Adoleszenz) kann auch längerfristig für den mentalen und politischen Zustand der Republik – bzw. das Bundesland Hessen – folgenreich werden. Weitere Erkenntnisse sind hier: Solche Gesellungsformen finden sich vor allem in ländlichen Regionen (in Dörfern) und es sind – nicht nur aber – überwiegend männliche Jugendliche.

4.

Untersuchungen und Beobachtungen zeigen, dass Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus vor allem in kleinen Gemeinden und Städten, im ländlich-kleinstädtischen Raum signifikant sind (siehe auch Repräsentanz in kommunalen Parlamenten), dass sich vor allem hier auch Treffpunkte (Immobilien), Kameradschaften und jugendkulturelle Aktivitäten (Cliques) finden. Damit kommt der Bereitstellung und Förderung von Jugendarbeit (Vereine und Verbände, offene Jugendarbeit, Initiativen) mit

ihrer Bedeutung in der Vergemeinschaftung und Integration der jungen Generation in das Gemeinwesen eine besondere Bedeutung zu.

5.

Für die Landespolitik können vor dem Hintergrund vorliegender Erfahrungen und entwickelter Ansätze eine Reihe von weiteren Akzentsetzungen (Initiativen) begründet werden, auf die hier aus einer bildungs- und jugendpolitischen Perspektive hingewiesen werden soll:

- Ein in angemessen (2-jährigen) Abständen vorgelegter wissenschaftlicher „Hessen-Report“ stellt der Politik und Gesellschaft seriöse Problemdiagnosen, Daten und Empfehlungen zur Verfügung; nur seriöses Wissen ermöglicht angemessene Vorgehensweisen und gut begründete „Instrumente“ für die Auseinandersetzung und die Entwicklung von Bekämpfungsstrategien. Dazu gehört dann auch die regelmäßige Evaluierung der – vielfältigen und zu koordinierenden – Aktivitäten in diesem Bereich (zu Wirkungen und Wirkungskontexten, Erfolgen und Misserfolgen, Chancen und Grenzen).
- Gelebtes bürgergesellschaftliches Engagement und demokratische Alltagskultur gehören zu den zentralen präventiven Säulen in der Auseinandersetzung mit lokalen Rechtsextremismusproblemen. Das gilt für Bürgerinitiativen, Vereine und Verbände, vor allem auch für die Jugend(kultur)arbeit und außerschulische politische Jugendbildung; diese Bereiche gilt es weiter zu stärken, zu qualifizieren und zu unterstützen. Die Einbindung von möglichst vielen Kindern und Jugendlichen in demokratisch-verbandliche Gesellungsformen kann ein wesentlicher Beitrag der sozialen, gemeindlichen Integration und Anerkennung sein. Der Aus- und Fortbildung von Multiplikatoren (kommunale Verantwortungsträger, einflussreiche lokale Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Kultur), von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von Initiativen kommt ein wichtiger Stellenwert zu; von ihnen geht – verbunden mit professioneller Beratung und Qualifizierung – als

meinungsbildenden Schlüsselpersonen eine Breitenwirkung in das kommunale Leben aus.

- Das Land Hessen sollte Bürgerengagement in der Auseinandersetzung mit lokalem Rechtsextremismus in regelmäßigen Abständen öffentlich (z. B. im Rahmen einer Preisverleihung) würdigen. Die Stärkung der Zivilgesellschaft und ihrer Akteursgruppen ist ein wichtiger Baustein in der Weiterentwicklung der demokratischen politischen Kultur.
- Demokratische Schulkultur, Partizipation und Demokratielernen in der Schule ermöglichen positive Anerkennungs- und Inklusionserfahrungen. Daher sollte das in Hessen gerade ausgelaufene BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ mit seinen positiven Erfahrungen verstetigt und auf alle Schulen übertragen werden. Politische Bildung, Demokratiepädagogik und interkulturelles Lernen (bzw. Zusammenleben) sowie die Thematisierung von Rechtsextremismus sind die wesentlichen Dimensionen schulischen Lernen, die es zu ermutigen und fördern gilt. Schülerinnen und Schüler mit positiven Anerkennungsbilanzen und Partizipationserfahrungen in der Schule sind weniger anfällig für rechte Orientierungen.
- Empirische Befunde zeigen, dass fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen nicht jugendzentriert verengt werden dürfen, sondern vor allem auch ein Problem in der Erwachsenengesellschaft sind. Daher kommt sowohl der aufklärenden und handlungsorientierten Erwachsenenbildung wie auch der Elternberatung (die in ihren Familien mit Rechtsextremismus konfrontiert sind) eine besondere Bedeutung zu.
- IKARUS ist ein wichtiger Baustein in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Die vorliegenden Erfahrungen zeigen die Bedeutung von Kompetenzen im Bereich von Interventionen, Beratung, Qualifizierung, Infrastrukturentwicklung und Ausstiegshilfen.
- Eine auf Dauer und mit langem Atem verbundene Auseinandersetzung bedarf auch auf Landesebene der Vernetzung, Beratung und Qualifizierung sowie einer intervenierenden, koordinierenden bzw. moderierenden Anbindung. Hier bietet sich eine Servicestelle mit personeller Kontinuität (in enger Kooperation mit IKARUS bzw. angebunden an IKARUS) an.

Die Bilanz der letzten 15 Jahre zeigt, dass sich Politik und Gesellschaft auch in Hessen auf einen dauerhaften, sich modernisierenden (facettenreichen) und auch verjüngenden (und damit aktivistischen) Rechtsextremismus einstellen müssen. Er wird eine politische Herausforderung und ein öffentliches Thema bleiben; vor allem, wenn sich in der weiteren Entwicklung rechtspopulistische Strukturen, Akteure und Themen (z. B. in der Ethnisierung von sozialen Themen, Globalisierungskritik) herausbilden. Zentral ist daher eine Landespolitik, die sich mit ihren Instrumenten und ihrer Förderung nicht kurzfristig und anlassbezogen, sondern dauerhaft mit den Phänomenen sowohl präventiv und bildend als auch intervenierend (und repressiv) auseinandersetzt.

Philipps-Universität Marburg
FB Psychologie - Arbeitsgruppe Sozialpsychologie

Prof. Dr. Ulrich Wagner, Dr. Oliver Christ



AG Sozialpsychologie | Gutenbergstraße 18 | 35032 Marburg

An den
Vorsitzenden des Innenausschusses
Hessischer Landtag
Postfach 3240

65022 Wiesbaden

Prof. Dr. Ulrich Wagner
FB Psychologie
Gutenbergstraße 18
35032 Marburg
Telefon: 0 64 21 / 28 23 664
Fax: 0 64 21 / 28 23 789
e-Mail: wagner1@staff.uni-marburg.de

Marburg, 30.3.07

**Betreff: Schriftliche Anhörung des Innenausschusses zur Bekämpfung
Rechtsextremismus in Hessen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ihr Schreiben vom 6.3.2007 - AZ I A 2.6

Sehr geehrte Damen und Herren,

im dringlichen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.12.06 wird auf eine Reihe von Gefahren verwiesen, die mit Rechtsextremismus einhergehen. Dazu gehören die zunehmende Ausgrenzung von Minderheiten, zunehmende Gewalt gegen Minderheiten und eine zunehmende Gefährdung konsensual geteilter demokratischer Werte.

Unabhängig von der tatsächlichen quantitativen Entwicklung des rechtsextremistischen Potenzials in Hessen müssen demokratische Gesellschaften solchen Einflüssen vorbeugen.

Wesentliche konstituierende Elemente von Rechtsextremismus sind Überzeugungen der Ungleichheit zwischen Menschen bzw. Gruppen von Menschen und Gewaltbereitschaft. Rechtsextremismus ist multikausal bedingt: Ursachen liegen bei den beteiligten Individuen und deren Sozialisation, in Interaktions- und Gruppenprozessen und auf gesellschaftlicher Ebene. Prävention von Intervention gegen Rechtsextremismus hat dementsprechend multikausal anzusetzen.

Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus sind sinnvoll und notwendig zur Sicherstellung von Menschenrechten. Die Einrichtung solcher Programme sollte eine Reihe von Voraussetzungen erfüllen:

1. Die Programme müssen wissenschaftlich und empirisch fundiert sein, d.h. auf bewährten Theorien aufbauen.
2. Sie müssen ihre Adressaten erreichen.
3. Die Programme selbst müssen in ihrer Wirkung evaluiert werden.
4. Die Programme müssen vor einem gesellschaftlichen Hintergrund etabliert werden, der eine klare Missbilligung rechtsextremistischer Strömungen deutlich macht.
5. Und der Einsatz von Präventions- und Interventionsmaßnahmen sowie deren Evaluation sind aufeinander abzustimmen.

Daraus ergibt sich, dass (ad 1) die verschiedenen, in der Literatur dokumentierten internationalen Interventionen vergleichend in ihrer Effektivität gegeneinander abgewogen und ausgewählt werden sollten. Die Maßnahmen müssen (ad 2) von Institutionen angeboten und durchgeführt werden, die ihre Adressaten auch erreichen. Herausragende Bedeutung kommt daher der Schule zu. Die Programmimplementierung ist (ad 3) vergleichend in Bezug auf den Prozess und die Effekte zu evaluieren und ggf. zu formatieren. Die gesellschaftlichen Gruppen müssen ihre Missbilligung rechtsradikalen Gedankenguts klar zum Ausdruck bringen (ad 4). Dazu gehört auch die klare Abgrenzung von Aktivitäten rechtsradikaler Parlamentarier. Die Einrichtung einer zentralen Stelle zur „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ zur Koordination (ad 5) von Initiativen und

zur Sicherstellung des Wissenschafts-Praxis Transfers (siehe 1 – 4) ist daher zu begrüßen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Prof. Dr. Ulrich Wagner, Dr. Oliver Christ

Prof. Dr. med. Manfred Cierpka

Ärztlicher Direktor des
Instituts für Psychosomatische Kooperationsforschung
und Familientherapie
Psychosoziales Zentrum
Uniklinikum Heidelberg
Bergheimer Strasse 54
69115 Heidelberg
Tel: 0049 - (0)6221 564700
Fax: 0049 - (0)6221 56 4702
e-Mail: manfred_cierpka@med.uni-heidelberg.de

Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen

Die Gefahr des Rechtsradikalismus geht nicht nur von denen aus, die unmittelbar Gewalt ausüben. Für diese Gewalttäter hält der Rechtsstaat Gesetze zur Bestrafung bereit. Die noch größere Gefahr für die Demokratie geht von denen aus, deren Gesinnung rassistisch und fremdenfeindlich ist. Rechtsextremistisch orientierte Menschen neigen zum Beispiel dazu, Menschen aus anderen Kulturkreisen und Religionen auszugrenzen. Jede Art der Ausgrenzung von Minderheiten führt aber in ihrer Konsequenz zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Dies unterhöhlt die demokratischen Prinzipien.

Als Präventionsforscher beschreibe ich im Folgenden Möglichkeiten, wie man bereits Kinder im Umgang mit demokratischen Prinzipien anleiten kann. Die Förderung von Empathie für die Unterschiedlichkeiten und Andersartigkeiten von Menschen und die Toleranz gegenüber dem Fremden sind umsetzbare Lernziele, die die Orientierung an rechtsextremistischem Gedankengut eindämmen kann. Eine Schul- und Erwachsenenbildung, die vermehrt das sozial-emotionale Lernen fördert und damit demokratisch orientierte moralisch-ethische Grundsätze bei den Kindern und Jugendlichen verankert, tritt allen rassistischen und fremdenfeindlichen Äußerungen und Handlungen entgegen.

I. Beruflicher Hintergrund der Stellungnahme

Das Institut für Psychosomatische Kooperationsforschung und Familientherapie ist Teil des Zentrums für Psychosoziale Medizin am Universitätsklinikum Heidelberg. Im Bereich der Psychosomatik behandeln wir Patientinnen und Patienten mit körperlichen Beschwerden, die seelisch bedingt sind. In den letzten fünfzehn Jahren wurden sehr viele Längsschnittuntersuchungen durchgeführt, die einen klaren Zusammenhang zwischen den psychosozialen Belastungen in der frühen Kindheit und dem späteren Auftreten von seelischen Erkrankungen, Suchtverhalten und/oder Delinquenz im Kindes- bzw. Erwachsenenalter belegen. Wir sind deshalb in unserem Institut nicht nur kurativ tätig, sondern überlegen uns präventiv psychosoziale Konzepte, um der Entwicklung von seelischen Erkrankungen und delinquentem Verhalten vorzubeugen. Die präventiven Maßnahmen fördern die soziale und emotionale Entwicklung von Kindern und unterstützen Eltern in ihren Kompetenzen sowie Familien in ihrer psychosozialen Situation.

- So haben wir das Gewaltpräventionsprogramm FAUSTLOS für Kindergärten und Grundschulen entwickelt. Inzwischen ist dieses Programm an ca. 5000 Einrichtungen implementiert. Z.Zt. entwickeln wir FAUSTLOS für die Sekundarstufe und ein Präventionsprogramm, das mit dem Medium der Musik arbeitet: „Die Kieselschule“.
- In unserer Einrichtung haben wir eine „Sprechstunde für Eltern mit Säuglingen und Kleinkindern“ eingerichtet, in der wir jährlich ca. 150 Familien beraten bzw. behandeln können, die zu uns wegen exzessivem Schreien des Babys, Fütter- oder

Schlafstörungen kommen. Diese Beratungseinrichtungen sind sehr gute Möglichkeiten, Misshandlung und Missbrauch vorzubeugen.

- Außerdem haben wir soeben die Entwicklung einer CD-Rom beendet, in der es um die Vermittlung des heutigen Wissens zur Diagnostizierung und Behandlung von Regulationsstörungen bei Säuglingen geht. Insbesondere Pädiater werden mit dieser CD angesprochen, damit sie in den kinderärztlichen Praxen auch diese Klientel beraten können.
- Auf dem Hintergrund dieser klinischen Arbeit haben wir eine Elternschule für werdende Eltern erarbeitet: Das Präventionsprogramm „Das Baby verstehen“ richtet sich an Hebammen und andere Expertinnen im Feld, die mit Eltern mit Säuglingen arbeiten. In mehreren Lektionen lernen die Eltern, die Signale ihres Säuglings besser und angemessener zu verstehen und zu interpretieren. Dieses Programm wird inzwischen auch Deutschlandweit angeboten. Die Begleitforschung zeigte, dass mit diesen „Komm-Strukturen“ keine Risikofamilien erreicht werden können.
- In einem neuen und aktuellen Projekt „Keiner fällt durchs Netz“ implementieren wir ein System von Frühinterventionen, um insbesondere Hochrisikofamilien vor und nach der Geburt eines Kindes zu identifizieren und dann begleitend zu unterstützen. Ein Hausbesuchsprogramm, durchgeführt von Familienhebammen, die entsprechend geschult werden, steht dabei im Mittelpunkt der Intervention. Dieses Projekt wird in den beiden hessischen Landkreisen Bergstrasse und Offenbach (gefördert von der Hessenstiftung) sowie in allen Landkreisen des Saarlands durchgeführt.

Auf dem Hintergrund der Entwicklung dieser präventiven Maßnahmen versuche ich die Möglichkeiten zur Förderung des Demokratieverständnisses bei Kindern und jungen Erwachsenen aufzuzeigen.

II. Sozial-emotionales Lernen

Den Kindergärten und Schulen kommt heute nicht nur ein Bildungsauftrag sondern auch verstärkt ein Erziehungsauftrag zu. Auf diese Anforderungen sind jedoch weder die ErzieherInnen in den Kindergärten noch die LehrerInnen in den Schulen in ausreichendem Maße vorbereitet. Sie benötigen spezielle entwicklungspsychologisch fundierte Curricula, verbunden mit Einführung und Schulung. Für die Eindämmung des Rechtsradikalismus eignen sich basale Programme zur Förderung der sozialen Kompetenz, ergänzt durch spezifische Lehreinheiten über den Rechtsradikalismus.

1. Mit den in Deutschland existierenden basalen Curricula kann das sozial-emotionale Lernen gefördert werden, das Kinder die sozialen Regeln der Gerechtigkeit, des Respekts und der Toleranz vermittelt. Vor allem Kinder, die aufgrund mangelnder Ressourcen im eigenen Elternhaus pädagogische Defizite haben können im außerfamiliären Beziehungs- und Erfahrungsraum neue positive Entwicklungen durchlaufen.
2. Spezifischer kann mit einigen ebenfalls bereits vorliegenden Curricula das Demokratieverständnis der Kinder vertieft werden, wenn die Aspekte der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus fokussiert werden.

Ad 1: FAUSTLOS ist ein für den Kindergarten und die Grundschule entwickeltes sozial-emotionales Curriculum, das auch der Prävention aggressiven Verhaltens dient. Das Programm vermittelt alters- und entwicklungsadäquate prosoziale Kenntnisse und Fähigkeiten in den Bereichen *Empathie*, *Impulskontrolle* und *Umgang mit Ärger und Wut*. Mehrere Ziele sollen erreicht werden: Sich in das Gegenüber einfühlen zu lernen, unterscheiden zu lernen,

was der andere gewollt oder ungewollt getan hat; die eigenen Impulse kontrollieren und mit heftigen Gefühlen angemessen und nicht zerstörerisch umzugehen. Das Curriculum fördert insbesondere die empathische Kompetenz, also die "reflexive Funktion" beim Kind, die die folgenden Dimensionen enthält: Sich und andere als denkend und fühlend erleben zu können, die Reaktion anderer vorhersagen zu können, die Perspektive der anderen übernehmen zu können und die Veränderung von inneren Zuständen und deren Folgen reflektieren zu können.

FAUSTLOS bietet altersspezifische Lektionen an. Die 28 Lektionen dauern im Kindergarten ca. 20 Minuten, die 51 Lektionen in der Schule zwischen 30 und 45 Minuten. Für die Sekundarstufe wurden für die 12-14jährigen 25 Lektionen erarbeitet. In Videoclips sind konfliktreiche Situationen von Jugendlichen dargestellt. Diese werden den SchülerInnen zunächst vorgespielt, dann mit ihnen im Hinblick auf positive und demokratische Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Rollenspiele schließen sich dann an, um funktionale Möglichkeiten der Konfliktlösungen auszuprobieren. Die Lektionen sollten regelmäßig und aufeinander aufbauend – ähnlich wie bei anderen Fächern zur Vermittlung des Sachwissens - unterrichtet werden.

Die Forschung zeigt, dass der Umgang mit den eigenen Gefühlen und schwierigen Konfliktsituationen erlernt werden kann. Durch ein Curriculum in sozial-emotionalem Lernen, das konstruktive Problemlösung vor Gewalt setzt, lassen sich bei Kindern positive (im Sinne des Demokratieverständnisses) Verhaltensänderungen bewirken. Dies haben die Auswertungen der zahlreichen FAUSTLOS-Studien ergeben (s.d. www.faustlos.de). Insbesondere die sogenannten prosozialen Kompetenzen können bei Kindern im Vergleich zu Kontrollgruppen signifikant verbessert werden.

Ad 2: Präventive Strategien müssen nicht nur effektiv sein sondern auch eine Breitenwirksamkeit entfalten, um auch Risikogruppen zu erreichen. Ein Multiplikatorensystem ist auch notwendig, um die Kosten in Grenzen zu halten und die Umsetzung dadurch zu ermöglichen. Der schulische Kontext bietet sich u.a. deshalb für die Implementierung von Strategien an, weil dort alle Kinder erreicht werden können. Die zur Anwendung kommenden Programme sollten so konzipiert sein, dass sie über Multiplikatorensysteme alle Schüler z.B. einer Klasse ansprechen. Um die Thematik des Rechtsradikalismus spezifischer angehen zu können, wurden einige Konzepte entwickelt, die ergänzend zu FAUSTLOS eingesetzt werden können:

- „Das Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“ ist ein solches Programm, das sich schon sehr bewährt hat. Schüler, die ein Multiplikatorentraining durchlaufen haben, geben die Konzepte im Unterricht weiter. Die Stammtischparolen werden auf rechtsradikale Inhalte untersucht und diskutiert. Das Argumentationstraining gegen Stammtischparolen ist von Klaus Peter Hufer entwickelt worden. Es gibt ein Trainingsbuch.
- „für demokratie courage zeigen!“ wird gemeinsam von der DGB-Gewerkschaftsjugend und der Naturfreunde Jugend Niedersachsen initiiert und ist Projektpartner von „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“. Seit dem Frühjahr 2001 engagieren sich ehrenamtliche TeamerInnen in dem Projekt für Toleranz und Courage, gegen rechtsextremistische Einstellungen und Haltungen. Ziele und Schwerpunkte des Projekts sind die Stärkung demokratischer Milieus und Initiativen pro Toleranz und Demokratie. Das Projekt wendet sich an LehrerInnen, SchulsozialarbeiterInnen, AusbilderInnen in Betrieben, Verwaltungen und andere, die an der Durchführung von Projekttagen und Workshops interessiert sind. Studenten können die Inhalte an die SchülerInnen weitergeben und erreichen so eine Breitenwirksamkeit.

- In Hessen gibt es seit Jahren das Konzept „Cool sein, cool bleiben“. Es wird häufig in Zusammenarbeit mit der Polizei in den Schulen angeboten, um Jugendliche für konkrete Gefahrensituationen zu sensibilisieren und Lösungen zu erarbeiten. Durchgeführt werden die Trainings von MitarbeiterInnen des Frankfurter Kinderbüros und den Jugendkoordinatoren des Frankfurter Polizeipräsidiums.

Für die Schul- und Erwachsenenbildung gibt es also brauchbare Ansätze, die komplementär aufgebaut sind. In Hessen wird in den nächsten Jahren FAUSTLOS in zahlreichen Kindergärten eingeführt werden. Optimal wäre es, wenn die Vermittlung des sozial-emotionalen Lernens in den Grundschulen und Sekundarstufen fortgesetzt werden könnte. Die o.g. spezifischen Lern- und Trainingseinheiten können das Faustlos-Curriculum um die Thematik des Rechtsradikalismus ergänzen.

Literatur beim Verfasser

Prof. Dr.med. Manfred Cierpka
Psychiater, FA für Psychotherapeutische Medizin, Psychoanalytiker



Bunt statt braun e.V. · Lange Straße 9 · 18055 Rostock

Hessischer Landtag
Heike Thaumüller
Postfach 3240

20.04.07

65022 Wiesbaden

Rostock, den
16.04.2007

**Anhörung im Innenausschuss des hessischen Landtags zum Thema
Rechtsextremismus**

Sehr geehrte Frau Thaumüller, sehr geehrter Herr Klee,
sehr geehrter Herr Al-Wazir,

dankend haben wir Ihr Schreiben zur Anhörung im Innenausschuss des
Hessischen Landtags zum Thema Rechtsextremismus erhalten und stehen
Ihnen gern als Sachverständige zur Verfügung.

Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend
Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen, Drucks. 16/6708 halten
wir nach eingehender Prüfung für sorgfältig ausgearbeitet und vorbildlich,
den Zeitpunkt für die Antragstellung für richtig. Einige Hinweise wünschen
wir ergänzend anzubringen, siehe Anlage.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Ausführungen willkommene Empfehlungen
zu geben und sind gespannt, ob sie Ihnen bei der Ausarbeitung des Antrags
behilflich sind.

Mit freundlichen Grüßen
Bunt statt braun e.V.

Lena Fassnacht
ehrenamtl. Geschäftsführerin

**Bunt
statt braun.**

Bürgerinitiative
Bunt statt braun e.V.
Lange Straße 9
18055 Rostock
fon 0381-25 23 561
fax 0381-25 23 562
post@buntstattbraun.de
www.buntstattbraun.de

Gegründet am
24. August 2000 in
Rostock. Eingetragen
beim Amtsgericht
Rostock (VR 1780). Als
gemeinnützig anerkannt
vom Finanzamt Rostock
(St.-Nr. 079/141/12154).

ehrenamtl.
Geschäftsführerin:
Lena Fassnacht

Vorstand:
Britta Volle
(Vorsitzende),
Maik Walm
(1. Stellv. Vorsitzender),
Peter Geitmann
(2. Stellv. Vorsitzender)
Dorit Gätjen,
Mandy Kröppelien,
Maxi Malzahn,
Hans-Jörg Scheliga

Bankverbindung
Konto 22 00 11 400,
BLZ 130 500 00,
OstseeSparkasse Rostock



Anlage:

Hinweise zum Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN betreffend Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen, Drucks. 16/6708

Zu 2.) In M-V sind hierzu Opferberatungsstellen (Lobbi e.V.) eingerichtet worden, die Statistiken über Gewaltfälle führen, als Erstanlaufstelle für Opfer dienen und mit Rechtsanwälten eng zusammenarbeiten. Ihre Arbeit erfüllt eine wichtige Aufgabe. Wesentlich häufiger als konkrete Gewaltfälle treten jedoch innerinstitutionelle Probleme mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Erscheinung, weswegen hierzulande in großem Maßstab geeignete Maßnahmen mit Jugendclubs, Jugendfeuerwehre und Schulen vonnöten wären. Diese sollten mit Weiterbildungsprogrammen für die JugendgruppenleiterInnen resp. LehrerInnen oder SozialarbeiterInnen gekoppelt werden, um längerfristig größeren Handlungsspielraum für die Angestellten selbst zu erzielen (greift in 10. und 11. ein). Voraussetzung sind ausreichend kompetente/zertifizierte Multiplikatorentrainer.

Zu 6.) In M-V hat der Landespräventionsrat für die Einrichtung einer Clearing-Stelle nach schleswig-holsteinischem Vorbild votiert, da wir auch hier den dringenden Bedarf nach einer zentralen Informationsvermittlungsstelle sehen, die für alle Aktivitäten aller Träger gleichermaßen zuständig wäre.

Zu 7.) In M-V ist es sehr schwierig, Personalkosten über Projekte (außer über die ehemaligen Bundesprogramme civitas, xenos oder entimon) kofinanziert zu bekommen. Träger, die sich vorrangig über Mitgliedsbeiträge, Spenden und Sponsoring finanzieren und aus eigener Kraft nur anteilig Personalkosten leisten können, stehen vor großen Problemen bei der längerfristigen Absicherung ihrer kontinuierlichen Arbeit. Außerdem werden in der Regel Projekte gefördert, die nicht in Deckung mit den Vereinszielen stehen. Damit wird es Vereinen, welche die Arbeit gegen Rechtsextremismus zum eigentlichen Vereinsziel erklären, unnötig schwer gemacht, Unterstützung für ihre laufenden Tätigkeiten zu erhalten. Dies sollte bei der Formulierung von Richtlinien zur Gewährung von Fördermitteln berücksichtigt werden.

Zu 9.) In M-V sind zu den letzten Landtagswahlen 2006 umfangreiche U18-Wahlen durchgeführt worden, deren Ergebnisse eindrucksvoll offenbaren, wie niedrig die Schwelle von Jugendlichen zu rechtsextremen Parteien ist. Für sehr empfehlenswert haben wir den Wahl-O-Maten der Bundeszentrale für politische Bildung erachtet und daher besonders bedauert, dass diese kein spezielles Angebot zu den letzten Landtagswahlen in M-V vorgelegt hat. Dies wäre unseres Erachtens nach eine gute Möglichkeit, im Gegengewicht zu rechtsextremen Propaganda-Materialien Jugendliche näher an die demokratischen Parteien heranzuführen. In M-V ist die NPD mit (zugegebenermaßen professionell erstellten) Flyern und kostenlosen Musik-CD's massiv in den Wahlkampf eingestiegen. Vielerorts hingen zudem nur massenhaft Pappen mit Plakaten von NPD-Kandidaten an den Straßenzügen aus – gerade in den ländlicheren Regionen von den demokratischen Parteien keine Spur. Es ist zu erwarten, dass die Strategie der NPD in M-V nach dem erfolgreichen Einzug in den Landtag auch auf andere Länder übertragen wird. Eine frühzeitige Vorbereitung durch alle demokratischen Parteien bzw. mit Unterstützung durch weitere Träger ist daher sehr empfehlenswert – mit Argumentationspapieren, Weltmusik-CD's, Plakaten, ausreichend geöffneten Wahlkreisbüros etc.

Zu 10.) Bei der unterstützenden Jugendsozialarbeit sollten Träger und Mitarbeiter jedoch auf ihre politische Ausrichtung gut geprüft werden. In M-V wird eine zunehmend schleichende

Unterwanderung von Initiativen, Vereinen und Feuerwehren festgestellt. Bei der Vergabe von Aufträgen und Fördermitteln sollte diesbezüglich Wachsamkeit walten.

Jugendliche haben bereits häufig schon vorgefestigte Weltanschauungen. Wir empfehlen sehr dringend als präventive Maßnahme bereits ab dem Kindergartenalter die Stärkung interkultureller Kompetenzen, unbedingt jedoch bei Grundschul- und Unterstufenkindern, v.a. dort, wo die Bevölkerungsanteile von Zugewanderten gering sind. Unserer Erfahrung nach kann es gar nicht genug Gelegenheiten für Berührungen mit Menschen anderer Herkunft bzw. Kulturen auf gleicher Augenhöhe geben.

In M-V ist daher auch vor wenigen Jahren ein Rahmenplan zur interkulturellen Erziehung an Schulen verabschiedet worden, der in verbindlicher Weise die Einbindung interkultureller Aspekte in sämtliche Unterrichtsfächer regelt. Diesen halten wir für wegweisend. Leider ist dieser Rahmenplan bis heute jedoch an vielen Schulen des Landes nicht bekannt. Spezielle Lehrerfortbildungen sollten daher in großem Maßstab angeboten werden (greift in 11. ein). Hierfür ist ein weiträumiges Netz kompetenter/zertifizierter Multiplikatorentrainer erforderlich, die z.B. mit dem Programm „Eine Welt der Vielfalt“ arbeiten. Daneben sind Austauschprojekte für Schüler, interkulturelle Veranstaltungen und Schülerprojekttag zu unterstützen.

Zu 12. a) Wir halten die Stärkung von nicht-rechtsextremen Jugendangeboten, die attraktive Alternativen für Jugendliche darstellen, die sich potentiell von rechtsextremer Musik angezogen fühlen, für dringend geboten. Eine lebendige und vielfältige Musik- und Sportszene mit einem ausreichenden Angebot an Unterricht, Chören, Orchestern bspw. Probenräumen und Sportplätzen stellt den besten Schutz vor rechtsextremen Einstiegsdrogen für Jugendliche dar. Weitergehende Forschung und Aufklärung ist im Graubereich rechtslastiger, aber nicht indizierter Musik nötig: Eltern bzw. Erzieher wissen häufig nicht rechtsextreme Hintergründe des Rechtsrock zu erkennen noch damit umzugehen, wenn sich ein Verdacht bestätigt. Gerade im Schnittbereich zwischen Rechtsrock und metal besteht weitgehend Unklarheit.

Insgesamt möchten wir festhalten, dass Tendenzen in M-V wahrscheinlich wegweisend für Nachahmungen rechtsextremer Strategien in anderen Ländern, da M-V als „Modellregion“ von Rechtsextremen instrumentalisiert wird. Hier ist v.a. die „Wolf im Schafspelz“-Strategie auffallend und bedenklich, da sich Rechtsextreme zunehmend in Bereichen, in denen der Sozialstaat Lücken aufweist, anbiedern und Dienste zu erweisen suchen, etwa mit Hausaufgabenhilfe oder Seniorenbetreuung.

Besonders hervorheben möchten wir die Bedeutung Kommunalen Präventionsräte (KPR). In M-V war bis vor Kurzem der KPR von Greifswald sehr wirksam, zur Zeit gewinnt der KPR in Rostock an Kraft. In diesem Gremium können Vertreter v.a. aus den Bereichen Wirtschaft, Schule, Verwaltung, Polizei und Kultur in höchst effektiver Weise die Wirkung von Präventionsprojekten gegen Gewalt verstärken. Auch andere Organisationen, die ausdrücklich überparteilich organisiert sind und sich um die Ansprache breiter Bevölkerungsschichten bemühen, helfen in der gesellschaftsübergreifenden Vertrauensbildung. Hier bietet ein KPR eine sehr geeignete Basis für die Schaffung von Synergien.

Lena Fassnacht
ehrenamtl. Geschäftsführerin
Bunt statt braun e.V.

Der KreisausschussAbteilung Brandschutz, Rettungsdienst
und Katastrophenschutz

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises · Postfach 19 40 · 35573 Wetzlar

An den Vorsitzenden des Innenausschusses
Hessischer Landtag
Postfach 3240
65022 Wiesbaden**Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum Thema Rechts-
extremismus**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit zur Anhörung zum Thema Rechtsextremismus. Gerne wollen wir, auch im Sinne der Feuerwehren im Lahn-Dill-Kreis, zu diesem Thema Stellung beziehen.

Das Thema Rechtsextremismus ist für die Feuerwehren kein fremder Bereich. Gerade die Feuerwehren stehen ganz besonders zu unserer Verfassung und der demokratischen Grundordnung unserer Gesellschaft. Eine Arbeit der Feuerwehren im Rahmen der Gefahrenabwehr zugunsten unserer Bürgerinnen und Bürger und Gäste in diesem Land lässt sich nur bewältigen, wenn die demokratischen Grundstrukturen vorhanden sind und durch alle getragen und gelebt werden. Im Bereich der Feuerwehren kennzeichnet sich dieses nicht nur durch die gesetzlichen Vorgaben und die Berufung von Führungskräften zu Ehrenbeamten, sondern auch durch die Satzungen der Freiwilligen Feuerwehren und die demokratischen Vereinsarbeiten innerhalb der Feuerwehrvereine. Somit ist es seitens der Feuerwehren ein besonderes Anliegen diese Strukturen zu schützen und für die zukünftigen Generationen weiter zu entwickeln.

Auch für den Bereich der Jugendfeuerwehren als Abteilung der Freiwilligen Feuerwehren gelten die vorgenannten Ansichten. Hierüber hinaus ist es aber ein ganz besonderes Anliegen der Jugendfeuerwehren nicht nur die Ausbildung im Rahmen der Gefahrenabwehr zu forcieren, sondern gerade mit Jugendlichen die allgemeine Jugendarbeit zu leisten. Hierbei sind Ziele der deutschen Jugendfeuerwehr möglichst 50 % der Zeiten dieser allgemeinen Jugendarbeit zu widmen. Innerhalb der allgemeinen Jugendarbeit halten wir es für besonders wichtig in der heutigen Zeit auch eine politische und gesellschaftliche Bildung zu vermitteln. Dieses bedeutet auch sich mit dem Thema Rechtsextremismus bzw. der deutschen Geschichte innerhalb der Jugendfeuerwehren auseinander zu setzen.

Gerade aus diesen Beweggründen heraus haben unsere Jugendfeuerwehren und damit verbunden unsere Jugendwartinnen und Jugendwarte in den letzten Jahren versucht verschiedenste Aktionen und Projekte durchzuführen.

Service-/Fachdienst
Abteilungsleitung

Datum

15. März 2007

Unser Zeichen:

22.0 – 1.29.02 HE/EC

Ansprechpartner(in):

Herr Heege

Telefon Durchwahl:

06441 407-2801

Telefax Durchwahl:

06441 407-2902

Gebäude Zimmer-Nr.:

1.03

Telefonzentrale:

06441 407-0

E-Mail:

rupert.heege@lahn-dill-kreis.de

Internet:

<http://www.lahn-dill-kreis.de>

Ihr Schreiben vom:

6. März 2007

Ihr Zeichen:

I A 2.6

Hausanschrift:

Franz-Schubert-Straße 4
35578 Wetzlar

Servicezeiten:

Mo. – Mi.

07:30 – 12:30 Uhr

Do.

07:30 – 12:30 Uhr

13:30 – 18:00 Uhr

Fr.

07:30 – 12:30 Uhr

sowie nach Vereinbarung

Bankverbindungen:

Sparkasse Wetzlar

Kto. 59

BLZ 515 500 35

Sparkasse Dillenburg

Kto. 8.3

BLZ 516.500.45

Postbank Frankfurt

Kto. 3 051-601

BLZ 500 100 60

Hierzu zählen beispielhaft:

- Vorbereitungs- und Nachbereitungsseminare zum Thema Holocaust und der deutschen Geschichte von 1933 – 1946.
- Besuch der KZ-Gedenkstätte Buchenwald mit pädagogischer Leitung und Betreuung durch das Personal der Gedenkstätte. Hier ist herauszustellen, dass durch die hervorragende Arbeit des Gedenkstättenpersonals diese Maßnahme eine besonders positive Wirkung bei den Jugendlichen hatte.
- Besuch der Gedenkstätte Auschwitz und erstmalige Teilnahme von deutschen Jugendfeuerwehren am „Marsch der Lebenden“.
- Besuch der Bundeshauptstadt mit Reichstag und Abgeordnetengespräch.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt sollen verdeutlichen, dass es den Feuerwehren ebenfalls ein besonderes Anliegen ist sich mit diesem Thema zu befassen. Gerade die Infiltration von rechtsextremen und anderem demokratiefeindlichem Gedankengut in Vereine, Verbände und Organisationen muss unterbunden werden. Hierfür sind nach unserer Auffassung Aufklärungsarbeiten erforderlich. Ebenfalls ist voranzustellen, dass für die Feuerwehren im Lahn-Dill-Kreis dieses Thema nicht unbegründet ist, da gerade im Bereich des Rechtsextremismus mit der Stadt Haiger und der Gemeinde Ehringshausen zwei Hochburgen zu verzeichnen waren.

Im Rahmen einer Dienstversammlung des Hessischen Innenministeriums für die Kreisbrandinspektoren im November 2006 wurde durch das Hessische Landeskriminalamt „Geschäftsstelle Netzwerk gegen Gewalt“ auf die Problematik des Rechtsextremismus aufmerksam gemacht und informiert. Diese Information wurde durch den Unterzeichner für den Lahn-Dill-Kreis aufgenommen und im Januar/Februar 2007 in Verbindung mit dem Kreisjugendfeuerwehrwart und dem Leiter der Polizeidirektion Lahn-Dill nochmals erörtert und beraten, welche Maßnahmen und Möglichkeiten im Lahn-Dill-Kreis bestehen. Hierbei stellte sich die Frage, welches die wichtigsten Zielgruppen sind, wie diese erreicht werden können und welche Möglichkeiten sich hieraus ergeben. Grundsätzlich wurde es für wichtig empfunden, dass Maßnahmen oder Projekte im Rahmen des Rechtsextremismus nicht einmalige und kurzfristige Effekte haben dürfen, sondern auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit auszulegen sind. Aus diesem Grunde wurde Abstand von größeren Veranstaltungen oder Großprojekten zu dem Thema Rechtsextremismus genommen. Die sich daraus ergebenden Erfolgsaussichten wurden als zu gering eingestuft.

Als wesentliche Multiplikatoren dieses Themas und gleichzeitig aufmerksame Beobachter in den Reihen der Jugendfeuerwehren sind die Jugendfeuerwehrwartinnen und Jugendfeuerwehrwarte sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter und Helfer. Dieser Personenkreis arbeitet im Rahmen seiner Aufgabenstellung sehr eng mit den Jugendlichen zusammen. Hier sind Lenkungs- und Informationsfunktionen möglich. Aus diesem Grunde wurde es für erforderlich gehalten als ersten Schwerpunkt die Jugendwarte und Jugendwartinnen sowie die Betreuer der Jugendfeuerwehren zu erreichen und über die Problematik zu informieren.

Bedingt durch die Vorgaben der Hessischen Landesregierung zur Qualifikation von Jugendwartinnen und Jugendwarten sowie deren Stellvertreter ist es erforderlich diese Personengruppe speziell für die Jugendarbeit auszubilden. Hierbei gilt als Voraussetzungslehrgang die Jugendleitercard. Diese Jugendleitercard ist verbunden mit einer ständigen Pflichtfortbildung in einem 3-jährigen Rhythmus. Bedingt durch diese Qualifikationsanforderungen wurde seitens der Abteilung Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz des Lahn-Dill-Kreises bereits seit mehreren Jahren diese Aus-

bildung und Qualifikation sowie deren Fortbildung in separaten Lehrgängen für Jugendwartinnen und Jugendwarte angeboten. Dadurch, dass diese Lehrgänge selbständig durch die Fachabteilung durchgeführt werden, kann relativ schnell auf neue Themen und Inhalte innerhalb der Jugendarbeit eingegangen werden. Diese Themenblöcke können in die Ausbildung sowie aber auch in der Fortbildung der Jugendwartinnen und Jugendwarte eingebunden werden. Als erste konkrete Maßnahme für den Lahn-Dill-Kreis wurde, in Verbindung mit der Polizeidirektion Lahn-Dill, eine Ausbildungseinheit innerhalb der Jugendleiterausbildung und Fortbildung umgesetzt, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigt. Hierdurch wird über die Problematik informiert und sensibilisiert. Auch wenn nicht alle Jugendwartinnen und Jugendwarte innerhalb kürzester Zeit durch diese Maßnahme erreicht werden können, so kann dennoch über den 3-Jahres-Zeitraum das wiederkehrende Thema langfristig in das Bewusstsein gerückt werden.

Als weitere konkrete Maßnahme ist seitens des Kreisjugendfeuerwartes geplant, das Jugendforum der Jugendfeuerwehren zu informieren und zu sensibilisieren. Das Jugendforum der Jugendfeuerwehren besteht nur aus aktiven Mitgliedern der angehörigen Jugendfeuerwehren. Teilnehmen kann innerhalb der Jugendfeuerwehren jedes Mitglied einer Jugendfeuerwehr. Innerhalb dieses Jugendforums soll insbesondere politische Bildungsarbeit sowie aber auch die freie Diskussion und Meinungsbildung der Jugendfeuerwehren gefördert werden. Das Jugendforum stellt sich auch als Plattform und Meinungsbildungsebene der Jugendlichen gegenüber den Verantwortlichen der Feuerwehr dar. Durch eine Fortbildungsmaßnahme innerhalb dieses Jugendforums soll diese sensibilisiert werden und sich ebenfalls mit dem Thema beschäftigen und eigene Ideen entwickeln. Angedacht sind hier u. U. eigenständig erarbeitete Informationsveranstaltungen bzw. auch Informationen durch die Jugendfeuerwehren an die anderen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren. Möglich ist hier auch, dass die Jugendlichen im Rahmen anderen Veranstaltungen der Feuerwehren auf den vorgenannten Informationsbedarf aufmerksam machen.

Ebenfalls gilt es die verantwortlichen Führungskräfte der Feuerwehren zu sensibilisieren und zu erreichen. Hierzu ist im Rahmen einer Dienstversammlung der Stadt- und Gemeindebrandinspektoren auf Kreisebene eine Informationsveranstaltung mit Unterstützung der Polizeidirektion Lahn-Dill geplant.

Aus den vorgenannten Aktionen sollen auch für die Zukunft weitere Veranstaltungen wachsen. Insbesondere soll, wie in den Vorjahren, die allgemeine Jugendarbeit zu diesem Thema durch weitere Fahrten und Lager mit dem Schwerpunkt der politischen und geschichtlichen Bildung erfolgen.

Um auch zukünftig und nachhaltig der gesamten Aufgabe der Jugendarbeit nachzukommen, ist es erforderlich, dass auch weiterhin diese Jugendarbeit ideell und finanziell von allen Ebenen des politischen Handelns unterstützt wird. Insbesondere wenn die sehr aufnahmefähigen Randgruppen und sozial schwachen Jugendlichen in diesem Prozess mitgenommen werden sollen, ist es unabdingbar, die notwendigen Finanzmittel für solche Maßnahmen zur Verfügung zu haben. Gerade die sozial schwachen Bereiche sind häufig nicht in der Lage die nicht unerheblichen Kosten für Mehrtagesfahrten (Besuch von Gedenkstätten oder auch entsprechende Veranstaltungen) zu finanzieren. Nach unserer Auffassung muss gerade diese Gruppierung erreicht werden um durch eine intensive und plastische Bildung frühzeitig zu informieren. Durch diese Maßnahmen und die Integration in die demokratische Gemeinschaft der Jugendfeuerwehren sollte es möglich sein einen wichtigen vorbeugender Baustein zu legen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Schuster
Landrat

Wolfgang Hofmann
Erster Kreisbeigeordneter



Stellungnahme der GEW Hessen zum dringlichen Antrag der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN betreffend Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen

Die GEW Hessen begrüßt die Initiative der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Form ihres Antrages betreffend der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen. Aus schulischer Sicht können wir feststellen, dass dieser Schritt längst überfällig war.

Mit Besorgnis beobachten auch wir die stetig steigende Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten, begleitet von einer erschreckend hohen Akzeptanz ausländischer, chauvinistischer, antisemitischer und geschichtsklitternder Haltungen in breiten Schichten der Bevölkerung, in Westdeutschland sogar meist in höherem Maße als im Osten (E. Brähler / O. Decker im November 2006).

Als besonders gefährlich empfinden wir vor allem, wie rechtsextreme Organisationen und Parteien, allen voran die NPD, immer stärker Einfluss auf Jugendliche zu gewinnen versuchen, was sich u.a. am „4-Säulen-Konzept“ der „Jungen Nationaldemokraten“ ablesen lässt, in dem der „Kampf um die Schulen“ (z.B. durch Stellen von Klassen- bzw. SchulsprecherInnen) ebenso wie die „Intellektualisierung der Jugend“ mittels Schulungslagern und Gründung eines sog. „nationalen Bildungswerks“ programmatisch fest verankert ist.

Immer häufiger finden sich rechtsextreme Schmierereien und Aufkleber an den Schulen, versucht der organisierte Rechtsextremismus kulturelle Trends zu besetzen weit jenseits des überholten Bomberjackett- und Springerstiefelbildes und über Lifestyle-Angebote (z.B. durch das kostenlose Verteilen von CDs mit einschlägiger Musik in den sog. CD-Schulhof-Aktionen) im Umfeld von Schulen Jugendliche bewusst zu ködern. Dies stellt nur die Spitze des Eisbergs einer Art Graswurzelrevolution in Braun dar, welche schon seit Ende der achtziger Jahre in Kreisen der sog. „Neuen Rechten“ (etwas durch Roland Bubik u.a.) strategisch erarbeitet wurde und nun ihre breite Umsetzung findet.

Gegensteuernde präventive Maßnahmen an Schulen und im Bereich der sozialen Jugendarbeit, wie sie in Punkt 9 und 10 des Antrags gefordert werden, können in der gegenwärtigen Situation nicht hoch genug bewertet werden. Die im Umfeld der sog. „Operation sichere Zukunft“ der hessischen Landesregierung stark gekürzten Mittel für alle möglichen sozialen Einrichtungen, bis hin zur Schließung von Jugend- (wie z.B. in Dietzenbach und auf dem Dörnberg) und Erwachsenenbildungsstätten (in Falkenstein) sind auch und gerade im Lichte der rechtsextremen Bedrohung kontraproduktiv und sollten rückgängig gemacht werden.

Wie Prof. Kurt Möller in einer breit angelegten Untersuchung nachweisen konnte, hängt rechte Gewalt bei Jugendlichen in erster Linie zusammen mit Schwierigkeiten bei der Geschlechterorientierung, beim Identitätsaufbau, bei der Gewinnung autonomer Handlungsfähigkeit, sowie bei der Bedürfnis- und Realitätskontrolle – alles Felder, die zum Arbeits- und Aufgabenbereich der Pädagogik gehören.

Rechtsextremismus, so Möller, ergibt sich aus dem Zusammenwirken von Ungleichheitsvorstellungen mit der Akzeptanz von Gewalt als Mittel zur Erlangung bestimmter Ziele. Als engagierte PädagogInnen sind und waren wir schon immer bereit, hier unseren Anteil am Kampf gegen die Ausbreitung des Rechtsextremismus beizutragen, auch wenn wir es verstärkt unter erschwerten Bedingungen tun müssen. Ein finanziell vernachlässigtes Schulsystem mit seit Jahren chronischer Personalunterversorgung, das in seiner festgefahrenen und immer undurchlässigeren Dreigliedrigkeit Ungleichheitsvorstellungen schon implementiert, ein stetig wachsender Anteil pädagogisch nicht geschulten Personals an den Schulen (Stichworte „Uplus“ und „50plus“), das Herausstreichen wichtiger demokratiebildender Themen aus den Lehrplänen des sozialkundlichen Bereichs etc., verengen auf unverantwortliche Weise den Handlungsspielraum von Schule, auf die Angriffe aus dem rechtsextremen Lager adäquat zu reagieren und demokratiebildend tätig zu sein.

Die Beschlussvorlage findet auch in Punkt 4 unsere volle Zustimmung: die Ehrung von KommunalpolitikerInnen rechtsextremistischer Parteien mit dem Landesehrenbrief erscheint uns besonders absurd vor dem Hintergrund eines auch in Hessen verhängten faktischen „Berufsverbots“ gegen einen qualifizierten Lehrerkollegen, dem sein friedliches ehrenamtliches Engagement in antifaschistischer Arbeit zum Vorwurf gemacht wird. Eine Demokratie, so bringen wir es unseren SchülerInnen bei, ist nur dann stark, wenn sie gerecht und wachsam ist und nicht auf einem Auge blind.

Als LehrerInnen und GewerkschafterInnen und als BürgerInnen des Landes Hessen möchten wir unseren Teil dazu beitragen, dem Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit in Hessen auf nachhaltige Weise zu begegnen. Wir fordern daher auch die Landesregierung auf, mit gutem Beispiel voranzugehen. Eine Einschätzung der rechtsextremistischen Bedrohung als „Dramatisierung durch die Medien“, wie sie Ministerpräsident Koch verschiedentlich vornahm, ist aus unserer Sicht eine gefährliche Verharmlosung in Zeiten, in denen sog. „freie Kameradschaften“ ebenso wie die NPD nahezu täglich in Hessen öffentlich präsent sind, geschützt von der Polizei, während friedliche Gegendemonstrationen, getragen von einem breiten Bündnis aus der Mitte der Zivilgesellschaft heraus immer wieder unverständlichen Repressionen ausgesetzt sind.

Die Annahme des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wäre in unseren Augen insofern ein erstes wichtiges korrigierendes Signal: Rechtsextremistische Haltungen haben in Hessen keine Chance!

Tony C. Schwarz, GEW Bergstraße



**LANDESVERBAND DER JÜDISCHEN
GEMEINDEN IN HESSEN**
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Landesverband Hessen · Hebelstraße 6 · 60318 Frankfurt am Main

HESSISCHER LANDTAG
Der Vorsitzende
des Innenausschusses
Postfach 32 40

65022 W I E S B A D E N

Max-Willner-Haus
Hebelstraße 6
60318 Frankfurt am Main
Telefon (069) 44 40 49
Telefax (069) 43 14 55
E-Mail: landesverband@jews-hessen.com

24. April 2007
N/kl

zug. 25.04.07 mm

**Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum Thema
Rechtsextremismus
Ihr Schreiben vom 06. März 2007
I A 2.6**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen befürwortet den „dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen“ vom 12.12.2006.

Der im einleitenden ersten Absatz des Antragsentwurfs enthaltene Hinweis auf ein Verschwimmen der Grenzen zwischen „rechtsextremistischen Sprüchen“ und sogenannten „verbalen Entgleisungen“ von Politikern etablierter Parteien hat gerade erst in den letzten Tagen mit der „Oettinger-Affäre“ seine aktuelle Bestätigung gefunden.

Gerade vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, überfällig und unverzichtbar, neben der Jugendarbeit auch das Thema der Erwachsenenbildung (und damit auch der Politikerbildung) zu einem der Schwerpunkte der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu machen.

Wir hielten es für angemessen und notwendig, dass der Landtag in dieser Frage mit einer gemeinsamen und nicht durch parteipolitische Erwägungen getrüben Position an die Öffentlichkeit tritt. So erhielten die Bürger das Bewußtsein, dass die politisch Verantwortlichen in der Abwehr rechtsextremistischer Gefahren geschlossen sind.

Mit freundlichen Grüßen

**LANDESVERBAND DER JÜDISCHEN
GEMEINDEN IN HESSEN**

(M. Neumann)
Vorsitzender

Stellungnahme des Hessischen Jugendrings Anhörung im Innenausschuss des HLT zum Rechtsextremismus Gemäß Anfrage des Vorsitzenden Horst Klee vom 06.03.2007

Zur Sicht der Jugendverbandsarbeit auf den modernisierten Rechtsextremismus

Rechtsextremismus gefährdet aktuell das demokratische Miteinander mit mehr als 18.000 rechtsextrem eingestuften Straftaten, die vom Bundeskriminalamt Wiesbaden für das Jahr 2006 dokumentiert wurden. Jugendverbände halten es für einen Skandal, wenn sich die Rituale nach der Veröffentlichung derartiger Straftatbestände nur wiederholen und sich die politische Öffentlichkeit nur in Empörung, Abscheu und Bestürzung ergeht. Damit wird Rechtsextremismus mehr und mehr als harmlos, normal oder für kontrollierbar eingeschätzt.

Rechtsextremisten und ihre Parteien präsentieren sich mit ihren moderaten Auftritten gegenüber gesellschaftlichen Konflikten zunehmend alltagsorientiert und treten angesichts der Globalisierungsfolgen mit einfachen Lösungsformeln auf. Sie gehen geschickt auf Jugendliche zu und bieten Hilfen bei Alltagsorgen an. Rechtsextreme geben vor, sich gegen soziale Ungerechtigkeit einzusetzen und sich mit ihrem völkischen Denken für die Wahrung deutscher Interessen stark zu machen. Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Krisen zielen rechtsextreme Parteien zunehmend erfolgreich auf die Ängste der Bevölkerung.

Rechtsextreme verschärfen die Attacken gegen Vorordnungen als angebliche „Armut per Gesetz“ und provozieren Neid und Spaltungen. Wenn Jugendverbände sich als demokratische Akteure mit den Möglichkeiten der Jugendarbeit und Jugendbildung wieder verstärkt auf die Thematisierung gesellschaftlicher Krisen konzentrieren und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit skandalisieren, um diese schrittweise mit der Politik zu entschärfen zu können, haben Rechtsextreme mit ihrem Zugriff auf soziale Gerechtigkeitsfragen weniger Chancen.

Rechtsextremisten wollen Jugendliche mit ihrem Hass und ihrer Verachtung von Anderen durch Gewalt, Rassismus und Antisemitismus vergiften. Rechtsextremismus forciert immer wieder menschenverachtende Bilder, wie z.B. durch Hakenkreuzschmierereien, fremdenfeindliche Witze, umgestürzte Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen und die Leugnung des Holocaust. Der Hessische Jugendring hält hier an allen pädagogischen Wirkungsmöglichkeiten fest, die zur Auseinandersetzung mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts gehören, wozu auch die Gedenkstättenarbeit zur Erinnerung an die NS-Opfer zählt. Die aktive Nutzung der mit Hilfe des Landes Hessen in Höhe von ca. einer halben Million Euro errichteten Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz und die beispielhafte Förderung der deutsch-polnischen Jugendzusammenarbeit sehen wir u.a. als Beiträge zur Einlösung der deutschen Verantwortung und geeignet an, alte und neue Formen des Rechtsextremismus zu bekämpfen.

Jugendverbände sind durch den Rechtsextremismus alarmiert

Wir in den Jugendverbänden sind alarmiert, wenn sich Erstwählerinnen und Erstwähler zunehmend offen für menschenrechtsfeindliche Vorstellungen zeigen und rechtsextremen Parteien ihre Stimmen geben. Der Hessische Jugendring gehört deshalb auch zu den Unterzeichnern des Offenen Briefes an alle Abgeordneten des Hessischen Landtags vom September 2006 mit dem Anliegen, die Rechtsextremen bei ihrer vermehrten und gezielten Ansprache gegenüber Jugendlichen durch konsequentes polizeiliches Handeln und eine verstärkte Aufklärung in der politischen Bildung zukünftig erfolgreicher zu schwächen.

Neonazis demonstrieren in kleinen Zirkeln oder auch mit gleichförmigen Aufmärschen, gekoppelt mit brutalen Zeichen und Codes, verbotener Musik sowie rechtsextrem orientiertem Identifikationsoutfit und Modemarken eine eigenwillige Subkultur und versuchen junge Menschen in ihre Strukturen fest einzubinden. Rechtsextreme sind Jugendlichen zugewandt.

Die Jugendverbände zielen mit ihrem Engagement auf eine Schwächung rechtsextremer Einflüsse. Der Ausbau von Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in allen gesellschaftlichen Bereichen gehört zu den Gegenaktivitäten. Jugendverbände sind mit ihren Aktionen dauerhaft gegen alle demokratiefeindlichen Tendenzen aktiv. In Jugendgruppen wird trainiert, rechtsextreme Angriffe als Gefahr der eigenen Zukunft zu entschlüsseln und die Auseinandersetzung damit zu führen. Jugendliche lernen, „rechte“ Modestile, „rechtslastige“ Symbole und Musik zu erkennen, wenn Rechtsextreme bei gut getarnten Musik- oder Geburtstagsfesten gegen die Demokratie und Minderheiten hetzen. Rechtsextreme Gruppen sprechen insbesondere frustrierte Jugendliche an, die auf der Suche nach Antworten sind. Jugendliche sind nicht zuletzt ebenfalls leicht für einfache Erklärungen zu haben, sie suchen nach sozialer Anerkennung, gemeinschaftsbildenden Erlebnissen oder sind auch an provozierenden Kleidungs-codes interessiert. Jugendliche sind durch rechtsextreme Angebote erlebter Kameradschaft, mit aggressiven Schulungen und bei heimeligen Sport- und Freizeitlagern nur allzu schnell faszinierbar. Auf Schulhöfen machen rechtsextreme CD's die Runde. Nicht erst seit diesen alltagsbezogenen Aktivitäten von Rechtsextremen sind Jugendverbände landesweit alarmiert.

Der Hessische Jugendring verstärkt die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus

Erst jüngst hat der Hessische Jugendring sein neues Schwerpunktprojekt unter dem Thema „Jugendverbände als zivilgesellschaftliche Akteure“ als eine Untersuchung zur Stabilität und Gefährdung der zivilgesellschaftlichen Jugendmilieus und Jugendstrukturen in Gang gesetzt. Mit den Erkenntnissen werden die Jugendgruppen für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus neu sensibilisiert und in der politischen Bildung nachhaltig qualifiziert.

Der Hessische Jugendring hält weiterhin die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in Jugendverbänden und in Schüler- und Bürgerinitiativen für einen zentralen Schlüssel zur Verteidigung einer demokratischen Alltagskultur. Nur durch die gelebte demokratische Alltagpräsenz als Alternative zu den dumpfen und minderheitsfeindlichen Angriffen der Rechtsextremen sind Jugendliche in der Lage, sich dauerhaft abzugrenzen, wenn die Gegner des demokratischen Zusammenlebens mit Großauftritten junge Leute zu erreichen versuchen.

Der Hessische Jugendring hält derzeit in einem ersten Resumee die Verstärkung regionaler und lokaler Untersuchungen rechtsextremer Ideologien und ihrer RepräsentantInnen für dringend angezeigt, um das Vordringen von feindseligen Einstellungen auf Gruppen oder auch mit gruppenübergreifenden Absichten zurück zu weisen. Kinder und Jugendliche sehen sich in diesem Kontext als schwächere Mitglieder der Gesellschaft in Gefahr, wenn von Rechtsextremisten gegen Migranten, Homosexuelle, Obdachlose und angebliche Linke gehetzt wird und diese ins Visier rechtsextremer Parteien geraten, um Menschen abzuwerten. Wer von rechtsextremen Bewegungen zum Feind erklärt wird, ist in der Regel schutzlos.

Empfehlungen des Hessischen Jugendrings gegen den Rechtsextremismus in Hessen

1. Als eine erfolgreiche Gegenmaßnahme staatlichen Handelns neben im Folgenden noch näher zu beschreibenden Aktivitäten sieht der Hessische Jugendring das Projekt IKARUS des Landes zur Fortsetzung des Projektes „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus in Hessen“ an.
2. Die Parteien müssen entscheidungsstark sein, wenn rechtsextreme Streichungsanträge propagiert und in Parlamenten oder z.B. in Jugendhilfeausschüssen platziert werden, die sich u.a. gegen die Förderung freier Träger bei Jugendfreizeiten oder die Gedenkstättenpädagogik richten. Beispielhaft ist hier die Einigung der demokratischen Parteien im Wetteraukreis zu nennen, wo die Fördergelder zur Gedenkstättenarbeit für 2007 verdoppelt werden konnten.
3. Die Jugendbildungsarbeit in Hessen ist als Instrument zur demokratischen Qualifizierung und Aktionskompetenz für die Demokratiepraxis von Jugendlichen zu aktualisieren, finanziell zu stärken und erneut gezielt gegen die Ausbreitung rechtsextremer Interpretationen zu richten. Hiermit sollen ebenfalls lokale und ehrenamtliche Projekte gegen Rechtsextremismus stärker motiviert werden. Das Land sollte neben der polizeilichen Arbeit und den Aktivitäten des Staatsschutzes gegen den Rechtsextremismus die Förderung der zivilgesellschaftlichen Akteure - durch den Einsatz von dauerhaft, kurzfristig und unbürokratisch abrufbaren Mitteln - verstärken und damit die soziale und politische Prävention deutlich erhöhen.
4. Die Auseinandersetzung in Schulen ist durch zeitliche Ressourcen sowie finanzielle und personelle Verbesserung der Möglichkeiten zu verstärken. Schulen müssen ermutigt werden, das Hineinwirken von Rechtsextremen in die Klassenräume u.a. durch die Kooperation von Jugendarbeit und Schulen, wie z.B. bei Projekttagen durch die Stärkung des „Netzwerkes für Demokratie und Courage“ zu blockieren, das von Jugendverbänden als wirksame Initiative und zum Aufbau von Barrieren gegen Rechtsextremismus beispielhaft entwickelt wurde.
5. Der Hessische Jugendring unterstützt den Aufbau einer Landeskoordinationsstelle zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Die Qualifizierung einer Task-Force ist durch Projekte im Bereich Pädagogik, Beratung und Aufklärung zu leisten. Die Kontrolle bei Konfrontationen mit Rechtsextremen sowie die Aufstellung von regionalen, thematischen und milieuspezifischen Interventionsteams bei rechtsextremen Gefährdungen ist auszubauen und durch die Beteiligung des Landes Hessen an Finanzierungsmöglichkeiten des Bundes zu verbessern.
6. Eine nachhaltig wirksame außerinstitutionelle Jugend- und Erwachsenenbildung gegen das weitere Einsickern rechtsextremistischer Einflüsse in die Alltagsbezüge der Familien, Vereine, in den Sport, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Schulen und andere soziale Gemeinschaften muss in Hessen dauerhaft qualifiziert werden. Die Aufmerksamkeit ist dabei durch die regelmäßige Veröffentlichung eines „Hessen-Reports“ - federführend durch ein wissenschaftliches Institut in Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren gegen Rechtsextremismus erstellt - auf hohem Niveau zu erhalten. Dazu wäre die Förderung von lokalwissenschaftlichen Studien zur regionalen Entwicklung vom Land in Auftrag zu geben.

Wiesbaden, den 25.04.2007

KrimZ KRIMINOLOGISCHE
ZENTRALSTELLE e.V.

Viktoriastraße 35
65189 Wiesbaden

Tel.: 0611 - 1 57 58 - 0

Fax: 0611 - 1 57 58 10

E-Mail: info@krimz.de

Internet: <http://www.krimz.de/>

Kriminologische Zentralstelle e. V. • Viktoriastraße 35 • 65189 Wiesbaden

An den
Vorsitzenden des Innenausschusses
des Hessischen Landtags
Herrn Horst Klee
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Als E-Mail an: H.Thaumüller@ltg.hessen.de

27. April 2007

Schriftliche Anhörung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen – Drucks. 16/6708 –¹

Sehr geehrter Herr Klee,

ich bedanke mich, auch im Namen des Vorstandes der Kriminologischen Zentralstelle, für Ihre Anfrage vom 6. März 2007 und die Möglichkeit, dem Innenausschuss des Hessischen Landtages in dieser Frage fachlich beratend zur Seite stehen zu können.

Leider ist es wegen anderer Verpflichtungen zurzeit nicht möglich, zu dem genannten Antrag differenziert Stellung nehmen zu können. Insoweit müssen wir auf unsere einschlägigen Veröffentlichungen [*Maßnahmen der Landesjustizverwaltungen zur Bekämpfung und zur Prävention von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt. Eine Bestandsaufnahme der Kriminologischen Zentralstelle* {inkl. CD-ROM}. Stand: August 2003. (Verfügbar unter: <http://www.krimz.de/texte.html>); Sohn, W. (2006). *Bekämpfung des Rechtsextremismus. Konzepte, Programme, Projekte; 2000 – 2005*. Zweite ergänzte Aufl. Wiesbaden: KrimZ. ISBN 3-926371-72-2;

¹ Weitere Quelle: Plenarprotokoll 16/119.

Egg, R. (Hrsg.) (2006). *Extremistische Kriminalität. Kriminologie und Prävention*. (Kriminologie und Praxis ; Bd. 51). Wiesbaden: KrimZ. ISBN-10: 3-926371-74-9] verweisen.

Gleichwohl möchte ich aus kriminologischer Sicht und vor dem Hintergrund unserer bisherigen Beschäftigung mit dem Thema einige zentrale Punkte festhalten, die in der Debatte des Innenausschusses von Nutzen sein können:

- 1) Im Vergleich zu anderen Bundesländern stagniert die Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität (PMK) in Hessen auf einem niedrigen Niveau. Die hessische PMK-Lage ist im Bundes- und europäischen Vergleich günstig und gibt zu keiner konkreten Besorgnis Anlass.
- 2) Die hessischen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sind – wie auch der im Sept. 2006 vorgelegte, umfangreiche und sorgfältige Bericht der Landesregierung belegt – zureichend.²
- 3) Vor allem durch die Einrichtung eines Aussteigerprogramms (Gruppe „Ikarus“), angesiedelt beim Landeskriminalamt, hat das Land eine aus kriminologischer Sicht begrüßenswerte und zielführende Maßnahme getroffen. Zusätzlich engagiert sich Hessen in besonderer Weise für den notwendigen Informationsaustausch mit den Aussteigerprogrammen in anderen Bundesländern.
- 4) Defizite in der PMK-Forschung und auch bei manchen (pädagogisch angelegten) Praxisprojekten sind nicht hessenspezifisch.
- 5) Aus kriminologischer Sicht wären weitere Analysen der Entwicklung politisch motivierter Straftaten und Straftäter wünschenswert.
- 6) Zur langfristigen Einschätzung des Bedrohungs- und Gewaltpotentials wäre insbesondere zu untersuchen, inwieweit Prozesse der Links-Rechts-Aufschaukelung wirksam sind und zur Eskalation beitragen.³ Hierzu könnten gemeinsame Forschungsbemühungen von Polizei und Justiz nützlich sein, sei es in Form erweiterter (polizeilicher) Auswerteprojekte oder beispielsweise einer

² Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der Abgeordneten Faeser [...] (SPD) und Fraktion betreffend Rechtsextremismus in Hessen. *Drucksache 16/5052*. Wiesbaden: Hessischer Landtag, 2006. - 72 S.

³ Vgl. z.B. den umfangreichen Sicherheitsbericht des Landeskriminalamts Nordrhein-Westfalen „*Kriminalität im Fokus*“ (2003, zzt. wieder verfügbar unter: http://www1.polizei-nrw.de/Ika/Forschung/Projekte/Sexuelle_Gewaltkriminalitaet_in_NRW/), S. 415, 424f. sowie den zweiten „*Periodischen Sicherheitsbericht*“ der Bundesregierung (2006), S. 166f. [Der 1. und 2. PSB sind im Internet u.a. verfügbar unter: http://www.bmj.de/enid/48ffce23bf5dcf9014ec35938046b6c0.0/Service/Publikationen_bh.html]

Falldokumentation, wie sie etwa bei der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg geführt und wissenschaftlich begleitet wird.

Kriminologische Erkenntnisse belegen für eine (präventive) Auseinandersetzung mit Straftätern, dass Ausgrenzung und Repression stets nur eine begrenzte Reichweite haben, teilweise auch kontraproduktiv sind. Eine moderne Kriminalprävention verfolgt daher heute vorzugsweise sozialintegrative, pädagogische Konzepte. Solche können auch bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus als Mittel der Wahl gelten.⁴

In der Hoffnung, der Arbeit des Innenausschusses des Hessischen Landtages auch in dieser verkürzten Form von Nutzen sein zu können,

verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Werner Sohn,
wiss. Angestellter

⁴ Siehe hierzu u.a. den zweiten „*Periodischen Sicherheitsbericht*“ der Bundesregierung (2006), Kap. 7 (Kriminalprävention). URL s. Fußn. 3.



■ Sportjugend Hessen · Otto-Fleck-Schneise 4 · 60528 Frankfurt am Main

Hessischer Landtag
Vorsitzender des Innenausschusses
Herrn Horst Klee
Postfach 3240
65022 Wiesbaden

Durchwahl:
0 69.67 89 401
ARibler@sportjugend-hessen.de

27.04.2007/ri

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 06.03.07, in dem Sie uns eine schriftliche Stellungnahme zum dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen ermöglichen.

Wir begrüßen den Antrag ausdrücklich und stimmen in allen Punkten mit dem Antragsteller überein. Unsere Stellungnahme bitten wir als eine Ergänzung und Konkretisierung mit Beispielen aus den Arbeitsbereichen der Sportjugend Hessen zu verstehen.

Zunächst möchten wir jedoch auf den „*Offenen Brief an alle Abgeordneten des hessischen Landtages*“ vom September 2006 hinweisen, den die Sportjugend Hessen neben vielen anderen namhaften Organisationen unterstützt hat. Hier sind detaillierte Erkenntnisse zum Thema Rechtsextremismus in Hessen sowie die daraus abzuleitenden Forderungen und Wünsche formuliert worden. Im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden einige Aspekte aus dem Offenen Brief genannt, jedoch nicht alle Anliegen berücksichtigt.

Wir möchten die wesentlichen Punkte aus dem Offenen Brief noch einmal bekräftigen:

1. Förderung lokaler Initiativen und ehrenamtlicher Projekte
- ist weitgehend unter Punkt 7. des Antrags aufgegriffen.
2. Förderung professioneller Projekte im Bereich Pädagogik, Beratung, Aufklärung
- wird unter Punkt 10. und 11. des Antrags indirekt angesprochen, hier möchten wir jedoch noch auf die Wichtigkeit einer dauerhaften finanziellen Absicherung entsprechender Projekte zur nachhaltigen Sicherung der Projektziele hinweisen.

3. Ermöglichung intensiver Auseinandersetzung in Schulen
 - wird unter Punkt 9. des Antrags thematisch aufgegriffen, jedoch auch hier sollte die Notwendigkeit der dauerhaften finanziellen Absicherung der schul-externen Unterstützer bekräftigt werden
4. Förderung wissenschaftlicher Lokalstudien
 - dieser Punkt wird leider nicht im Antrag aufgegriffen, daher möchten wir ihn an dieser Stelle nachdrücklich unterstützen.

Ergänzungen insbesondere zu den Punkten 11. und 12. und Anregungen zur Umsetzung des Antrags aus den Arbeitsbereichen des „zivilgesellschaftlichen Akteurs Sportjugend Hessen“:

Wie hinlänglich bekannt, bildet der Fußball Anknüpfungspunkte für rechtsextreme/rassistische Einstellungen und ist teilweise auch für im rechtsextremen Spektrum organisierte Personen interessant.

Im Fußball kommt es nicht nur in den Kreisligen zu Gewalt, Rassismus und Antisemitismus seitens der Spieler, Trainer, Zuschauer und im Jugendbereich seitens der Eltern (!). Die Oberliga ist zunehmend von Ausschreitungen durch Fans betroffen. Um die kritischen Entwicklungen in *allen* Hessen-Ligen zu stoppen bzw. sinnvoll entgegenzutreten, wäre die *Entwicklung eines Gesamtkonzeptes „Konfliktmanagement im Fußball“* vonnöten. Hier wäre einerseits die Arbeit der Fan-Projekte im Profi-Bereich für die Arbeit in den „unteren Ligen“ fruchtbar zu machen und andererseits die Gewaltpräventionsansätze aus den Kreisligen auf die Fan-Beauftragten und Sicherheitskräfte der Oberliga zu beziehen (Durchführung von Qualifizierungen Einsatz von „Zuschauer- und Elternbeauftragten“ etc.).

Im Projekt „Interkulturelle Konfliktvermittlung/Mediation im Fußball“ der Sportjugend Hessen in Kooperation mit dem Hessischen Fußballverband konnten seit 1998 wirksame Gegenstrategien und praktische Angebote für Funktionsträger und Spieler entwickelt und erprobt werden (Mediationen, soziale Trainingskurse, Coachings, Fairness-Trainings, Module zum Umgang mit interkulturellen Konflikten etc.). Durch die Ausbildung weiterer vor Ort tätiger Fußball-Mediatoren könnte die bisher erfolgreich geleistete Arbeit hessenweit fortgeführt werden.

Um so genannte „kritische Spiele“, bei denen es zu gewalttätigen/rassistischen/antisemitischen/ rechtsextremistischen Ausschreitungen kommen kann, zu deeskalieren, wäre es zudem sinnvoll, „regionale mobile Fußball-Einsatz-Teams“ zu bilden, die die Spiele besuchen, mit Schiedsrichtern, Trainern und Mannschaften sprechen, bei Ausschreitungen deeskalieren etc. Die Zielgruppen dieser Maßnahmen wären die im Antrag unter den Punkten 11. und 12. genannten Erwachsenen UND Jugendlichen (Stichwort systemischer Ansatz).

Damit regionale Aktivitäten gut vernetzt stattfinden, kooperiert die Sportjugend Hessen auch im Themenfeld Rechtsextremismus mit dem Hessischen Jugendring. So werden zurzeit gemeinsame Aktivitäten in Hoch-Weisel und im Fußballkreis Alsfeld durchgeführt. Während es in Hoch-Weisel um die Unterstützung der Vereine bei der (Nicht-)Aufnahme des Sohns von Marcel Wöll in einen Fußballverein geht, unterstützt die Sportjugend die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Kreis Alsfeld nach dem Auftreten eines Fußball-Torwartes mit der Trikot-Rückennummer „88“.

Wir hoffen durch unsere Ergänzungen und den Hinweis auf den Offenen Brief den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu stützen und zu bekräftigen.

Für Nachfragen und bei der Umsetzung der Landespolitik zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen stehen wir selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Thorsten Schneider
Vorstand

NDC Landesnetzstelle Hessen

DGB Jugendbüro Südhessen
Rheinstraße 50
64283 Darmstadt
Telefon: 06151 - 339 551
Fax: 06151 - 339 552
Ansprechpartnerin:
Anja Willmann

Hessischer Landtag
Postfach 32 40

65022 Wiesbaden

EINGEGANGEN

30. April 2007

El. 30.04.
→ INA

Darmstadt, 26.04.07

**Stellungnahme zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage betreffend
Rechtsextremismus in Hessen / Drucksache 16/6093**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Netzwerk für Demokratie und Toleranz (NDC) hat Ihr Schreiben vom 06.03.2007 erhalten und gibt nach ausführlicher Beratung, wie erbeten, die folgende Stellungnahme dazu ab.

Das Netzwerk für Demokratie begrüßt die ausführliche Antwort der Hessischen Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD Abgeordneten und der SPD-Fraktion. Wir stellen fest, dass es in vielen Bereichen der Beobachtung und Dokumentation rechtsextremistischer Aktivitäten eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen der Hessischen Landesregierung und dem NDC gibt. Dies lässt uns hoffen, dass wir im Rahmen dieser Anhörung auch in der Frage der Interpretation und Bewertung dieser Beobachtungen eine gemeinsame Sprache finden und daraus dann gemeinsam Handlungsstrategien ableiten werden.

Auf dem Hintergrund unserer Erfahrungen (wir veranstalten Projektstage für Jugendliche und Junge Erwachsene im Rahmen von Schule und außerschulischer Jugendarbeit bei denen wir unterschiedliche Themen wie z. B. Rassismus, Gewalt, Demokratie, Partizipation, oder auch Zivilcourage bearbeiten) sind die Auswirkungen der in dem Bericht aufgezeigten Aktivitäten allerdings viel weitreichender als in der Antwort dargestellt und vor allem im Bereich von Jugendlichen und Jungen Erwachsenen deutlich feststellbar.

Wir stellen bei immer mehr jungen Menschen eine Akzeptanz, Gewöhnung oder auch Übernahme rechtsextremer Orientierungen, Lebensbilder und Kultur fest. Dies geschieht

in einem Alter, in dem sich politische Grundeinstellungen nicht nur entwickeln, sondern auch gleichzeitig – unter Umständen sogar lebenslang – verfestigen.

Eine heute aktuell stattfindende Verfestigung rechtsextremer Orientierungen oder gar die Entwicklung eines rechtsextremen Weltbildes wirkt sich in der Regel erst in naher oder fernerer Zukunft aus – vielleicht ist das ja der Grund, dass diese Entwicklung immer wieder nicht die ihr gebührende Sorge und Beachtung findet.

Hier sehen wir auch unsere Möglichkeiten gemeinsam mit der Landesregierung zum Wohle des Landes Hessens und der Zivilgesellschaft aktiv zu werden und unseren Beitrag zum Gegensteuern zu leisten.

Wir veranstalten Projektstage für Jugendliche und Junge Erwachsene im Rahmen von Schule und außerschulischer Jugendarbeit bei denen wir unterschiedliche Themen wie z. B. Rassismus, Gewalt, Demokratie, Partizipation, oder auch Zivilcourage bearbeiten.

Leider fehlen uns die finanziellen Mittel, um unsere Aktivitäten auf dem bisherigen hohen qualitativen und quantitativen Niveau aufrecht erhalten zu können. Es ist eine große Chance, liegt aber auch in der Verantwortung der Landesregierung, nicht nur polizeiliches, sondern auch zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern. Aus diesem Grunde fordern wir im Sinne einer echten Zukunftsinvestition und einer zielgerichteten und erfolgreichen Prävention sowohl eine Maßnahmenbezogene wie auch die institutionelle Förderung des NDC aus Mitteln des Landes.

Mit freundlichen Grüßen



Anja Willmann



An den Hessischen Landtag
- Innenausschuss -
Schlossplatz 1- 3

65183 Wiesbaden

Severingstr. 1-7

36041 Fulda

☎ 0661/105-2000 oder

0661/105-2020

📠 105-2009

2. Mai 2007

**Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum Thema
Rechtsextremismus;
Stellungnahme von SMOG e.V.**

Ihr Schreiben vom 14.03.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen des Vorstandes von SMOG e.V. bedanke ich mich ganz herzlich für die Wertschätzung, die Sie unserer Arbeit mit der Einbeziehung in das Anhörungsverfahren im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum Ausdruck bringen.

SMOG e.V. befasst sich vor allem mit Möglichkeiten der Prävention und der Intervention im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Jugendkriminalität, wobei vor allem Gewaltphänomene im Fokus der Vereinsarbeit stehen.

Das Phänomen Rechtsextremismus genießt dabei keine Priorität, spielt aber bei Gewalthandlungen immer wieder eine Rolle, so dass das Thema zwangsläufig mit bearbeitet werden muss. Auffällig ist, dass die Themen Gewalt, Sucht und Rechtsextremismus oftmals das gleiche Ursachenspektrum aufweisen.

1. Rechtsextremismus in Osthessen

Aus der Kriminalstatistik des Polizeipräsidiums Osthessen ist zu ersehen, dass Straftaten im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Motivationslagen in den vergangenen Jahren ein nahezu konstantes Niveau aufweisen. Lediglich im Jahr 2006 hat es eine leichte Steigerung gegeben:

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Zahl der festgestellten Delikte	102	80	78	80	95	115

Quelle: Polizeipräsidium Osthessen

Nach Auskunft des zuständigen Kommissariats beim PP Osthessen ist die Steigerung der Fallzahlen im vergangenen Jahr vornehmlich auf die intensiven Kontrollmaßnahmen der Polizei im Zusammenhang mit zwei Großveranstaltungen (geplante Demonstration in Fulda anlässlich des Todestages von Rudolf Heß und geplantes Skinhead-Konzert in Thüringen) zurückzuführen, bei denen Straftaten im Zusammenhang mit dem Mitführen von Abzeichen und Informationsmaterialien aus dem rechtsextremistischen Themenspektrum sowie Waffen festgestellt wurden.

Bei den übrigen Fällen handelt es sich vornehmlich um Verstöße gegen das Waffengesetz, Volksverhetzung und Körperverletzung. Die von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen sind in der Mehrzahl zwischen 20 und 30 Jahren alt und treten in unterschiedlicher Zusammensetzung auf.

Es ist festzustellen, dass die Fluktuation in der rechtsextremistischen Szene – zumindest was den Bereich des PP Osthessen anbelangt - immer stärker geworden ist. Nur wenige Personen aus dem sogenannten harten Kern treten über mehrere Jahre als Akteure auf.

2. Ursachen für das Abgleiten in den Rechtsextremismus

Nach hier vorliegenden Erfahrungen sind die Gründe für das Abgleiten in die rechtsextremistische Szene sehr unterschiedlich. Nicht selten ist zu beobachten, dass die Loslösung vom Elternhaus und die damit einhergehende Orientierungslosigkeit die Suche nach starken Gruppen mit scheinbar klaren Regeln begünstigt. Hinzu kommt, dass rechtsextremistische Gruppierungen ihre Anziehungskraft durch eine Vielzahl von jugendspezifischen Events, wie Musikveranstaltungen und Partys aller Art, steigern. Sie bieten Action und Abenteuer. Es besteht die Möglichkeit, ungehemmt Alkohol zu konsumieren und sich exzessiv auszuleben. Die Suche nach solchen Angeboten wird verstärkt durch Brüche in der Biographie (Verlust des Arbeitsplatzes, Scheidung etc.), die auch maßgeblich das Selbstwertgefühl der Betroffenen beeinträchtigen. Sie fühlen sich in der Gruppe aufgefangen und gegen die Gesellschaft, die ihnen so viel Negatives zugemutet hat, abgeschirmt bzw. geschützt. Häufig ist zu beobachten, dass bei Personen, die den Weg in den Rechtsextremismus gehen, keine Vereinsbindung vorhanden ist und auch keine sonstigen „Haltepunkte“ oder „Anker“ in der etablierten Gesellschaft bestehen.

Glücklicherweise sind derart begründete Zugehörigkeiten zur rechtsextremistischen Szene meist nur episodenhaft. Häufig fehlt den Beteiligten der ideologische Überbau. Nur in Ausnahmefällen erfolgt der Einstieg auf der Grundlage einer ideologischen Überzeugung. In der Mehrzahl der Fälle, in denen dies beobachtet wurde, war das Elternhaus maßgeblich mit beteiligt.

Personen, die in der rechtsextremistischen Szene verbleiben, verfügen jedoch regelmäßig über ein gefestigtes ideologisches Weltbild.

3. Maßnahmen der Behörden

Die Vollzugspolizei kann auf diese Entwicklungen nur unzureichend reagieren. In der Regel beschränkt sie sich auf die Verfolgung bekannt gewordener Straftaten, wobei Kontakte zum Elternhaus, zu den Schulen oder zu den Vereinen nur sehr selten zu Stande kommen. Selbst die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wird als ungenügend bezeichnet.

Die Unterstützung durch die Arbeitsgruppe „IKARus“ beim HLKA wird zwar als hilfreich angesehen, reicht aber nach Auskunft der Staatsschutzsachbearbeiter nicht aus, zumal die Folgebetreuung beim örtlich zuständigen Kommissariat verbleibt.

Vor diesem Hintergrund kann die polizeiliche Bearbeitung dieser Thematik nicht als effektiv und zielführend angesehen werden. Wünschenswert wäre eine Intensivierung der Präventionsarbeit, die jedoch nach Auskunft der Staatschutzsachbearbeiter an den fehlenden personellen Ressourcen scheitert.

Auch die Präventionsarbeit der Kommunen muss als lückenhaft bezeichnet werden. Neben der nicht immer in ausreichendem Maße vorhandenen Kompetenz in den Ämtern, ist vor allem die mangelnde Jugendarbeit zu kritisieren. Bei Gesprächen mit Bürgermeister der Region ist immer wieder festzustellen, dass den Kommunen oftmals gar nicht bekannt ist, welche Jugendgruppen im eigenen Gemeindebereich auftreten und welche Aktivitäten von ihnen ausgehen.

4. Präventionsarbeit von SMOG e. V.

Diese in der behördlichen Präventionsarbeit festgestellten Lücken versucht SMOG e.V. mit einem umfassenden Konzept zu schließen.

Der Verein arbeitet dabei eng mit dem Polizeipräsidium Osthessen zusammen und hat mittlerweile ein funktionierendes Netzwerk errichtet, dem Elternvertretungen, Schulen, Schulämter, Jugendämter, die Staatsanwaltschaften, die Gerichte, die Jugendgerichtshilfen, die Fachstellen für Suchtprävention, die Kommunen und die Landkreise angehören.

In diesem Netzwerk werden die Maßnahmen der Prävention und der Intervention eng aufeinander abgestimmt, so dass jeder Netzwerkpartner die Möglichkeiten und Handlungsgrundlagen des jeweils anderen kennt.

SMOG e.V. hat sich auf die Schulung der Kinder und Jugendlichen sowie der Eltern, Erzieherinnen, Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer konzentriert.

Im Bezug auf die Kinder und Jugendlichen werden Präventionsbausteine angeboten, die die Gewaltprägung beeinflussen und Strategien gegen gewalttätiges Verhalten vermitteln sollen. Hierzu gehören

- das Präventionsprogramm „Faustlos“, das die sozial-emotionale Kompetenz steigert,
- das Seminar „Nicht mit mir“, das die Kinder gegen Gewalt, Suchtgefahren und sexuellen Missbrauch stärkt und das Selbstbewusstsein erhöht,
- das Antigewalttraining „Cool sein – cool bleiben, das Strategien gegen Viktimisierungen sowie gegen Eskalationen bei Gewalthandlungen vermittelt,
- die Buslotsenausbildung, die die Kinder und Jugendlichen auf dem Schulweg, an Haltestellen und in den Schulbussen sicherer macht sowie Vandalismus- und Diebstahlschäden vermindert und
- die Streitschlichterausbildung, die die Schüler befähigt, in Konfliktfällen als Mediatoren zu fungieren und Streitfälle beizulegen.

Im Bezug auf die Erzieherinnen und Erzieher sowie die Lehrerinnen und Lehrer erfolgen ebenfalls Schulungen zur Umsetzung von

- Faustlos im Kindergarten und in der Grundschule sowie der
- Gewalt freien Streitschlichtung in den weiterführenden Schulen.

Schließlich erfolgen Elternschulungen mit

- dem Elternführerschein im pränatalen Bereich und der
- MonteBaRo-Elternschule, in der Erziehungskompetenzen vermittelt werden.

Insbesondere im Hinblick auf die Gefahren des Abrutschens in die rechtsextremistische Szene ist SMOG e. V. derzeit damit befasst, ein Mentorenprogramm zu entwickeln.

Die Mentoren sollen dabei gefährdete Kinder und Jugendliche in ihren Familien beispielsweise bei der Erstellung der Hausaufgaben betreuen und auch – auf Kosten von SMOG e. V. – gelegentlich Events, wie Kino- und Discobesuche, anbieten. Gerade Kinder aus sozial schwachen Familien erhalten durch die Betreuung einer Person aus der „etablierten Gesellschaft“ neue Perspektiven.

Da in der rechtsextremistischen Szene die Events eine besondere Anziehungskraft entfalten, gewinnen die von SMOG e. V. initiierten Mitternachtsfußball- und Streetball-Turniere eine besondere Bedeutung.

Derzeit werden monatlich zusammen mit einem deutsch – amerikanischen Kultur- und Freundschaftsverein Mitternachtsstreetball-Turniere veranstaltet, bei denen bis zu 100 Jugendliche teilnehmen.

Mit dem Jugendamt Lauterbach und streetwork-Fulda zusammen veranstaltet SMOG e. V. darüber hinaus vierteljährlich Mitternachtsfußballturniere. Als Siegerpreise werden Stadionkarten oder Kinokarten überreicht. Die Fahrten zum Stadion oder anderen Zielen werden von der Kommune organisiert und durchgeführt, oftmals unter Begleitung eines oder mehrerer Vereinsmitglieder von SMOG e. V.

Als Highlight im ostthessischen Raum findet jährlich ein Benefizturnier statt, an dem zahlreiche prominente Sportler teilnehmen.

Dies hat zu einem hohen Bekanntheitsgrad von SMOG beigetragen und sichert dem Konzept auch die Aufmerksamkeit der Kinder und Jugendlichen, die gerne die Chance nutzen, die Prominenten persönlich kennen zu lernen.

5. Maßnahmen im Bereich der Intervention

Im Bereich der Intervention beteiligt sich SMOG e.V. neben der örtlichen Polizei mit seiner Fachkompetenz an Konfliktgesprächen im Vorfeld von Straftaten. Diese Konfliktgespräche finden immer dann statt, wenn Eltern und Lehrer nicht in der Lage sind, einen konkreten Streitfall zu lösen. SMOG e.V. stellt in diesen Fällen einen Mediator zur Verfügung, der mit den Konfliktparteien Lösungen erarbeitet, die idealer Weise in eine schriftliche Vereinbarung einfließen.

Diese Vereinbarung soll nach einer gewissen Zeit der Praxisbewährung überprüft und ggf. modifiziert werden, um einen größtmöglichen Erfolg zu gewährleisten.

Ein weiterer Baustein im Bereich der Intervention ist der Täter- Opfer Ausgleich. Hier hat sich SMOG e.V. bereit erklärt, den Täter- Opfer Ausgleich in den Landkreisen Vogelsberg und Hersfeld / Rotenburg durchzuführen. In Ermangelung entsprechend kompetenten Personals bei der Jugendgerichtshilfe hat ein ausgebildeter Pädagoge von SMOG e.V. diese Aufgabe übernommen. Die Landräte der beiden Kreise und die Staatsanwaltschaften Gießen und Fulda haben dieser Verfahrensweise bereits zugestimmt.

Es ist zu erwarten, dass durch die Anwendung des Täter- Opfer Ausgleichs die Rückfallquote bei Ersttätern gesenkt werden kann.

6. Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit engagiert sich SMOG e.V. bei der Organisation von Fachtagungen und der Durchführung von Erfahrungsaustauschen. Hierzu gehören Seminare zur Förderung der interkulturellen Kompetenz ebenso, wie Vortragsveranstaltungen zu den Themenbereichen Gewalt, Sucht und Rechtsextremismus.

Diese Aktivitäten dienen dem Kennenlernen der Akteure und der Förderung des Verständnisses für die Aufgaben der Netzwerkpartner.

7. Öffentlichkeitsarbeit

Einen wesentlichen Stellenwert in der Arbeit von SMOG e. V. genießt die Öffentlichkeitsarbeit. In zahlreichen Presseartikeln, Fernsehberichten und Hörfunkbeiträgen wurde für die Ziele des Vereins geworben. Hilfreich war dabei die Tatsache, dass SMOG e.V. zahlreiche Prominente, wie Rudi Völlner, Otto Rehagel, Ottmar Hitzfeld, Sebastian Kehl, Heike Drechsler und Bodo Bach, als Repräsentanten an seiner Seite hat.

Ziel ist es, die Themen Gewalt, Sucht und Rechtsextremismus im Bewusstsein der Öffentlichkeit dauerhaft zu verankern und einen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen.

Nur durch die Mitwirkung aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen lassen sich die dargestellten Problembereiche eindämmen.

8. Ergänzende Vorschläge zur Bekämpfung des Rechtsextremismus

Angesichts der dargestellten Problematik wird angeregt, die Präventionsarbeit innerhalb der Polizei auszubauen und die Kompetenz der Behörden, insbesondere in den Kommunen, zu stärken.

Ergänzend hierzu ist es auch notwendig, die durch die Föderalismusreform weggefallene Bundesförderung (bspw. entimon) durch eine entsprechende Landesförderung zu ersetzen. Nur so kann SMOG e.V. die als notwendig erkannten Maßnahmen im Bereich der Prävention und der Intervention künftig dauerhaft fortführen.

Zu den als dringend erforderlich erkannten Maßnahmen gehört das unter Ziffer 4 angesprochene Mentorenprogramm. Es soll vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien stärken, die in besonderem Maße der Anziehungskraft der rechtsextremistischen Szene unterliegen.

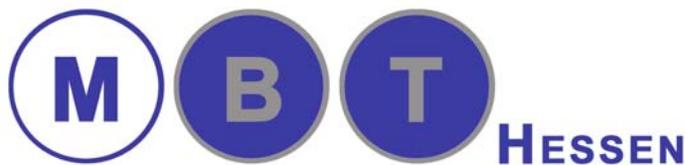
Gerade in der Präventionsarbeit ist es von besonderer Bedeutung, dass die erarbeiteten und später angebotenen Konzepte auch langfristig umgesetzt werden können. Nur so kann das Maß an Vertrauen entstehen, das erforderlich ist, um die Zielgruppe auch zu Verhaltensänderungen zu bewegen.

Vertrauen ist die zentrale Grundlage, auf der eine gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen erfolgen kann.

Mit freundlichen Grüßen



(Erwin Maisch)
1. Vorsitzender



Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus - für demokratische Kultur in Hessen e.V.

Westring 68
37127 Kassel
Tel: 0561 8616766
Fax: 0561 8616765
Email: politischebildung@gmx.de
www.mbt-hessen.org

Stellungnahme zum Thema Rechtsextremismus in Hessen

Das MBT Hessen hat seinen Sitz in Kassel. Aus diesem Grund haben wir einen besonders guten Überblick über die Entwicklung rechtsextremer Tendenzen in Nordhessen. Unsere Beobachtungen beziehen sich auf den Landkreis Kassel, den Werra-Meißner-Kreis, den Schwalm-Eder-Kreis, die Stadt Kassel und zum Teil den Kreis Hersfeld-Rotenburg.

Ganz allgemein ist festzustellen, dass in den letzten Monaten in Nordhessen ein spürbarer qualitativer und quantitativer Anstieg von rechtsextremistischen Aktivitäten zu beobachten ist.

Wir haben im Folgenden eine Auswahl von Vorkommnissen aufgelistet. Diese Liste ist bei Weitem nicht vollständig, sondern soll untermauern, wie sich der Rechtsextremismus auch in Nordhessen gewandelt hat. Wir beziehen unsere Informationen aus der Tagespresse und anderen Medien, sowie Aussagen von Pädagogen und Pädagoginnen, zu denen wir zum größten Teil einen intensiven Kontakt pflegen, lokalen und überregionalen ExpertInnen des Themas Rechtsextremismus, von Rechtsextremismus betroffene Menschen und andere Einzelpersonen, die sich an uns gewandt haben.

Qualitative Veränderungen:

Die rechtsextremistische Szene in Nordhessen tritt in den letzten Monaten weitaus offensiver und aggressiver auf, als dies in den letzten Jahren der Fall war. So kursiert im Internet auf der website der „Freien Kameradschaft Kassel“ eine sog. schwarze Liste, wo Menschen, die sich mehr oder minder öffentlich gegen Rechtsextremismus aussprechen aufgelistet werden. Dabei wurde eine Schülervertreterin wiederholt auf ihrem Handy angerufen und bedroht. Einem Jugendlichen wurde sein Auto demoliert.

Auch tauchen Rechtsextreme inzwischen auf Veranstaltungen zum Thema auf und ergreifen dort durchaus das Wort. Im Februar geschah dies z.B. auf einer Veranstaltung der Grünen. Bei einem Seminar für den Kreisschülerrat Schwalm-Eder, bei der rechtsextreme Argumentationsstrategien behandelt wurden, kündigten sich ebenfalls Rechtsextremisten an um die Veranstaltung zu stören, die nur durch eine massive Polizeipräsenz abgeschreckt werden konnten.

Während der Durchführung eines Informationsstandes zum Thema auf dem Kasseler Königsplatz „regneten“ plötzlich Flugblätter der NPD von einer nahegelegenen Einkaufsgalerie.

Bei einer DGB-Veranstaltung in Kassel tauchten 15 Rechtsextremisten auf, darunter NPD-Mitglieder, genauso wie ein Vertreter des sog. Bürgerbündnisses „Pro Schwalm Eder“, das zur letzten Kommunalwahl angetreten ist.

Dieses Bündnis war insofern bemerkenswert und aus unserer Sicht bundesweit bisher einmalig, weil es der in der Vergangenheit durchaus zerstrittenen Szene gelungen ist, sich auf ein gemeinsames Wahlbündnis zu einigen. Dort traten neben Vertretern und Vertreterinnen von rechtsextremen Parteien wie Republikaner und NPD auch einschlägig vorbestrafte und gewaltbereite Neonazis aus dem Spektrum der sog. Freien Kameradschaften gemeinsam an.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es in Nordhessen inzwischen soweit ist, dass wo immer Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus stattfinden, damit gerechnet werden muss, dass auch Personen aus diesem Spektrum auftauchen und dabei so selbstbewusst sind, sich auch in Diskussionen einzumischen. Damit wird die von der NPD und den sog. Freien Kameradschaften propagierte „Wortergreifungsstrategie“¹, die in den letzten Jahren fast ausschließlich für Ostdeutschland propagiert wurde, nunmehr auch in Hessen angewandt.

Der Fall Tödter (Stadt Kassel)

Etwas anders gelagert sind die Vorgänge um den Verein Spitze e.V., der im Jahr 2006 in Kassel für Aufsehen sorgte. Im Frühjahr 2006 zog Bernd Tödter (wegen rechtsextremen Straftaten, darunter auch ein Mord an einem Obdachlosen, mehrfach verurteilt) in eine „multikulturelle“ Wohnsiedlung in Kassel. Er schaffte es mit seinem Freundes- und Verwandtenkreis, der ebenfalls in die Siedlung gezogen war, einen Nachbarschaftsverein zu unterwandern, der die soziale Infrastruktur für die Wohnsiedlung verwaltete. Die Clique war vorher schon in einem nordhessischen Dorf auffällig geworden, wo sie einen Sportverein gegründet hatte. Der Personenkreis behauptete, nachdem ihre Vorgeschichte bekannt geworden war, nicht mehr rechtsextremistisch zu sein bzw. es nie gewesen zu sein. Trotzdem wurden Strukturen, die von AnwohnerInnen bisher geschaffen worden waren geschlossen bzw. es zogen sich auch einzelne migrantische Initiativen aus den Räumlichkeiten des Vereins zurück. Außerdem berichteten Anwohner/innen von rechtsextremistischer Musik sowie massiven Bedrohungen durch diesen Personenkreis.

Die Reaktionen auf diesen Vorgang waren meist hilflos, bzw. von der Sorge geprägt, dass einzelne Jugendliche, quasi in Selbstjustiz die Clique um Tödter angreifen und sich damit selbst schaden könnte.

Riede/Kirchberg (Kreis Kassel)

In der Nacht vom 29. auf den 30.12. 2006 wurde in Kirchberg ein Sozialarbeiter von einer Gruppe maskierter Rechtsextremisten zusammengeschlagen, die dem Kameradschaftsspektrum zuzuordnen sind. Der Sozialarbeiter hatte zuvor fünf Neonazis bei einer Party in einem Jugendclub Hausverbot erteilt. Diese Aktion verdeutlicht, dass es eine hohe Gewaltbereitschaft und Selbstbewusstsein in diesem Spektrum gibt, das in der Form bislang nur selten zu beobachten war. Zwei Tage später, in der Silvesternacht führte die rechte Szene einen Fackelzug mit ca. 30 Personen in dem Nachbardorf Riede durch. Dabei wurde rechtsextremes Liedgut gesungen.

¹ Siehe z.B.: www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=9&cmsint_id=1&detail=649

An diesen Beispielen wird ein Bedrohungspotential deutlich, dass bei vielen Bewohnern des Ortes aber auch bei den mit Jugendlichen professionell Arbeitenden zu einer Einschüchterung führte.

Jugendräume einer Gemeinde im Werra-Meißner -Kreis

Ein ähnliches Phänomen ist in einer Gemeinde im Werra-Meißner-Kreis zu beobachten, in der Jugendräume von Rechtsextremen dominiert werden und es vermehrt zu Bedrohungen von Leuten gekommen ist, die daran Kritik äußerten. Diese Problemlage führt zu folgenden Umgangsweisen, die unserer Erfahrung nach als exemplarisch gewertet werden können:

Es besteht die Sorge, vor allem von Leuten des öffentlichen Lebens, dass die Vorfälle öffentlich werden und damit die Gemeinde negativ in der Öffentlichkeit dasteht oder „gebranntmarkt“ ist. Dies führt zu einem Verharmlosen der Problematik. Ein Großteil der BewohnerInnen nimmt die rechten Treffpunkte und Parolen als normale Jugendkultur hin und schenkt diesem keine Aufmerksamkeit. Ein andere Teil ist durch die Vorfälle und die Bedrohung der Rechtsextremen eingeschüchtert und hat Sorge selbst Opfer zu werden.

Als positive Reaktion gibt es allerdings auch den Austausch von fachbezogenen Gremien oder runden Tischen, die versuchen einen Umgang mit der Situation zu finden und auf institutioneller Ebene gegebenenfalls zu intervenieren.

Stadt Kassel

Mittlerweile ist fast der gesamte Landesvorstand der Jugendorganisation der NPD (JN) nach Nordhessen gezogen (drei Personen in Kassel und eine in Weimar bei Kassel). Ausgestattet mit finanziellen Mitteln und Propagandamaterial der JN und NPD, lässt sich ein verstärktes „Rekrutierungsvorhaben“ der Kasseler „JN Kader“ feststellen wie zum Beispiel: Mobilisierungen zu Demonstrationen, Ausflügen, Konzerten (die in den letzten Monaten vermehrt in und um Kassel herum durchgeführt bzw. von der Polizei verhindert wurden) Treffen, etc... . Eine neue, junge Generation von Neonazis wird hierbei angesprochen.

Bedarf:

In Hessen fehlt unseres Erachtens ein landesweit koordiniertes Vorgehen bezüglich der oben nur für Nordhessen dargestellten Entwicklungen. Häufig wissen einzelne Menschen, die privat oder dienstlich mit diesen Problemen zu tun haben nicht, wie sie darauf reagieren können und meist wissen sie auch nicht, an wen sie sich wenden könnten. Aus unserer Sicht wäre es sinnvoll, beim Aufbau von Strukturen, die sich professionell dem Thema Rechtsextremismus widmen, auf die weitreichenden Erfahrungen, die in den vergangenen 15 Jahren in Ostdeutschland gemacht wurden zurückzugreifen. Denkbar wären damit hessenweite, den RAAs (Regionale Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schulen) vergleichbare Institutionen, genauso wie die Förderung Mobiler Beratungsteams. Des Weiteren wäre sinnvoll, wenn es finanzielle Mittel des Landes Hessen gäbe, die bei Bedarf auch für kleinere Organisationen oder Bündnisse aus der Zivilgesellschaft abrufbar wären.



Arbeitsstelle Rechtsextremismus
und Fremdenfeindlichkeit

Stellungnahme im Rahmen der Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtags zum Thema „Frühzeitige Bekämpfung von rechtsextremistischen Tendenzen bei Jugendlichen“

von Michaela Glaser, Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist ein am Deutschen Jugendinstitut, Außenstelle Halle angesiedeltes Forschungsprojekt. Aufgabe der Arbeitsstelle ist die Erhebung, Dokumentation und fachliche Bewertung pädagogischer Ansätze der Prävention und Intervention in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Darüber hinaus soll der fachliche Austausch, auch mit dem europäischen Ausland, gefördert werden. Vor dem Hintergrund unserer fachlichen Erfahrungen und Kenntnisse zur Thematik konzentrieren sich die folgenden Ausführungen auf die Themenbereiche „Schule“ und „Außerschulische Jugendbildung“ (Fragen 12. b und 12.d).

Stellenwert des Themas in der Unterrichtspraxis (Inhalte und Vermittlungsmethoden) und Ansätze zur Verbesserung

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bzw. mit in diesem Kontext relevanten Themenbereichen ist in den meisten schulischen Lehrplänen nur unter einer sehr eingeschränkten Perspektive vorgesehen und konzentriert sich überwiegend auf folgende Aspekte: Die Thematisierung der nationalsozialistischen Willkürherrschaft und ihrer Verbrechen, insbesondere der NS-Vernichtungspolitik (schwerpunktmäßig im Geschichtsunterricht, in den Lehrplänen in der Regel für die 8. oder 9. Klasse vorgesehen) sowie Informationen über die Entstehung, den Aufbau und die zentralen Verfahren des bundesdeutschen demokratischen Systems (vorrangig in den Fächern Politik, Sozial- bzw. Gemeinschaftskunde).

Eine Beschäftigung mit anderen Dimensionen der Problematik - aktuelle Erschei-

nungsformen von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Anforderungen des Zusammenlebens in einer Einwanderungsgesellschaft - ist in der Regel nicht vorgesehen.

Bei den didaktischen Vermittlungsformen dominieren auf Wissensvermittlung zentrierte, kognitiv ausgerichtete Formate. Diese sind erfahrungsgemäß jedoch nur sehr begrenzt geeignet, um Empathie zu wecken und nachhaltige Lernprozesse zu diesen Themen in Gang zu setzen. Dazu bedarf es über die reine Information und Aufklärung hinaus konkreter Erfahrungen, durch die Werte und Verfahren des demokratischen, gewaltfreien, toleranten Miteinanders oder die Vielfalt von Lebensformen für das eigene Leben Bedeutung erhalten. Thematisch relevante Ansätze, die auf die Vermittlung solcher Erfahrungen setzen, findet man in der Gewaltprävention, der Demokratiepädagogik, der Menschenrechtserziehung oder dem Interkulturellen Lernen. Sie sind jedoch in der Regel nicht Bestandteil des regulären Unterrichts, sondern werden im schulischen Rahmen nur punktuell, als zeitlich begrenzte Initiativen (Projekttag und -wochen, Klassenfahrten in Kooperation mit Bildungseinrichtungen) realisiert. Nur in wenigen Schulen wird, zumeist im Rahmen spezieller Programme (z. B. des inzwischen ausgelaufenen Bund-Länder-Modellprogramms „Demokratie lernen & leben“) oder Schulprofile („Schulen ohne Rassismus“, Unesco-Projektschulen) eine kontinuierlichere Beschäftigung mit solchen Ansätzen verfolgt. Ob überhaupt und in welchem Umfang solche Angebote stattfinden, hängt dabei vom persönlichem Engagement der Schulleitung bzw. einzelner Lehrer/innen ab. Anders als z. B. in England oder Kanada, wo die Schulqualität auch am Beitrag der Schulen zur Entwicklung demokratischer Kompetenzen gemessen wird, gibt es bisher in Deutschland kaum Anerkennung für Schulen, die entsprechende Zielstellungen verfolgen.

Ansätze für eine Verbesserung dieser Situation bieten sich in folgenden Bereichen:

- *Bildungspolitik*: Aufwertung sozialer und demokratischer Lerninhalte, indem die Entwicklung entsprechender Kompetenzen als zentraler Bildungsauftrag der Schulen definiert wird. Thematische Verankerung von Migration und damit verbundener Realitäten und Anforderungen im Curriculum.
- *Qualifikation*: Integration von Ansätzen der Demokratie- und Menschenrechtspädagogik und des Interkulturellen Lernens in die Lehreraus- und -fortbildung sowie in die Schulleiterfortbildung.
- *Didaktik*: Erweiterung der kognitiv dominierten Vermittlungsformen zugunsten einer stärkeren Erfahrungs- und Handlungsorientierung. Im Unterricht sind solchen alternativen Zugängen zwar strukturelle Grenzen gesetzt (enge zeitliche und räumliche Vorgaben, Notendruck); durchaus möglich sind aber

weniger distanzierte, informationszentrierte Formen, etwa durch Verwendung biografischer Elemente (Zeitzeugen, Spurensuchen) oder auch durch die Kombination mit kreativ-gestalterischen Zugängen.

- *Schulentwicklung*: Projekte und Unterrichtseinheiten zur Förderung demokratischer oder interkultureller Kompetenzen vermögen wenig zu bewirken, wenn sie durch das schulische Umfeld konterkariert werden – weil im schulischen Alltag autoritäre Entscheidungsstrukturen dominieren oder weil Migrant/innen den Schüler/innen vor allem als Putzfrau oder Hausmeister begegnen, während prestigeträchtigere Positionen überwiegend von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft besetzt werden. Es bedarf deshalb auch einer Demokratisierung des Schulklimas (Ausbau von Mitbestimmungsmöglichkeiten; gemeinsame Selbstverpflichtungen zum Umgang miteinander etc.) und einer schulischen Antidiskriminierungspolitik, die neben einer konsequenten Auseinandersetzung mit fremden- oder anderen minderheitenfeindlichen Vorfällen auch strukturelle Aspekte mit einschließt, die auf den Abbau von Benachteiligungen im Schulsystem zielen (Maßnahmen zur Interkulturellen Öffnung; Monitoring von Schulerfolgen, entsprechend ausgerichtete schulische Entwicklungspläne).

Wie kann die außerschulische Jugendbildung zum Thema verbessert werden?

In außerschulischen Angeboten der Rechtsextremismus- und Fremdenfeindlichkeitsprävention für junge Menschen sind erfahrungs- und handlungsorientierte Zugänge sehr viel verbreiteter als im schulischen Lernen - Zugänge also, die den Bezug zur Lebenswelt der Teilnehmenden herstellen, die auf das Erzeugen emotionaler Betroffenheit und auf eigenes Handeln der Teilnehmenden zielen. Durch den Einsatz nonverbaler, kreativer und bewegungsorientierter Ausdrucksformen werden andere als im schulischen Lernen geforderte Fähigkeiten und Kompetenzen angesprochen - was bessere Möglichkeiten der Ansprache und Einbindung von Jugendlichen mit geringem Bildungskapital und von aktionistisch orientierten Jugendlichen eröffnet. Aber auch in bei Teilnehmer/innen, die z. B. aufgrund ihrer politischen Überzeugungen oder vorhandener Ressentiments zunächst mit Abwehr reagieren, haben sich solche Ansätze als vorteilhaft erwiesen. Insgesamt haben sich derartige Lernformen als gut geeignet erwiesen, um Zugänge zu öffnen, Interesse zu wecken und Denkanstöße zu geben. Außerdem werden Lernprozesse auf der sozialen und der emotionalen Ebene ermöglicht, welche gerade im Kontext sozialer und moralisch-ethischer Fragen wesentliche Lerndimensionen darstellen.

Allerdings ist diese Arbeit auch durch spezifische Schwierigkeiten und Grenzen

gekennzeichnet:

- Ein Großteil der Arbeit in diesem Bereich wird mithilfe zeitlich begrenzter Projektfinanzierungen aus Sonderprogrammen und Stiftungsgeldern realisiert. Die Folgen sind eine geringe Kontinuität der Arbeit und relativ hohe personelle Fluktuation, was zu Lasten der Professionalisierung in diesem Feld geht, da Erfahrungswissen und erworbene Kompetenzen immer wieder verloren gehen. Ungewissheiten und Verzögerungen, die aus der Bewilligungspraxis resultieren, stellen zudem ein Hindernis für die Kooperation mit Schulen und Ausbildungsstätten dar, die nach sehr festen Zeitabläufen arbeiten, so dass Projekte z. B. nach einem verschobenen Projektstart häufig nicht mehr adäquat in den Schulalltag „eingetaktet“ werden können.
- Die präventive pädagogische Arbeit im Themenfeld Rechtsextremismus erfordert neben allgemeinen fachlich-methodischen Qualifikationen auch themenbezogenes Wissen und spezifische Kompetenzen, z. B. im situationsgemäßen Umgang mit eventuellen rechtsorientierten Äußerungen der Teilnehmenden. Vielfach findet man in diesem Feld zwar gut ausgebildete Medien-, Theater- oder Erlebnispädagogen, denen es jedoch zum Teil an themenbezogenen Qualifikationen und Praxiserfahrungen, zum Teil auch an den persönlichen Voraussetzungen für diese Arbeit fehlt. In solchen Fällen kann es vorkommen, dass Pädagog/innen überfordert sind, wenn sie z. B. mit fremdenfeindlichen Positionen konfrontiert werden.
- Offen ausgeschriebene, d. h. nicht mit festen Gruppen wie Schul- und Berufsschulkassen durchgeführte Angebote erreichen oft nur besonders Interessierte oder zu dieser Thematik bereits engagierte Jugendliche. Rechtsextrem gefährdete oder bereits rechtsorientierte junge Menschen werden in der Regel durch solche Angebote nicht erreicht. Auch fehlt es an Angeboten, die konzeptionell und von ihrer Zielsetzung her spezifisch auf diese Zielgruppe ausgerichtet sind.
- Die Vermittlung von Wissensinhalten - zur rechtsextremen Ideologie, zu den historischen Tatsachen des NS, zur Zuwanderungsrealität etc. - stellt ebenso wie soziale und emotionale Lernprozesse eine wichtige Dimension präventiver Arbeit in diesem Feld dar. Die Bereitschaft junger Menschen, sich in Angeboten außerhalb des Unterrichts formales Wissen anzueignen, ist jedoch erfahrungsgemäß eher gering; die Vermittlung fundierter im Kontext dieser Thematik relevanter Wissensbestände im Rahmen außerschulischer Bildung deshalb nur begrenzt möglich.
- Bei außerschulischen Bildungsangeboten handelt es sich in der Mehrzahl um kurzzeitpädagogische Maßnahmen von einigen Stunden bis zu mehreren Wochen, selten länger als einigen Monaten Dauer. Solche Angebote können

wichtige Impulse setzen, die es allerdings aufzugreifen und zu vertiefen gilt. Wenn Angebote nicht in eine kontinuierlichere Beschäftigung mit den aufgeworfenen Fragen eingebettet sind, besteht die Gefahr, dass angestoßene Prozesse wenig nachhaltig sind.

Maßnahmen zur Stärkung außerschulischer Angebote in der Rechtsextremismusprävention sollten deshalb auf folgenden Ebenen ansetzen:

- *Rahmenbedingungen:* Ein wichtiger Beitrag zu einer Professionalisierung außerschulischer Angebote gegen Rechtsextremismus wäre eine stärkere Integration dieser Angebote in die Regelförderung der Jugendarbeit, um längerfristige und berechenbare Finanzierungsbedingungen zu schaffen. Hierzu wäre insbesondere ein stärkeres finanzielles Engagement von Ländern und Kommunen erforderlich.
- *Qualifikation/Qualitätssicherung:* Gefordert sind hier: Eine systematische Integration der Thematik, d. h. darauf bezogener Wissens- und Qualifikationseinheiten in die pädagogische Aus- und Fortbildung; die Vermeidung von "Einzelkämpfer"-Projekten, d. h. Arbeit im Team und die Möglichkeit zur Supervision in der Arbeit mit schwierigen Zielgruppen; die Etablierung entsprechender fachlicher Standards.
- *Erreichen der Zielgruppen:* Um Jugendliche zu erreichen, die bereits durch rechtsorientiertes Verhalten auffällig geworden sind, gilt es verstärkt auf diese Klientel zugeschnittene Konzepte zu entwickeln sowie entsprechende Angebote zu realisieren.
- *Integrierte Ansätze:* Auch für die außerschulische Jugendbildung stellt sich die Aufgabe, in der Rechtsextremismusprävention eine stärkere Kontextualisierung von Angeboten und perspektivische Erweiterung ihrer Zielgruppen vorzunehmen: Anstelle isolierter Projekte ohne Bezug zu alltäglichen Abläufen gilt es, verstärkt Ansätze zu entwickeln, die das soziale Umfeld und seine Akteure (Multiplikator/innen, Eltern) mit einbeziehen.

Gemeinsame Aufgaben und Herausforderungen für Schule und außerschulische Jugendbildung

Einige im Kontext schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus sich stellende Anforderungen sind für beide Bereiche gleichermaßen relevant, weshalb sie an dieser Stelle zusammenfassend dargestellt werden.

Kooperation: Eine verstärkte Kooperation von Schulen (einschließlich der Berufs-

schulen) und außerschulischen Bildungsanbietern in der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist aus mehreren Gründen zu forcieren:

- Außerschulische Angebote bieten die Möglichkeit, alternative, erfahrungs- und handlungsbezogene Lernzugänge, die im Rahmen des Lernformats „Unterricht“ nur begrenzt realisierbar sind, dennoch in den Lernkontext „Schule“ zu integrieren. Besondere Möglichkeiten bietet hier die Gesamtschule, da sie den Rahmen für solche Angebote liefern kann.
- Durch das Schul- und Ausbildungssystem werden Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Gruppen und jeglicher weltanschaulicher Orientierung erfasst. Die Schulen sind deshalb auch für die außerschulische Bildung wichtige Partner, um gefährdete Zielgruppen mit ihren Angeboten zu erreichen.
- Durch eine bessere Einbindung von Projektangeboten in die reguläre Arbeit (Vor- und Nachbereitung, thematisch-inhaltliche Vertiefung im Unterricht) kann der Gefahr entgegengewirkt werden, dass angestoßene Prozesse wieder „versanden“, d. h. die Nachhaltigkeit solcher Angebote erhöht werden.
- Eine derartige „Einbettung“ außerschulischer Angebote bietet zudem die Möglichkeit, kognitiv-wissensorientierte, emotionale und soziale Lernprozesse miteinander zu verknüpfen und damit die je spezifischen Potenziale schulischer und außerschulischer Bildung zielgerichteter für die Rechtsextremismusprävention zu nutzen.

Zielgruppen: Bestimmte Zielgruppen stellen für die Weiterentwicklung pädagogischer Angebote in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus eine besondere Herausforderung dar.

- Arbeit mit Bildungsfernen: Bildungsferne Jugendliche sind gerade im Bereich der Rechtsextremismusprävention eine wichtige Zielgruppe. In den letzten Jahren wurden auch, insbesondere in der außerschulischen Arbeit (s. o.), verschiedene Zugänge entwickelt, mit denen diese Jugendlichen besser erreicht und zur Mitarbeit motiviert werden können. Als schwierig erweist es sich jedoch nach wie vor, mit dieser Zielgruppe auch in eine darüber hinaus reichende, themenbezogene Arbeit einzusteigen. Dies durch entsprechende Konzepte und Methoden zu gewährleisten, ist weiterhin eine zentrale pädagogische Herausforderung in diesem Themenfeld.
- Geschlechtsspezifische Ansätze: In der überwiegenden Mehrzahl sind es männliche Jugendliche bzw. junge Männer, die durch rechtsextrem orientiertes Verhalten auffällig werden. Dabei spielt auch eine Rolle, dass rechtsextreme Ideologien und Organisationen ein archaisches, einseitig an

Macht- und Stärkeidealen ausgerichtetes Bild von Männlichkeit kultivieren, das für bestimmte männliche Zielgruppen attraktiv ist. Diese „männlichen“ Seiten des Rechtsextremismus werden in der pädagogischen Praxis bisher noch zu wenig berücksichtigt. Insbesondere bedarf es der Entwicklung und Realisierung von Ansätzen der Arbeit mit männlichen Jugendlichen, in denen versucht wird, zu solchen geschlechtsspezifischen Aspekten des Rechtsextremismus pädagogisch zu arbeiten. Es fehlt aber auch an angemessenen Ansätzen, mit Mädchen und jungen Frauen in der rechtsextremen Szene zu arbeiten.

- Migrant/innen: Eine andere Gruppe, die es künftig stärker und in veränderter Weise einzubeziehen gilt - nämlich nicht nur als „Betroffene“, sondern auch als Zielgruppe von Präventionskonzepten, sind Jugendliche mit Migrationshintergrund. Das gilt etwa für die pädagogische Auseinandersetzung mit dem Holocaust: Pädagogen sehen sich heute mit multiethnischen Lerngruppen konfrontiert, in denen manche Jugendlichen Nachfahren von Tätern, andere von Opfern sind und andere in keinem familienbiografischen Zusammenhang zum Nationalsozialismus stehen. Hier gilt es Konzepte zu entwickeln, die diese Zielgruppen gleichermaßen in die kollektive Erinnerung an wie auch das kollektive Verantwortungsbewusstsein für diese Geschichte einzubeziehen vermögen. Ein anderes Beispiel sind aktuelle antisemitische Tendenzen. Der Antisemitismus türkischer und arabischer Jugendlicher z. B. hat andere Ursachen und ideologische Bezugspunkte als derjenige von Jugendlichen mit deutschen Vorfahren. Er erfordert deshalb auch spezifisches Kontextwissen und Konzepte, die den spezifischen Erfahrungen und Orientierungen junger und besonders muslimischer Migranten Rechnung tragen.

Fritz Bauer InstitutStudien- und Dokumentationszentrum
zur Geschichte und Wirkung des HolocaustGrüneburgplatz 1
D-60323 Frankfurt am Main

Telefon: 0 69-79 83 22-40

Telefax: 0 69-79 83 22-41

Internet: <http://www.fritz-bauer-institut.de>**Fritz Bauer Institut** · Grüneburgplatz 1 · D-60323 Frankfurt am Main**Gottfried Köbler**

Stellvertretender Direktor / Pädagogik

IG Farben-Haus · Querbau Q 3 · 5. Stock · Raum 5.312
Standort

0 69-79 83 22-32

Durchwahl

g.koessler@fritz-bauer-institut.de

E-mail

Frankfurter Sparkasse

BLZ: 500 502 01 · Kontonummer: 321 901

Frankfurt am Main, 27. April 2007

Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum Thema Rechtsextremismus
Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen 16/6708

Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen

Das Fritz Bauer Institut ist ein Forschungs- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust. Die Bekämpfung des aktuellen Rechtsextremismus auf der Ebene der Strafverfolgung und der Sozialpolitik ist daher nicht unsere Aufgabe.

Bei der Beurteilung der Vorschläge zum Umgang mit historisch-politischer Bildung bringt das Fritz Bauer Institut seine Expertise ein.

Die grundsätzlichen Feststellungen des Antragstextes über die Notwendigkeit der Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft sind zutreffend. Institutionen, die sich mit der Demokratie-Erziehung und Menschenrechtsbildung befassen, haben in diesem Zusammenhang eine hohe Bedeutung und bedürfen der staatlichen Unterstützung.

Allerdings ist hier eine kritische wissenschaftliche Begleitung erforderlich, wie sich das am Beispiel der aus Bundesmitteln geförderten Projekte in den letzten Jahren gezeigt hat.

Bekämpfung des Rechtsextremismus ist nicht identisch mit Unterweisung in der Geschichte des Nationalsozialismus oder des Holocaust. Vielmehr ist diese historische Bildung ein Aspekt unter anderen, die zu der Grundlegung demokratischen Bewusstseins und demokratischer Kompetenz in Deutschland gehören.

Die Forderung nach symbolischen Diskriminierungen rechtsextremer Personen (Punkt 3 und 4) ist vor diesem Hintergrund sehr zu begrüßen.

Ehrenamtliches Engagement (Punkt 6 und 7) braucht professionelle Unterstützung. Dazu wäre die Einrichtung einer Monitoring-Group sehr sinnvoll. Diese sollte nicht nur in Hessen, sondern bundesweit vernetzt sein. Das Fritz Bauer Institut kann diese Arbeit aus Personalmangel nicht leisten. Es bietet aber seine Pressedokumentation als Unterstützung an.

Seite 2 zu unserem Schreiben vom 2. Mai 2007

Für dieses Arbeitsfeld verweisen wir auf die Arbeit der *Jugendbegegnungsstätte Anne Frank* in Frankfurt am Main (Projektbereich *Zivile Kräfte stärken*) und der *Mobilen Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus* in Kassel, sowie auf die Angebote des AfL „Mediation u. Schulprogramm“ (Helmolt Rademacher). Das von ihm in Hessen betreute Bundesprogramm *Demokratie lernen & leben* ist zum März 2007 ausgelaufen. Hier sollte dringend eine Form der Weiterführung der darin entwickelten Ansätze und Angebote gefunden werden. Das umfasst auch eine Landesförderung für die anderen Institutionen, die im Bereich der Mediation, der Demokratie-Erziehung und des Community-Coaching aktiv sind.

Zu den Bildungsaufgaben (Punkt 11 und 12) gehört neben der Demokratie-Erziehung und der Menschenrechtsbildung die Beschäftigung mit der Geschichte von Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Die historische Bildung sollte sich aber bei der Vermittlung der Geschichte von Minderheiten in Europa nicht auf die Darstellung der Katastrophen und Menschenrechtsverletzungen allein konzentrieren. Vielmehr ist die Forderung nach einer integralen Beschäftigung mit jüdischer Geschichte von der Kultusministerkonferenz bereits vor Jahren aufgegriffen worden. Diese Herangehensweise muss auf die Beschäftigung mit anderen Minderheiten ausgeweitet werden. Das Hessische Kultusministerium unterstützt in diesem Sinne neben dem *Fritz Bauer Institut* und den *NS-Gedenkstätten* seit Jahren das *Pädagogische Büro nationale Minderheiten: Sinti und Roma* in Marburg und das Jüdische Museum Frankfurt am Main durch Lehrkräfte. Diese Unterstützung erfolgt – so begrüßenswert sie ist – auf einem bei weitem zu geringen Niveau. Sie sollte unbedingt fortgesetzt und abgesichert werden.

Die Evaluation schulischer Unterrichtsinhalte (Punkt 12 b) steckt noch in den Anfängen. Forschungsprojekte im Themenfeld Unterricht zum Holocaust gibt es aktuell an der Johann Wolfgang Goethe- Universität und an der Ludwig Maximilian- Universität in München. Die Hessischen Forschungen sollten von Seiten des Landes unterstützt und mit den Institutionen der Lehrerbildung vernetzt werden. Das Fritz Bauer Institut hat dazu bereits Ansätze entwickelt.

Für den ländlichen Raum bietet das Fritz Bauer Institut eine Beratung von Initiativen und einzelnen Bürgern an, die sich mit der Geschichte der jüdischen Gemeinden befassen. Solche lokalhistorischen Forschungsprojekte bieten die Chance, eine positive Aneignung der Geschichte der Minderheiten als Heimatgeschichte zu ermöglichen.

Frankfurt am Main, 27. April 2007

Gottfried Kößler, pädagogischer Mitarbeiter



Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main
Telefon: 069 56000 20
Telefax: 069 56000 250
www.jbs-anne-frank.de
www.ein-maedchen-aus-deutschland.de

Frankfurt am Main, 30.04.2007

Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum Thema Rechts- extremismus

Schriftliche Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Drucks. 16/6708

Die *Jugendbegegnungsstätte Anne Frank* ist eine Einrichtung der außerschulischen Bildungsarbeit. Ausgangs- und Bezugspunkt der Arbeit bilden die Biografie und das Tagebuch der Anne Frank. Neben der historischen Bildung stehen die Achtung von Demokratie und Menschenrechten und die Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Lebensweise und sozialem Status im Mittelpunkt unserer Arbeit. Unsere Themen sind daher z.B. Konfliktbearbeitung und Zivilcourage. Zu unseren Arbeitsschwerpunkten gehört auch die Beratungsarbeit im Bereich „Zivile Kräfte Stärken“. Hier werden Personen, Institutionen oder Gemeinden beraten, die sich mit Problemlagen im Spannungsfeld Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus oder Konfliktlagen in der Einwanderungsgesellschaft konfrontiert sehen. Anfragen an uns kommen aus dem Rhein-Main-Gebiet und aus anderen Teilen Hessens.

Die Erfahrungen bei unserer Arbeit lassen den Schluss zu, dass die extreme Rechte Jugendliche weiterhin erfolgreich anwirbt und mobilisiert (Punkt 1):

Es fallen qualitative und quantitative Veränderungen auf. Verstärkt trauen sich Jugendliche mit derartigen Orientierungen oder rechtsextremen Hintergründen ihre (rassistische, antisemitische oder antidemokratische) Gesinnung zu veröffentlichen.

Zunehmend zeigt sich erst, während wir mit Gruppen zu anderen Themen arbeiten, ein vorhandenes Problem. Dann nehmen Jugendliche oder ihre BetreuerInnen die Gelegenheit wahr, von Vorfällen zu berichten, die der eigentliche Anlass für den Besuch unserer Einrichtung waren und die einem rechtsextremen Hintergrund zugeordnet werden müssten (z.B. eine Hitlerrede als Handyklingelton). Dabei erleben wir häufig, dass Menschen die wahrgenommenen Probleme nur ungern veröffentlichen wollen. Angst vor Imageverlust, Überbelastung, Selbstgefährdung oder vor einer Verselbstständigung der Ereignisse spielen hier eine Rolle.

Selbst Menschen, die mit unserer Einrichtung Kontakt aufnehmen, weil sie vor Ort Unterstützung im Umgang mit Rechtsextremismus suchen, schätzen viele Vorkommnisse (etwa Hakenkreuzschmierereien oder Schlägereien rechtsextremer Gruppierungen auf Festen) nicht als rechtsextrem oder straffatrelevant ein.

Diese Erfahrungen sprechen dafür, dass die gemeldeten Straftaten unter der Anzahl der tatsächlichen liegen (Punkt 2).

Auch für die Wahrnehmung möglicher Opfer von Rechtsextremismus und deren Bedürfnisse muss meist erst sensibilisiert werden. So berichten Jugendliche von Attacken aus dem rechten Spektrum, denen sie z.B. im Schulbus oder an öffentlichen Plätzen immer wieder ausgesetzt sind. Sie brauchen, lange bevor sie sich von selbst an Polizei oder Behörden wenden würden, dringend Unterstützung von einer Stelle, die niedrigschwellig auf ihre Bedürfnisse eingehen kann (Punkt 2).

Doch Rechtsextremismus ist nicht nur ein Jugendproblem. Hinter auffällig gewordenen Jugendlichen steht oft die erwachsene rechtsextreme Szene vor Ort, zu der diese Kontakte haben. Häufig hofft das Umfeld der Jugendlichen, dass es sich dabei nur um eine Phase in ihrer Entwicklung handelt. Dagegen sprechen erhebliche Anstrengungen rechtsextremer Gruppierungen Jugendliche fest zu integrieren. Um diesen Aktivitäten wirkungsvoll entgegenzutreten braucht es ein breites zivilgesellschaftliches Engagement der örtlichen Gemeinschaft. Neben der Anerkennung dieses meist ehrenamtlichen Einsatzes gehörte dazu (gerade in akuten Problemfällen) eine schnelle und unbürokratische und vor allem auch finanzielle Unterstützung des Landes (Punkt 7). Ein deutliches Votum gegen Rechtsextremismus und für dieses Engagement (Punkt 3 und 7) wäre dabei eine wichtige Unterstützung und Argumentationshilfe für die Zivilgesellschaft. Eine klare, sanktionierende Haltung gegen rechtsextreme Parteien (Punkt 4) wäre eine Hilfestellung bei der Bewertung von Vorfällen und der Frage nach dem daraus entstehenden Handlungsbedarf (so z.B. bei der Frage einer Lehrkraft, ob sie denn überhaupt etwas wegen der Wahlkampf-Aktion mit der so genannten Schulhof-CD der NPD unternehmen sollte, da diese nicht verboten ist, Punkt 9).

Die immer wieder wahrnehmbare Hilflosigkeit im Umgang mit Rechtsextremismus zeigt wie wichtig es ist Zivile Kräfte in Verbänden, Vereinen, Schulen, Initiativen, Kirchen, Unternehmen... zu stärken. Gerade in den Bereichen der Intervention und Nachsorge in akuten Problemfällen benötigen die meisten jugendlichen und erwachsenen Beteiligten mehr Hintergrundwissen und vor allem Unterstützung und Beratung bei der Frage, welche Handlungsspielräume ihnen zur Verfügung stehen, um sich effektiv gegen Rechtsextremismus zur Wehr zu setzen. Oft sind die einzig bekannten Gegenstrategien präventive Maßnahmen, selbst wenn diese längst nicht mehr greifen. Ein zu schnelles, unüberlegtes Vorgehen bei einem Vorfall kann auch zu einer Gefährdung der Beteiligten führen. Beratungs-Arbeit gegen Rechtsextremismus sollte daher prozessorientiert und systemisch angelegt sein. Ein Vorkommen im Ballungsraum wirft andere Probleme auf als eines im ländlichen Raum, in einer einzelnen Institution entstehen andere Probleme als in einer Gemeinde. Ziel sollte es sein, Kompetenzen erwerben zu können, die es im Laufe der Zeit ermöglichen, sich vor Ort selbstständig und kontinuierlich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen.

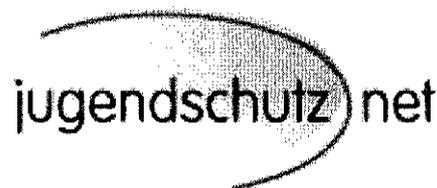
Gerade die Bereiche Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung haben eine zentrale Funktion bei der Abwehr von Rechtsextremismus. Sie bieten die Basis für die notwendige breite Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Fragen, die auch vom Rechtsextremismus aufgegriffen werden. Mögliche präventive Maßnahmen (Punkt 12) wären daher allgemein deren Förderung und beispielsweise die Fortführung von Programmen wie „*Mediation und Schulprogramm*“ oder „*Demokratie*

lernen & leben“. Bei Aus- und Fortbildungen für Jugendarbeit und Schule sollten diese Themen ebenso wie in der Erwachsenenbildung allgemein als Querschnittsthema aufgenommen werden (Punkte 9 bis 11).

Weitere Maßnahmen sollten in Form eines vernetzten, koordinierten Vorgehens diejenigen Zivilen Kräfte und Initiativen unterstützen, die sich bereits im Kampf gegen Rechtsextremismus etabliert haben, und neue Kräfte aktivieren. Dafür wäre eine zentrale Koordinierungsstelle der Zivilgesellschaft hilfreich, die auch die Funktion einer zentralen ersten Anlaufstelle für Zivile Kräfte in Hessen wahrnehmen könnte. Es geht neben der Bearbeitung von Anfragen darum, gemachte Erfahrungen auszutauschen, zu bündeln, hessenweit zugänglich zu machen und zu verbessern. Vorhandenes Fachwissen könnte so in Hessen konsolidiert und ausgebaut werden, Bedarfe für Forschungs- und Evaluationsvorhaben könnten herausgearbeitet und solche initiiert werden (Punkt 12). Dazu wird eine dauerhafte Absicherung entsprechender Projekte und Vorhaben mit offen ausgeschriebenen Landesmitteln benötigt.

Frankfurt am Main, 30.4.2007

Sabine Diederich, Arbeitsbereich „Zivile Kräfte stärken“
Deborah Krieg, Vorstand
Susanne Wiegmann, Geschäftsführung



Stellungnahme von jugendschutz.net zur Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtags zum Thema Rechtsextremismus im Internet

Rechtsextreme nutzen das Internet als zeitgemäßes Medium. Kameradschaften, Bands und die NPD sprechen gezielt Jugendliche an und versuchen sie für neonazistisches und rassistisches Gedankengut zu gewinnen. Die rechtsextreme Web-Szene ist gut vernetzt, die einzelnen Angebote für Interessierte leicht auffindbar.

Mehrdimensionale Strategie gegen Hass im Web

jugendschutz.net, die 1997 von den Jugendministerien der Länder gegründete Stelle für den Jugendschutz im Internet, beobachtet seit 2.000 systematisch den Rechtsextremismus im Internet und etablierte eine mehrdimensionale Gegenstrategie. In den vergangenen Jahren dokumentierte das Projektteam jugendschutzrelevante rechtsextreme Internet-Angebote und erwirkte die Schließung von mehr als 1.000 deutschsprachigen Websites im In- und Ausland. Ergänzend führten die Mitarbeiter mehr als 200 Veranstaltungen mit Jugendlichen und Erwachsenen im schulischen und außerschulischen Kontext durch, entwickelten Module für die pädagogische Praxis und veröffentlichten medienpädagogische Handreichungen.

Rechtsextreme Internet-Szene kontinuierlich kontrollieren

Das Monitoring der jugendrelevanten rechtsextremen Web-Szene stellt ein Frühwarnsystem dar, mit dem problematische Entwicklungen schnell sichtbar gemacht und auf dessen Basis geeignete Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Im Mittelpunkt der Beobachtung stehen diejenigen Angebote und Dienste des Internets, die für Jugendliche attraktiv sind und die von Rechtsextremen als Propaganda-Plattform missbraucht werden.

Neonazis in jugendaffinen Communities und Social Networks

2006 konnten zahlreiche Aktivitäten von Rechtsextremen in Communities und Social Networks dokumentiert werden. Solche Dienste sind bei Jugendlichen besonders beliebt. Neben neonazistischen Mitgliedern auf Plattformen wie MySpace und einer zunehmenden Zahl rassistischer Web-Blogs wurde insbesondere eine Vielzahl von unzulässigen Propaganda-Videos auf Video-Plattformen wie YouTube gefunden. Die Platzierung von Inhalten auf solch jugendaffinen und hoch frequentierten Community-Angeboten multipliziert deren Reichweite und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Jugendliche mit den neonazistischen Botschaften konfrontiert werden.

Web-Angebote von Kameradschaften immer professioneller gestaltet

Kameradschaften gehören zu den aktivsten rechtsextremen Gruppierungen im Internet. Ihre Web-Angebote entfalten durch moderne Gestaltung, rassistische und demokratiefeindliche Thesen, Propagierung von Gewalt und lokalen Bezug zu real existierenden Gruppierungen eine besondere Jugendschutzrelevanz. Insgesamt waren im vergangenen Jahr 187 Kameradschaften mit einem eigenen Angebot online und nutzten es zur Werbung für ihre Aktivitäten und zur Rekrutierung von Nachwuchs. Die Zahl der Kameradschafts-Sites hat sich in den letzten drei Jahren verdreifacht. Die aktivsten Kameradschaften im Web kamen 2006 aus NRW (38), Niedersachsen (18), Baden-Württemberg (15), Rheinland-Pfalz (13), Brandenburg (13), Thüringen (13), Bayern (12) und Hessen (12). Ein Großteil der Angebote enthielt jugendschutzrelevante Inhalte. Gegen 16 Websites mit unzulässigen Inhalten leitete

jugendschutz.net Maßnahmen ein. In 12 Fällen konnte eine Sperrung der Website durch den Provider bzw. die Entfernung der Inhalte erreicht werden, 2 Fälle wurden an die Medienaufsicht weitergegeben.

NPD ködert Jugendliche mit Musik

Die Zahl der NPD-Websites nahm 2006 zu, insgesamt wurden 131 Verbände (Vorjahr: 120) aus der gesamten Republik mit Online-Auftritten dokumentiert. Die meisten Websites kamen aus NRW (30), Bayern (18), Sachsen (14) und Niedersachsen (10). Hessische Verbände waren mit 5 Angeboten im Web vertreten. Mit einer weiteren Professionalisierung von NPD-Angeboten ist zu rechnen. Insbesondere die vermittelten rassistischen und geschichtsfälschenden Botschaften bergen die Gefahr, dass bei Jugendlichen der Hass gegen Minderheiten geschürt oder ein falsches Geschichtsbild vermittelt wird.

Rechtsextreme Musik gehört inzwischen zum Propaganda-Repertoire der NPD, Jugendliche sollen mit kostenlosen CDs geködert werden. Aus Anlass der Landtagswahlen 2006 legte die NPD ihre Schulhof-CD „Der Schrecken aller Pauker und Spießer“ neu auf und bietet die enthaltenen Lieder seitdem auch über ihren Medienserver zum Download an. Links dorthin finden sich auf Angeboten von Landes-, Kreis- und Ortsverbänden sowie von neonazistischen Kameradschaften.

Im Sommer 2006 startete die NPD zudem eine eigene Nachrichtenshow. Der NPD-Landesverband Hessen präsentierte seine rechtsextreme Sendung "Die Woche" nicht mehr nur auf seiner eigenen Website, sondern stellte sie auch bei YouTube ein und erhöhte damit den Verbreitungsgrad erheblich. Auch auf zahlreichen Websites aus dem Kameradschaftsspektrum werden seither die Sendungen ausgestrahlt.

Effektive Maßnahmen gegen unzulässige Angebote ergreifen

jugendschutz.net ergreift Maßnahmen gegen unzulässige rechtsextreme Internet-Angebote im In- und Ausland. In der Vergangenheit wurden vor allem auch für Fälle im Ausland erfolgreiche Vorgehensweisen entwickelt.

Rechtsextremen Angeboten die Plattform entzogen

Das Projektteam sichtete und bewertete 2006 ca 1.600 rechtsextreme Web-Angebote. Knapp 80 Angebote konnten dabei Betreibern oder Providern aus Hessen zugeordnet werden. Insgesamt wurden 365 Verstöße gegen Jugendschutz- bzw. Strafrechtsbestimmungen dokumentiert. In etwa 330 Fällen fand jugendschutz.net Ansatzpunkte für ein Vorgehen und erreichte in 79% aller unzulässigen Fälle die Entfernung der Angebote.

Nationale und internationale Zusammenarbeit unerlässlich

Die Zusammenarbeit mit wichtigen deutschen und internationalen Akteuren ist unerlässlich, wenn die Eindämmung rechtsextremer Propaganda im Web gelingen soll. jugendschutz.net kooperiert daher nicht nur mit der Medienaufsicht, Behörden und Dienst-Anbietern in Deutschland, sondern sucht auch geeignete Partner im Ausland. Mit der Gründung des International Network Against Cyber Hate (INACH) im Jahre 2002 legte jugendschutz.net den Grundstein für eine effektive Zusammenarbeit antirassistischer Initiativen auf internationaler Ebene. INACH vernetzt heute 14 europäische und außereuropäische Beschwerdestellen, die gemeinsam gegen die Verbreitung von rassistischen, diskriminierenden und den Holocaust leugnenden Inhalten vorgehen.

Auseinandersetzung durch Bildungsangebote fördern

Bildungsangebote sind unabdingbarer Bestandteil der Bekämpfung von Rechtsextremismus im Internet. In Workshops sollen Jugendliche und Erwachsene für rechtsextremer Web-

Propaganda sensibilisiert und ihnen Möglichkeiten der inhaltlichen Auseinandersetzung aufgezeigt werden. Das Projektteam entwickelt dazu pädagogische Module für die Aufnahme in den Ausbildungskanon von Pädagoginnen und Pädagogen und Handreichungen für die pädagogische Praxis. Im Jahr 2006 hat jugendschutz.net ca. 30 Veranstaltungen mit Jugendlichen, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Polizei und Strafverfolgung durchgeführt. Die anhaltend hohe Nachfrage zeigt die Wichtigkeit von qualifizierten Weiterbildungen für den schulischen und außerschulischen Bereich zu diesem Thema.

Medienkompetenz-Seminare gegen Hass im Netz

2005 hat jugendschutz.net ein Seminkonzept für eine Ausbildungsreihe entwickelt, die es Lehrerinnen und Lehrern ermöglichen soll, im Rahmen ihrer jährlichen Fortbildungen einen Medienkompetenzschein zum Thema Rechtsextremismus im Internet zu erwerben. In Kooperation mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) wurde dieses zweitägige Ausbildungsmodul 2005/2006 erprobt. Das Seminar ist inzwischen vom Institut für Qualitätsentwicklung in Hessen als Modul der Lehrerfortbildung anerkannt und soll in den kommenden Monaten in Kooperation von jugendschutz.net, HLZ und Landesanstalt für privaten Rundfunk (LPR) mehrfach angeboten werden. Erweist sich das Konzept als erfolgreich, könnte es auch in die Lehrerausbildung anderer Bundesländer übernommen werden.

HLZ-Broschüre "Vernetzter Hass im Web – was tun!"

Im Dezember 2005 erstellte jugendschutz.net für die HLZ die Broschüre "Vernetzter Hass im Web – was tun!", um ältere Jugendliche und junge Erwachsene zu sensibilisieren und zur Zivilcourage zu ermutigen. Die Publikation wurde in einer Auflagenhöhe von mehr als 20.000 Exemplaren gedruckt und von den Landeszentralen in Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen und Hamburg vertrieben. Inzwischen liegt von der Broschüre bereits ein Nachdruck vor, seit Mai 2006 steht sie auch zum Download auf der Website von jugendschutz.net zur Verfügung und wurde bisher mehr als 5.000 Mal heruntergeladen. Im Jahr 2007 wird jugendschutz.net mit der HLZ eine Broschüre für Jugendliche zwischen 14-17 Jahren erarbeiten.

Mainz, den 30. April 2007

Stefan Glaser, Projektleiter Rechtsextremismus

jugendschutz.net wurde 1997 als gemeinsame Einrichtung von den Jugendministerien der Länder gegründet und ist an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angebunden. Die Stelle hat den Auftrag, jugendgefährdende und entwicklungsbeeinträchtigende Angebote im Internet zu überprüfen und auf deren Veränderung oder Herausnahme zu drängen. Das Projekt Rechtsextremismus im Internet von jugendschutz.net wurde bis Ende 2006 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Aktionsprogramms „Entimon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ gefördert. Seit 2007 finanziert die Bundeszentrale für politische Bildung das Projekt.

Kontakt für weitere Informationen:

jugendschutz.net – Jugendschutz in Telemedien
Wallstraße 11
55122 Mainz
06131-328520, -22 (Fax)
buero@jugendschutz.net

Alexandra Kurth

Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum Thema Rechtsextremismus

Wenn es um die »frühzeitige Bekämpfung von rechtsextremistischen Tendenzen bei Jugendlichen« geht, geraten die Universitäten eher selten in den Blick. Auch im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden die Hochschulen nicht explizit erwähnt, obgleich rechtsextreme Studierende als (künftige) Multiplikator(inn)en und/oder Funktionär(inn)en rechtsextremer Parteien und Organisationen eine nicht zu unterschätzende Gefahr für Freiheit und Demokratie darstellen. Die mittlerweile relativ gut erforschte Rechtsradikalisierung an den Universitäten der Weimarer Republik, in deren Folge schon Ende der 1920er Jahre die meisten der Allgemeinen Studierendenausschüsse von rechtsradikalen Antidemokraten dominiert waren, sollten in dieser Hinsicht als warnendes Beispiel gelten. Auch wenn die aktuelle Situation an den Hochschulen glücklicherweise weit davon entfernt ist, muss es gerade vor dem Hintergrund der historischen Bündnisse zwischen NS-Studentenbund und studentischen Korporationslisten an nahezu allen Universitäten der Weimarer Republik als bedenklich erscheinen, dass erneut auch in Hessen immer wieder akademische Burschenschaften aufgrund rechtsextremer Affinitäten und Aktivitäten in die Schlagzeilen geraten. Einige Beispiele der letzten Jahre – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – sollen verdeutlichen, was damit gemeint ist.

Rechtsextreme Aktivitäten in Hessen

Burschenschaften und Burschenschafter wandten sich immer wieder als Unterzeichner rechtsextremer Aufrufe oder mit entsprechenden Flugblättern an die Öffentlichkeit: So unterstützte etwa die Giessener Burschenschaft Dresdensa-Rugia 1992 den Aufruf »Freiheit für Königberg«, in dem die Abtrennung des Kaliningrader Gebiets von Russland und die Wiederansiedlung von Deutschen in Polen gefordert wurden; die Marburger Burschenschaft Rheinfranken veröffentlichte 1993 zusammen mit der Kölner Germania und der Aachener Libertas Brunn zu Aachen anlässlich des Todestages Albert Leo Schlageters ein Flugblatt, in dem der bis heute von Rechtsextremisten mystifizierte Terrorist Schlageter als »Vorbild der deutschen Ju-

gend« gepriesen wurde. Die Vorbildfunktion Schlageters, der 1923 während der Besetzung des Ruhrgebietes nach einem Sprengstoffanschlag auf die Bahnstrecke zwischen Düsseldorf und Duisburg verhaftet und hingerichtet worden war, ergebe sich daraus, dass sein Leben »ganz im Zeichen der Aufopferung für sein Vaterland, die Volksgemeinschaft, für Werte, die längst vergessen scheinen« gestanden habe; die Marburger Burschenschaft Normannia-Leipzig wiederum erklärte anlässlich des 50. Jahrestags des 8. Mai 1945, dass »die Feier der ‚Befreiung‘ eine erschreckende Mischung aus Gedanken- und Würdelosigkeit« sei, denn Deutschland sei 1945 nicht befreit worden. Anlässlich der Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht von 1941 bis 1944 unterzeichneten zahlreiche hessische Burschenschafter eine »Erklärung zur Präsentation der Anti-Wehrmachtausstellung in der Frankfurter Paulskirche«, weil diese »schädigend für das Miteinander der Generationen« sei.

Hessische Burschenschaften organisieren außerdem regelmäßig Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit rechtsextremen Referenten: Das Spektrum reicht dabei unter anderem vom Befürworter eines »Burenstaates« in Südafrika und Kritiker des Verfassungsschutzes, Dr. Claus Nordbruch, über die ehemaligen Terroristen Horst Mahler (RAF-Gründungsmitglied und heutiger NPD-Funktionär) und Dr. Rigolf Hennig (Aktivist des sogenannten Südtiroler Freiheitskampfes in den 1950er/60er Jahren, Funktionär der Deutschen Liga für Volk und Heimat und Herausgeber der Zeitschrift »Der Preuße«), den »Liedermacher« Frank Rennie, die Ex-Bundeswehrangehörigen Dr. Franz-Uhle-Wettler und Gerd Schultze-Rhonhof bis zu den Republikaner-Funktionären, Franz Schönhuber, Dr. Rolf Schlierer (Mitglied der Giessener Burschenschaft Germania) und Prof. Dr. Klaus Weinschenk. Als Veranstalter hervorgetreten sind hier neben den bereits genannten Burschenschaften die Burschenschaft Germania Kassel sowie die Marburger Burschenschaften Germania und Germania-Teutonia.

Als im Januar 1999 der Republikanische Hochschulverband als Dachverband der Partei Die Republikaner nahe stehender Republikanischer Hochschulgruppen gegründet wurde, waren mehr als die Hälfte des siebenköpfigen Vorstands hessische Burschenschafter: Christian Balzer von der Marburger Burschenschaft Rheinfranken, Markus Burkhard von der Frankfurt-Leipziger Burschenschaft Armina, Eike Erdel von der Burschenschaft Normannia-Leipzig Marburg und Markus Rost von der Giessener Burschenschaft Germania.

Schließlich machte die Mitgliedschaft dreier NPD-Aktivistinnen im sächsischen Landtag in der Burschenschaft Dresdensia Rugia Anfang 2005 Schlagzeilen, des Abgeordneten Jürgen W.

Gansel, des Fraktionsassistenten Stefan Rochow¹ und des wissenschaftlichen Mitarbeiters für den Themenbereich »Wirtschaft und Globalisierung« Arne Schimmer. Im Zusammenhang damit berichtete der seinerzeitige Direktor des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Lutz Irrgang, er habe den Eindruck gewonnen, dass es eine Zusammenarbeit zwischen der NPD-Landtagsfraktion und der Dresdensia-Rugia gebe. Dies beinhalte unter anderem, »dass man sich des dort vorhandenen Potenzials bedient für politische Konzeptionen«, womit generell »eine absolut andere Qualität« erreicht sei. »Generelle Kontakte zur NPD« hätten noch zwei weitere hessische Burschenschaften, die er allerdings namentlich nicht erwähnte.

Alle genannten Burschenschaften sind wie auch andere akademische Burschenschaften Teil des modernen deutschen Verbindungsstudententums, das sich seit dem 19. Jahrhundert aus älteren studentischen Organisationsformen herausgebildet hat. Aktuell existieren etwa 1.000 Einzelverbindungen in zirka 30 Dachverbänden mit insgesamt etwa 160.000 Mitgliedern, darunter etwa 110 Burschenschaften, die Mitglied im Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB) sind, einem Dachverband, dem auch die genannten Burschenschaften angehören. Die DB und eine Reihe ihrer Mitgliedsbünde gerieten in den letzten Jahren aufgrund rechtsextremer Aktivitäten immer wieder in die Schlagzeilen, zum Teil auch ins Visier verschiedener Landesämter für Verfassungsschutz, wobei aktuell – erneut – die Verquickung mit rechtsextremen Parteien an Brisanz gewinnt.

Exkurs: Verbindung ist nicht gleich Verbindung – Gemeinsamkeiten und Differenzen

Studentenverbindungen unterscheiden sich im Wesentlichen darin, ob sie Farben tragen – ob also die Mitglieder Band und Mütze in den jeweiligen Verbindungsfarben tragen –, ob sie Messuren schlagen, ob sie explizit einen politischen Anspruch proklamieren und ob sie einem Dachverband angehören. Sie unterscheiden sich auch in Bezug darauf, welche Ex- und Inklusionskriterien gelten, das heißt ob die Mitgliedschaft an konfessionelle, geschlechtsspezifische, auf die Staatsangehörigkeit bezogene oder aber an völkische oder kulturelle Kriterien gebunden ist.

Die Deutsche Burschenschaft ist ein farbentragender, fakultativ schlagender Männerbund mit explizit politischem Anspruch, in deren Mitgliedsbünden nur deutsche Studenten Mitglied

¹ Laut mündlicher Auskunft eines Mitglieds der Burschenschaft Dresdensia Rugia gegenüber der Verfasserin am 3. Februar 2006 soll Rochow mittlerweile aus der Burschenschaft ausgeschlossen worden sein, allerdings nicht aufgrund seiner rechtsextremen Aktivitäten.

werden können. »Deutsch« ist dabei in der Regel nicht an die Staatsangehörigkeit gebunden, sondern völkisch definiert.

Gemeinsam ist allen Studentenverbindungen ein nachdrücklicher Geschichts- und Traditionsbezug, das Lebensbundprinzip (wer Mitglied wird, verspricht, es ein Leben lang zu bleiben), mehr oder minder ausgeprägte elitäre Vorstellungen, häufig verknüpft mit Protektionsmechanismen, der Comment², das Conventsprinzip³ und eine hierarchische Struktur. Für eine zweisemestrige Probezeit erhält der Neuling den so genannten Fuxenstatus. Er erhält nach Möglichkeit ein im Vergleich zu den ortsüblichen Mieten günstiges Zimmer im verbindungseigenen Haus. Im so genannten Fuxenunterricht, der in der Regel einmal wöchentlich vom Fuxmajor – einem jeweils für ein Jahr zur Unterweisung, Erziehung und Beaufsichtigung der Fuxe in diese Position gewählten aktiven Mitglied – abgehalten wird, lernt er alles für das Verbindungsleben Notwendige: Grundzüge der Geschichte der Verbindung und des Hochschulortes, Namen, Adressen und Farben der anderen Studentenverbindungen am Hochschulort, den Comment inklusive der entsprechenden Rituale sowie die Termini der Verbindungssprache. In den schlagenden Verbindungen hat der Fux zudem täglich Fechtunterricht, den der jeweilige Fechtmeister am Ort erteilt.

Nach Ablauf der Probezeit folgt die Burschung bzw. Reception, sofern beide Parteien (Fux und die Mehrzahl der aktiven Mitglieder) keine Einwände erheben. Der Fux muss eine Prüfung über das in der Fuxenstunde Gelernte ablegen und wird in einer feierlichen Zeremonie als aktiver Bursche in die Verbindung aufgenommen. In den schlagenden Verbindungen gehört zu den »Prüfungsleistungen« eine genau festgelegte Zahl von Bestimmungsmensuren. Vor dem Ende des Studiums wird der aktive Bursche inaktiviert, um sich den anstehenden Prüfungen widmen zu können. In der Regel wohnt er nun nicht mehr »auf dem Haus«, sondern besucht dieses lediglich zu bestimmten Anlässen. Am Ende des Studiums steht die Philistrierung, der Bursche wird zum Alten Herren, er tritt in den – im Normalfall amtsgerichtlich eingetragenen und gemeinnützigen – Altherrenverein beziehungsweise die Altherrenschaft ein und finanziert mit seinen Mitgliedsbeiträgen bis zum Lebensende die Verbindung.

² Beim Comment handelte es sich ursprünglich um eine Art Standesordnung und Gesetzbuch für das gesamte studentische Leben, ab Ende des 18. Jahrhunderts nur noch für das der Verbindungsstudenten. Es regelte und regelt zum Teil bis heute den Umgang der Korporationsstudenten untereinander, etwa die Modalitäten der Duelle und Mensuren, die Kommerse, Trinksitten und anderes Brauchtum, das Verhalten gegenüber Frauen sowie die Lösung von Konflikten.

³ Der Convent ist die Versammlung der Vollmitglieder einer Verbindung, in der alle Verbindungsangelegenheiten geregelt werden. Alles dort Besprochene unterliegt Dritten gegenüber dem so genannten Conventsgeheimnis.

Burschenschaften und »Neue Rechte«

Wenn von Burschenschaften und Rechtsextremismus die Rede ist, wird häufig von der so genannten Neuen Rechten gesprochen. Dieser Begriff ist in den letzten Jahren immer mehr zum schillernden Modebegriff geworden, aber in der politik- und sozialwissenschaftlichen Extremismusforschung durchaus umstritten. Die Frage, inwieweit die Ideologie der »Neuen Rechten«, oder genauer die ideologischen Versatzstücke derjenigen, die jeweils zur »Neuen Rechten« gezählt werden, tatsächlich neu sind, wird ebenso unterschiedlich beantwortet, wie die Frage, wer und welche Ideologiemomente zur »Alten Rechten« und welche zur »Neuen Rechten« gezählt werden sollen.

Ursprünglich ist der Begriff »Neue Rechte« die Selbstbezeichnung derjenigen Gruppierungen und Personen, die sich Anfang der 1970er Jahre nach dem Scheitern der NPD an der Fünfpromensthürde bei der Bundestagswahl 1969 von der »Alten Rechten« abspalteten, weil sie meinten, dass deren Strategie – das Festhalten an der Rechtfertigung des Nationalsozialismus und die Orientierung auf parlamentarischen Erfolg – mittelfristig kaum erfolgreich sein würde.

Mit der »Alten Rechten« ist hier in erster Linie die 1964 als Sammlungsbewegung des so genannten nationalen Lagers gegründete NPD gemeint. Unter Bezugnahme auf diverse Ideologie-Elemente der so genannten Konservativen Revolution der Weimarer Republik begann man an einer Erneuerung der ideologischen Grundlagen des Rechtsextremismus zu arbeiten. Diese sollten so formuliert sein, dass Außenstehende sie nicht sofort mit dem Nationalsozialismus in Verbindung bringen konnten. Man bezog sich also zunehmend statt auf den Nationalsozialismus selbst auf explizit antidemokratische Autoren wie Carl Schmitt, Arthur Moeller van den Bruck, Oswald Spengler, Edgar Julius Jung, Ernst Jünger und andere, die außerhalb der »Neuen Rechten« mit Fug und Recht als geistige Wegbereiter des Nationalsozialismus oder Präfaschisten gelten.

Organisatorisches Zentrum der »Neuen Rechten« war die 1972 vom bayerischen Landesvorsitzenden der NPD, Siegfried Pöhlmann, gegründete Aktion Neue Rechte (ANR), der sich laut Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zwölf Organisationen und sieben Publikationsorgane zugehörig fühlten. Das heißt, die ANR war eine Art organisatorischer Kristallisationspunkt, in der in Abgrenzung zur NPD ideologische Orientierungspunkte eines neuen Rechtsextremismus entworfen wurden. Letztlich scheiterte die ANR jedoch bereits 1974 an den unterschiedlichen Auffassungen ihrer Mitglieder.

Wenn *heute* von »Neuer Rechter« gesprochen wird, ist damit keine Organisation oder Partei gemeint, sondern ein loses Netzwerk aus Personen, politischen Organisationen, Arbeitskrei-

sen, Publikationen und Verlagen. Ihr gemeinsames Ziel ist es, auf die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der eigenen ideologischen Orientierung einzuwirken. Anders ausgedrückt: es geht der »intellektuellen Neuen Rechten« um die Umsetzung eines Postulats des italienischen Philosophen Antonio Gramsci, der davon ausging, dass es zur Erlangung der politischen Vorherrschaft zunächst notwendig sei, die kulturelle Hegemonie zu erringen.

Zu den wichtigsten ideologischen Versatzstücken der »Neuen Rechten« zählt die Vorstellung, »Rassen« und/oder »Völker« seien Subjekte der Geschichte, deren vermeintliche Homogenität zu erhalten oder wiederherzustellen sei. Damit eng verknüpft ist die Vorstellung von der Existenz einer zu konservierenden, quasi natürlichen auf Bluts- und/oder Kulturzugehörigkeit begründeten »Volksgemeinschaft«. Die Nichtanerkennung der bundesrepublikanischen Grenzen, Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, völkisches Denken, Antifeminismus, Antipazifismus, Antiparlamentarismus, Antipluralismus, Demokratie- und Systemkritik sowie Geschichtsrevisionismus sind weitere Ideologieelemente, die ganz unterschiedlich kombiniert und montiert werden.

Insbesondere der letzte Punkt hat seit einigen Jahren Hochkonjunktur, einer geschichtspolitische Debatte folgt die nächste. Zu nennen sind hier etwa die Diskussion über Daniel Jonah Goldhagens historische Untersuchung »Hitlers willige Vollstrecker«, der Streit über die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über den Vernichtungskrieg der Wehrmacht von 1941 bis 1944, oder aber die Walser-Bubis-Debatte.

An allen genannten Debatten hat sich die extreme Rechte öffentlichkeitswirksam beteiligt, haben Burschenschaftler wie Burschenschaften Position bezogen. Eines der jüngeren Beispiele ist die Auseinandersetzung um das Verhalten und die geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Äußerungen des NPD-Abgeordneten und Gießener Burschenschaftlers Jürgen W. Gansel im Sächsischen Landtag anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung Dresdens im Januar 2005 – Gansel hatte in seiner Rede unter anderem die alliierten Luftangriffe mit dem Holocaust gleichgesetzt. Obgleich ja die NPD historisch eher der alten als der »Neuen Rechten« zuzurechnen ist, hat ihre Inszenierung geradezu idealtypisch gezeigt, wie die Erzeugung von kultureller Hegemonie funktioniert.

Die extreme Rechte knüpft nicht nur an die Diskurse der gesellschaftlichen Mitte an, es gelingt ihr auch zunehmend, mindestens Versatzstücke der eigenen Ideologie in deren Diskurs zu verankern und diesen sogar zeitweilig zu dominieren. Dies liegt meines Erachtens unter anderem an ihrer personellen Erneuerung. In einer Broschüre des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz über »Intellektualisierungsversuche im Rechtsextremismus« wird darauf

verwiesen, dass »gewisse Erfolge des Intellektualisierungsprozesses« in der NPD darauf zurückzuführen seien, dass »im Zuge des ideologisch-strategischen und organisatorischen Wandels ab 1996 einige jüngere, akademisch gebildete Rechtsextremisten in der Partei Fuß fassten.« Ähnlich äußerte sich im März 2005 der Marburger Erziehungswissenschaftler Benno Hafener in der Frankfurter Rundschau. Er erklärte, dass ein »neuer, selbstbewusster und geschult-professionalisierter Funktionärstypus« die innerparteiliche Bühne der NPD betreten habe. Dieser neue Funktionärstypus – so ließe sich ergänzen – verfügt in der Regel über ein abgeschlossenes Studium. Seine politische Sozialisation fand häufig in einer DB-Burschenschaft statt, das heißt in einer der etwa 110 Burschenschaften, die dem Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB) angehören. Die DB ist mit ihren zirka 15.000 Mitgliedern, darunter etwa 2.000 Studenten, ein Sammelbecken für die demokratische wie die antidemokratische politische Rechte: sie umfasst Mitglieder von CDU/CSU ebenso wie solche der Republikaner, der ehemaligen Schill-Partei oder des Bundes Freier Bürger, Mitglieder der NPD ebenso wie solche der mittlerweile verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) oder der Nationalistischen Front (NF) und sogar der österreichischen FPÖ – die österreichischen Burschenschaften sind dem Selbstverständnis der DB zu Folge, nach dem Österreich als Teil der deutschen Nation anzusehen sei, Mitglied in der DB. Ein ähnliches Bild zeigt sich im hochschulpolitischen Bereich: im RCDS, der Hochschulorganisation der CDU, waren und sind Burschenschafter ebenso aktiv wie in den Hochschulorganisationen der extremen Rechten, etwa im Ring freiheitlicher Studenten (r.f.s.), der in den 1970er Jahren vor allem in Köln aktiv war, im Republikanischen Hochschulverband (RHV), der im Mai 1989 von ca. 40 Studenten aus verschiedenen Teilen der Bundesrepublik auf dem Haus der Münchner Burschenschaft Danubia gegründet, einige Jahre später seine Aktivitäten einstellte, bis er sich 1999 in Frankfurt rekonstituierte, oder aber in der 1967 gegründeten NPD-Hochschulorganisation, dem Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB).

So existiert beispielsweise ein »Arbeitskreis Nationalisten in der Deutschen Burschenschaft (DB) innerhalb des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB)« und der NHB macht damit Werbung, dass in »nahezu jeder bundesdeutschen und österreichischen Hochschulstadt« mindestens eine Burschenschaft ansässig sei, »die ihren Mitgliedern Alternativen zum BRD-System und dessen furchtbaren Auswirkungen in der Universitätslandschaft bieten« könne. Einerseits wird seitens des NHB das studierende NPD-Klientel dazu aufgerufen, in eine Burschenschaft einzutreten, andererseits werben immer wieder Burschenschaften in einschlägigen Publikationsorganen der extremen Rechten, beispielsweise der bereits 1951 ge-

gründeten rechtsextremen Monatszeitschrift Nation & Europa oder aber der völkischen Wochenzeitung Junge Freiheit.⁴

Auf dem Burschentag in Eisenach 2005 hat die seit vielen Jahren zu beobachtende Rechtsentwicklung innerhalb des Dachverbandes Deutsche Burschenschaft einen neuen Höhepunkt erreicht. Erstmals konnten alle Schlüsselpositionen des Verbandes mit Kandidaten aus der Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG)⁵ besetzt werden, was der Gießener Dresdense und zeitweilig stellvertretende RCDS-Vorsitzende von Gießen, Matthias Müller, in der Jungen Freiheit erfreut kommentierte: die DB werde nun »deutlicher als bisher zu Verfehlungen des herrschenden Zeitgeistes Stellung beziehen«, zumal zur neuen Vorsitzenden Burschenschaft für das Jahr 2006/07 die Innsbrucker Burschenschaft Brixia gewählt worden sei, deren Geschichte eng mit dem »Südtiroler Freiheitskampf« verbunden sei, das heißt unter anderem mit terroristischen Aktivitäten in Norditalien.

Schlussfolgerungen und Maßnahmen

Die gesellschaftliche Brisanz des hier in aller Kürze dargestellten liegt meines Erachtens darin, dass der NPD mittelfristig die Synthese zwischen »intellektueller neuer Rechter« und den »Stiefelnazis« aus den Kameradschaften gelingen könnte, womit die Aufspaltung von Anfang der 1970er Jahre nicht nur rückgängig gemacht werden könnte, sondern eine derart modernisierte rechtsextreme Sammlungspartei mit entsprechendem Funktionärspotenzial durchaus ihre politische Chancen erhöhen könnte. Möglich wäre dies, weil hier zwei Strategien ineinander greifen und sich verstärken, die trotz einzelner personeller Übereinstimmungen prinzipiell unabhängig voneinander entwickelt wurden: zum einen müht sich ein Teil der extremen Rechten um Intellektualisierung, zum anderen ist einer Reihe von DB-Burschenschaften und

⁴ Anzeigen von Burschenschaften finden sich in fast allen Ausgaben der genannten Publikationsorgane.
⁵ Die BG wurde 1961 auf dem Haus der Münchner Burschenschaft Danubia gegründet, nachdem in der DB eine Fusion von deutschen und österreichischen Burschenschaften gescheitert war. Die dort zusammengeschlossenen deutschen und österreichischen Burschenschaften bekannten sich bereits im Gründungsprotokoll zum »volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriff« und sahen es als zentrales Ziel an, diesen in der Satzung der DB zu verankern, was 1971 gelang und bis heute Konsequenzen für den Gesamtverband hat. Mit dem so genannten »historische Kompromiss« zwischen den gemäßigeren konservativen und den extrem rechten Burschenschaften, die sich seit Ende der 1960er Jahre in einer Patt-Situation befanden, so dass der Verband nahezu handlungsunfähig geworden war, schaltete sich der konservative Flügel letztlich selber aus. Seine Forderung, das pflichtschlagende Prinzip zum fakultativ schlagenden umzuwandeln, hatte für die rechten Bünde kaum Konsequenzen, während die Aufnahme der österreichischen Burschenschaften im Gefolge des »volkstumsbezogenen Vaterlandsbegriffs« eine kontinuierliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten der extremen Rechten zur Folge hatte.

Burschenschaftern der eigene Verband nach wie vor nicht rechts genug. Scheitern müsste eine solche Doppelstrategie jedoch, wenn mehrerlei in Angriff genommen werden könnte.

Erstens wäre darauf hinzuwirken, dass die demokratischen Kräfte in wie außerhalb der DB eine klare personelle wie inhaltliche Abgrenzung von den Rechtsextremen vornehmen. Die Gründung der Neuen Deutschen Burschenschaft, zu der sich 1996 aufgrund von innerverbandlichen Streitigkeiten eine Reihe der zuvor aus der DB ausgetretenen und ausgeschlossenen Burschenschaften zusammengeschlossen haben, ist hierbei ebenso ein Schritt in die richtige Richtung wie die klare Positionierung einiger anderer korporationsstudentischer Dachverbände, etwa des Köseener Senioren Conventsverbands anlässlich des Paulskirchenjubiläums 1998. Auf welche Schwierigkeiten derlei Abgrenzungsbemühungen allerdings stoßen, zeigt die Debatte innerhalb der Vereinigungen Alter Burschenschaftler, also der Vereinigungen der so genannten Alten Herren. Hier ist die Trennung bislang nicht vollzogen, obgleich die Alten Herren von Mitgliedsbünden der Neuen Deutschen Burschenschaft als Mitglieder zweiter Klasse gelten und ihre Vereinigung auf dem Burschentag nicht vertreten dürfen. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass es den oben aufgeführten Burschenschaften immer wieder gelingt, nicht nur rechtsextreme Referenten, sondern auch solche aus dem demokratischen Spektrum, nicht nur, aber vor allem aus den Reihen der CDU zu gewinnen.

Zweitens ist zu überprüfen, inwieweit die geschilderten rechtsextremen Aktivitäten über Steuerbegünstigungen öffentlich mitfinanziert werden. Erst im März des Jahres hatte ein Student, der für ein Semester auf dem Haus der Giessener Burschenschaft Dresdensia Rugia gewohnt hatte, schwere Vorwürfe gegen den gemeinnützigen Wohnheimverein „Georg Bankwitz e. V.“, den „Trägerverein“ des Hauses der Burschenschaft erhoben. Überprüft werden müsste jedoch auch der Verband für Studentenwohnheime e. V. (VfS), ein Dachverband zahlreicher Wohnheimvereine. Der VfS wurde laut Selbstdarstellung 1975 in Bonn gegründet, genau genommen handelte es sich dabei jedoch um die Umgründung des 1953 auf Initiative des Convent Deutscher Akademikerverbände, einer Art Dachverband verschiedener Altherrenvereine unterschiedlicher verbindungstudentischer Dachverbände, konstituierten Vereins für Studentenwohnheime, dem das zuständige Finanzamt zuvor auf Grund von Unregelmäßigkeiten in der Spendenpraxis die Gemeinnützigkeit aberkannt hatte. Der VfS dient wie seine Vorgängerin »unmittelbar und ausschließlich der Studentenhilfe« und fördert die Einrichtung und Unterhaltung von Studentenwohnheimen. Hierfür bemüht er sich, »Mittel für andere Körperschaften, die sich ihm durch Abschluß eines Betreuungsvertrages angeschlossen haben, zu beschaffen und die Mittel für die Verwirklichung deren steuerbegünstigter Zwecke zur Verfügung zu stellen«. Auf diese Art und Weise werden zahlreiche Verbindungshäuser als Studen-

tenwohnheime betrieben und durch Steuerbegünstigungen sowie Zuschüsse staatlich gefördert. Gemäß den »Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen einem Trägerverein eines Studentenwohnheims (Betreuer) und dem Verband für Studentenwohnheime e. V. in Bonn (Betreuer)« gilt das Engagement des VfS ungeachtet seines durch den Namen apostrophierten Anspruchs ausschließlich den verbindungseigenen Häusern, denn der »Betreute muß ein gesonderter eingetragener Verein neben dem Altherrenverein sein. Dies gilt auch dann, wenn nicht der Altherrenverein der Wohnheimeigentümer ist, sondern ein eigens dafür gegründeter Verein (meist Hausverein genannt) oder etwa eine GmbH oder auch ein Dritter, von dem das Wohnheim angemietet wurde. Die Vereinsvorstände sollen nicht personengleich sein«, heißt es in den Richtlinien des VfS. Gemäß derer muss der Trägerverein des Studentenwohnheimes sogar selbst nicht als gemeinnützig anerkannt sein, sondern lediglich in der Satzung sicherstellen, dass das Wohnheim jedem Studenten unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Studentenverbindung offen steht und dass das von ihm gebildete Vermögen der Studentenhilfe zu Gute kommt. Das heißt, dem Missbrauch ist letztlich Tür und Tor geöffnet, weil ein Trägerverein Kosten für die Infrastruktur rechtsextremer Aktivitäten steuerlich absetzen kann, ohne dass dies je geprüft würde.

Drittens müsste insbesondere an den gymnasialen Schulen für das Thema sensibilisiert werden. So bemüht sich beispielsweise die Burschenschaft Rheinfranken Marburg intensiv darum, Anzeigen in Abiturzeitungen zu schalten, und bietet für Schüler und Wehrdienstleistende eine umfassende Beratung im Rahmen eines so genannten Schnupperstudiums an. Das Thema „Rechtsextremismus“ sollte nicht nur in den Rahmenrichtlinien für Haupt- und Realschulen verankert sein, sondern auch in denen für die Gymnasien.

Zum Schluss sei darauf verwiesen, dass die hier angerissene Problematik eine eindeutige »Genderdimension« beinhaltet. Und das nicht nur, weil die genannten Burschenschaften allesamt Männerbünde sind. Einige neuere sozialwissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass Rechtsextremismus und Gewalt in einem größeren Maße ein »Männerproblem« darstellen, als dies vielleicht auf den ersten Blick erscheinen mag. Das heißt, wir haben es hier auch mit den Resultaten fehlgeleiteter männlicher Sozialisation zu tun, auf das in der Lehrer(innen)aus- wie Fortbildung wesentlich stärker vorbereitet werden muss als dies bislang der Fall ist.

Dr. Alexandra Kurth
Justus-Liebig-Universität Giessen
Institut für Politikwissenschaft

Michael Weiss
Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz)
Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin
Telefon: ++30-6116249
mail@apabiz.de

Stellungnahme zur Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum Rechtsextremismus

Vorbemerkung:

In meiner Tätigkeit als Bildungsreferent für das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) sowie für die agentur für soziale perspektiven (asp) in Berlin bin ich gerade in den letzten Monaten viel in Hessen unterwegs. Zu meinen Aufgaben zählen neben der Durchführung von Seminaren und Veranstaltungen (Themen u.a.: „Versteckspiel – Symbole, Codes und Lifestyle von rechten und extrem rechten Gruppen“, „Rechtsrock“, „Rechtsextremismus in Hessen“) insbesondere Recherchen zur hessischen Neonaziszene und verbunden damit Gespräche mit AntifaschistInnen und Opfern rechter Gewalt.

Für einen geplanten Sammelband in einem renommierten Verlag, der in den nächsten Monaten erscheinen wird, habe ich einen Artikel zu neueren Entwicklungen des Neonazismus in Hessen beigesteuert, der sich in einem Kapitel auch damit beschäftigt, wie mit dem Thema Neonazismus in Hessen (nicht) umgegangen wird.

Auszug aus meinem Beitrag „Neuere Entwicklungen des Neonazismus in Hessen“ (Michael Weiss, 2007, noch unveröffentlicht)

....

Auch dem aktuellen Problem, der Etablierung des „nationales Wohnprojektes“ in Butzbach-Hochweisel, ging eine lange Kette von Fehleinschätzungen, Handlungsdefiziten und fehlender Courage voraus. Um die Jahreswende 2003 / 2004 pachteten vier Aktivisten der FNRM eine alte Hofreite im Nidderauer Stadtteil Heldenbergen (bei Hanau). Die Kellerräume waren schnell für Treffen hergerichtet und obgleich der Bürgermeister von Anfang an über das Treiben informiert war, behielt er sein Wissen ganz exklusiv für sich. Nicht einmal die Parteien im Nidderauer Rathaus wurden informiert. Die Neonazis wurden selbstsicherer und selbstbewusster. Selbst als sich am 17. April 2004 ca. 100 Neonazis in der Scheune zu einem Konzert trafen und mit der anrückenden Polizei eine Schlägerei lieferten, blieb der politische Hintergrund völlig ausgeblendet. In den Folgemonaten fanden Angehörige rechter Jugendcliquen der Umgebung Anschluss an die Gruppe, einzelne von ihnen nahmen von nun an den regelmäßigen Treffen teil und reisten im August 2004 mit dem Bus der FNRM zu einem Großaufmarsch der Szene ins bayerische Wunsiedel. An den Schulen der Umgebung traten extrem rechte Jugendliche immer offensiver auf, doch Einzelinitiativen von Lehrern und Lehrerinnen zur Thematisierung des Problems wurden zurückgepfiffen. Im Herbst 2004, das Wohnprojekt hatte sich längst zum Kristallisationspunkt der Rhein-Main-Neonazis

entwickelt, kam es, wie kommen musste: die Antifa wurde aufmerksam, Flugblätter informierten die Nachbarschaft, die Medien rückten an, eine erste antifaschistische Demonstration wurde vorbereitet. Jetzt ging alles recht schnell, der Verpächter wurde unter Druck gesetzt, einzelne Nachbarn machten gegen die Neonazis mobil und Wöll & Co räumten Ende 2004 das Feld. Doch bis dahin hatten sie ein Jahr lang in Heldenbergen ungehindert ihre Struktur aufbauen dürfen. Die bloße Befürchtung, Nidderau könne in negative Schlagzeilen geraten, hatte den Bürgermeister bewogen, nichts zu sagen, nichts zu tun und das Problem einfach auszusitzen. Nun begann für die FNRM die Suche nach einem neuen Objekt und diesmal sollte es gekauft werden. Schon nach wenigen Wochen wurden sie im Butzbacher Stadtteil Hochweisel fündig. Der Kauf wurde schnell und diskret über die Bühne gebracht, die Gelder dazu gab unter anderem die Bank. Während die Polizei heute darauf verweist, den Butzbacher Bürgermeister Oswin Veith unverzüglich über das Kaufinteresse der Neonazis unterrichtet zu haben, bestreitet Veith, diese Information vor Kaufabschluss erhalten zu haben. Auch er behielt sein Wissen für sich, während die FNRM munter am Ausbau des Hauses und ihrer Organisation werkten. Seitdem das „nationale Wohnprojekt“ von Medien und AntifaschistInnen öffentlich gemacht wurde, ist der Bürgermeister darauf bedacht, jeden antifaschistischen Widerstand im Keim zu ersticken. Selbst Vereine, die nur Informationsveranstaltungen zum Thema durchführen (wollen), werden zurechtgewiesen und unter Druck gesetzt. In Hochweisel scheinen die Neonazis den Kampf ums Dorf zu gewinnen, in Teilen der Nachbarschaft gelten sie als freundlich und hilfsbereit, andere Nachbarn berichten hinter vorgehaltener Hand darüber, dass Hochweiseler Eltern ihre Kinder schon mal mit dem Auto zu den Treffen ins „nationale Wohnprojekt“ brächten und wieder abholten. ...

In kaum einem Bundesland erfahren antirassistische und antifaschistische Initiativen so wenig Unterstützung und Lobby wie in Hessen. Es herrscht eine antiquierte Wahrnehmung der extremen Rechten vor und entsprechend unzureichend sind die Methoden, mit denen ihr entgegengetreten wird. Dies lässt sich beispielhaft an der skandalumwitterten Rede zum Thema „Patriotismus“ verdeutlichen, die der rechtskonservative Historiker Arnulf Baring auf Einladung der hessischen CDU am 7. September 2006 in Wiesbaden hielt und in der er den Nationalsozialismus als „beklagenswerte Entgleisung“ bagatellierte. In der Rede, die von der Mehrzahl der Anwesenden enthusiastisch beklatscht wurde, ging er auch auf die Gewalttaten der extremen Rechten ein, die laut Baring nicht neonazistisch motiviert, sondern allenfalls „Jugendverirrungen“ seien. Ausgeblendet blieb der Fakt, dass extrem rechte Gewalt die zwangsläufige Konsequenz der dahinterstehenden Ideologie ist, nämlich eines rassistischen, antisemitischen, nationalistischen, sozialdarwinistischen und mit Allmachtsphantasien angereicherten Denkens. Dies ist mitnichten eine „Jugendverirrung“. Zudem entspricht ein immer geringer werdender Teil der Szene dem Klischee des arbeits- und perspektivlosen jugendlichen Außenseiters aus sozial schwachen Verhältnissen. Vielmehr besteht das Problem in der gesellschaftlichen und sozialräumlichen Verankerung der Szene. Die Mehrheit der Aktiven entstammt bürgerlichen und großbürgerlichen Verhältnissen, viele sind integriert in Sport- und Schützenvereine, Dorfburschenschaften, Freiwillige Feuerwehren oder sogar kirchliche Jugendgruppen. Sie sind Teil der Dorfgemeinschaft und ihrer abendlichen Partygesellschaft. Wenn das unterdurchschnittliche Bildungsniveau der Szene viele Jahre lang signifikant war, so haben die Neonazis auch in dieser Beziehung aufgeholt. Dem Führungskreis der Kameradschaftsszene in Südhessen und im Rhein-Main-Gebiet gehören mittlerweile ein gutes Dutzend studierte, teils sogar diplomierte, Personen an.

Viele Kommunen und die Landesregierung halten sich ein konsequentes polizeiliches Einschreiten gegen Neonazis zu Gute. So meinte Kirtorfs Bürgermeister Ulrich Künz im Jahr 2000, dass gerade in Hessen keine Gefahr von Rechtsextremisten ausginge, weil Innenminister Bouffier verfügt habe, alle Aktivitäten zu unterbinden. Die Logik von Künz'

Worten ist schwer zu fassen, dennoch wird das Bemühen deutlich, Neonazismus zu einem Problem der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu erklären und seine „Bekämpfung“ an die Polizei zu delegieren. Da die Polizei jedoch erst aktiv werden kann, wenn Straftaten begangen werden oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet sind, liegt der Schluss nahe, dass Neonazis in vielen Kommunen von Hessen erst dann als Problem gelten, wenn sie kriminell werden oder zu laut rumgrölen. Eine Partizipation demokratischer Kräfte bei ihrer Bekämpfung ist selbst dann noch lange nicht erwünscht.

Buchauszug Ende

Doch gerade an diesem Punkt- der Partizipation von demokratischen Kräften- sollten Kommunen, Landkreise und zu guter letzt die hessische Landesregierung den Kampf gegen das rechte Dominanzstreben, gerade im ländlichen Raum angehen.

Bei näherer Betrachtung mangelt es in Hessen an beinahe Allem, was ein erfolgversprechendes Entgegenreten gegen Neonazis ausmacht:

1. Bildungsangebote

Tatsächlich gibt es nach meinen Erfahrungen bspw. in den Lehrerkollegien, bei SozialarbeiterInnen und Studierenden der Sozialarbeit im Allgemeinen kaum Wissen über Organisierung, Strategien, Erkennungszeichen, Lebenswelten etc. der extremen Rechten. Es herrscht tatsächlich eine derart antiquierte Wahrnehmung und Einschätzung der extremen Rechten vor, die bundesweit beinahe ohne Beispiel ist. Diese Lücke muss geschlossen werden - durch die gezielte Förderung von Initiativen, die (Weiter-)Bildung in diesem Bereich anbieten, die aktuelle und realistische Einschätzungen bieten können.

2. Problemanalysen und Problembekämpfung

Aufgrund der spürbaren qualitativen und quantitativen Zunahme des Neonazismus in Hessen und des immens gestiegenen Selbstbewusstseins der Neonazis, ist der Aufbau von regionalen mobilen Beratungsteams dringend erforderlich, wie sie in den neuen Bundesländern bereits seit einigen Jahren bestehen. Von Institutionen wie der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank in Frankfurt wird derartiges „Community Coaching“ bereits angeboten, doch verpuffen diese Ansätze in der Regel dann, wenn sich eine Gemeinde / Kommune überhaupt kein Problem eingestehen möchte. Das Kleinreden, Aussitzen und Unter-den-Teppich-kehren muss endlich aufhören.

3. Opferberatung und Opferschutz

Durch die in einigen Regionen anhaltenden, in anderen Regionen zunehmenden neonazistischen Übergriffe und Bedrohungen auf/gegen nicht-rechte Jugendliche und MigrantInnen, ist die juristische und psychologische Betreuung der Opfer unabdingbar. So erzählen im Jahre 2007 Jugendliche aus dem Vogelsbergkreis, dass sie sich nicht trauen, an ihren Schulen und in ihren Dörfern/Städten gegen rechts einzutreten. Viele sind bereits bedroht und eingeschüchtert worden, manche angegriffen. Aus vielen Gesprächen mit Opfern rechter Gewalt geht hervor, dass kein Vertrauen in Polizei und Justiz besteht – insbesondere in Kristallisationspunkten extrem rechter Aktivitäten wie dem Wetteraukreis, wo die Polizei (nicht nur unter Jugendlichen) selbst als rechtslastig gilt. Viele rechte Straftaten in Hessen werden somit nicht zur Anzeige gebracht.

Es braucht dringend eine Anlaufstelle, die die Sorgen und Probleme (potenzieller) Opfergruppen ernst nimmt, diese betreut, begleitet und zwischen ihnen und den Behörden vermittelt. In diesem Bereich hat sich die Arbeit der mobilen Opferberatungs-Projekte in Ostdeutschland seit Jahren bewährt.

4. Antirassistische Projekte an Schulen

Darüber hinaus bedarf es unverzüglich antirassistischer Projekte, die der NPD-Strategie des Kampfes um Schule und Provinz etwas entgegenzusetzen haben. Diese sollten jedoch nicht bei der Aufklärung über Neonazismus stehen bleiben, sondern demokratische Gestaltungsmöglichkeiten aufzeigen und SchülerInnen dazu ermutigen klar gegen rechte Meinungen aufzutreten. Mit dem Projekt „Hyperlinks gegen Rechts“ des BDP sowie dem Projekt „Netzwerk für Demokratie und Courage“ des BDJ und des DGB existieren bereits seit einiger Zeit zwei Projekte, die sich bei jungen Menschen großer Resonanz erfreuen.

Beide Projekte fördern die Partizipation junger Menschen bei der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft und dem Engagement gegen Neonazismus.

5. Vernetzung anti-rechter Bündnisarbeit

Bereits seit vielen Jahren arbeiten auf lokaler und regionaler Ebene verschieden „Bündnisse gegen Rechts“ in denen sich eine Vielzahl von Parteien, Verbänden und antifaschistischen Gruppen beim Kampf gegen die extreme Rechte zusammengeschlossen haben.

Diese leisten bei der Mobilisierung gegen neonazistische Aktivitäten große Arbeit, wie beispielsweise die „Anti-Nazi-Koordination“ aus Frankfurt/M. bei der Organisation gegen Nazi-Aufmärsche in Frankfurt 2001/2002 oder in Hochweisel im vergangenen Jahr.

Es bedarf zwischen den Projekten eines regelmäßigen Austauschs, um Synergieeffekte herstellen und um neue Ideen entwickeln zu können. Die im Jahre 2006 und 2007 durchgeführten Kongresse in Arnoldshain und Frankfurt (organisiert von der Evangelischen Akademie Arnoldshain und der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank) waren nur erste Schritte in die richtige Richtung.

6. Förderung nicht-rechter Jugendkulturen

Zu guter Letzt stehen aber auch Kommunen und Gebietskörperschaften selber in der Pflicht. Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit dürfen nicht gekürzt bzw. bestehende Einrichtungen, in denen junge Menschen demokratisches Handeln lernen können, nicht beschnitten oder geschlossen werden, wie dies in jüngster Vergangenheit in Bad Nauheim der Fall war. Gerade im Wetteraukreis stellt die (ersatzlose) Schließung eines von nicht-rechten Jugendlichen besuchten Jugendzentrums in Bad Nauheim ein in ihrer Konsequenz katastrophales Zeugnis dar.

Für weitere Informationen stehe ich gerne zur Verfügung.

29.4.07

Michael Weiss

Stellungnahme zum Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen, Drucks. 16/6708

Diese Stellungnahme bezieht sich fast ausschließlich auf Rechtsextremismus in und im Umfeld von **Schule**.

Datenlage

Die Datenlage hinsichtlich des Auftretens rechtsextremer Schüler in ihrer Schule stellt sich als extrem dünn dar. Da es sich bei diesen Auftritten in der Regel nicht um Straftaten im Sinne der §§ 86 und 86a sowie 130 StGB handelt, kommt es nicht zu Anzeigen und somit auch zu keiner Erfassung. Da es keine Meldestelle für rechtsextreme Auftritte (unterhalb der Straftaten) in der Schule gibt, gibt es nur unsystematische Hinweise, wo rechtsextreme Jugendliche in Erscheinung treten. Dies wurde auf Nachfrage beim Landeskriminalamt bestätigt.

Orte in denen rechtsextreme Jugendliche/Schüler aufgetreten sind bzw. auftreten sind die Folgenden: Birstein(Main-Kinzig-Kreis), Lauterbach und andere Orte im Vogelsberg, Karben, Friedrichsdorf. Dies ist eine unsystematische Zusammenstellung.

Auffällig ist auf jeden Fall, dass es sich nach meinem Kenntnisstand im überwiegenden Maße um Schulen im ländlichen Raum handelt, insbesondere um Schulen in denen es sehr wenige Migranten gibt.

Bisher gibt es auch noch keine ernst zu nehmenden Auftritte von Rechtsextremen vor den Schulen, d.h. dass dort Propagandamaterial oder CDs mit rechtsextremer Musik verteilt wurde.

Problembewusstsein in den Schulen

Sich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinanderzusetzen fällt den Schulen, d.h. zunächst in der Regel den Lehrkräften, der Schulleitung und den Eltern nicht leicht. Es gibt eher eine Tendenz, das Problem nicht wahrzunehmen bzw. es niedrig zu hängen. Möglichst soll das Thema nicht nach außen dringen und man hofft, dass es in der Schule nur ein Randphänomen eines Einzelnen oder Einzelner bleibt. Dahinter steckt vor allen Dingen die Befürchtung, die Schule könnte einen schlechten Ruf bekommen. Es gibt noch kein Bewusstsein, dass das möglichst schnelle, offensive und öffentliche Ansprechen ein ganz hoher Wert ist, der dann auch konsequenterweise die Anerkennung der Umgebung finden müsste.

Äußern sich rechtsextreme Schüler im Unterricht bzw. in der Schule, reagieren die Lehrkräfte eher unsicher und hilflos, es sei denn sie sind entsprechend vorbereitet bzw. können im Rahmen von Fortbildungen diese Vorfälle ansprechen.

Beispiel für einen gelungenen Umgang mit Rechtsextremismus in einer Schule

Am Beispiel der Haupt- und Realschule Birstein wird hier aufgezeigt, wie eine Schule konstruktiv und offensiv mit dem Thema umgehen kann. Die Schule war von 2000 bis 2004, d.h. vier Jahre mit dem Thema beschäftigt. Damit wird deutlich, welche zeitliche Dimension das Thema Umgang mit Rechtsextremismus einnehmen kann.

Als zum ersten Mal Schüler mit Springerstiefeln und anderen eindeutigen Kleidungsstücken in Erscheinung traten und andere Schüler einschüchterten, waren die Lehrkräfte sehr verunsichert, wie sie reagieren sollten. Die Schule hatte das Glück, dass beim Auftreten des Phänomens ein großer Teil der Lehrkräfte an einem Basistraining Konstruktive Konfliktbearbeitung/Mediation teilnahm. Dadurch gab es einen Ort, an dem systematisch mit Hilfe einer Trainerin über das Thema gesprochen werden konnte. Zum Aussprechen der Unsicherheiten, Ängste und Irritationen musste es zunächst einmal einen Ort geben. In diesem Basistraining erfolgte eine Sensibilisierung, auf dessen Grundlage der Schulleiter und die Lehrkräfte gemeinsam über eine Strategie im Umgang mit den entsprechenden Schülern nachdenken konnten.

Im Laufe der Zeit entwickelte sich dann eine Strategie, die sich an drei Aspekten orientierte:

1. Umgang mit den Tätern
2. Unterstützung von eher passiven oder verängstigten Schülern („Stärkung der Mitte“)
3. Öffentlichkeit einschalten

Im Einzelnen bedeutete das:

Zu 1. Es wurde eine schulinterne Kleiderordnung erstellt, die das Tragen bestimmter Kleidungsstücke (z.B. Springerstiefel) verbot. Kamen dennoch Schüler mit Kleidungsstücken mit entsprechenden Aufschriften, mussten sie sich diese Kleidungsstücke links herum anziehen. Diese Maßnahmen zeigten mit der Zeit Wirkung, so dass die Schüler von sich aus auf das entsprechende Outfit verzichteten.

Zu 2. Nach einem 24-stündigen Basistraining in Konstruktiver Konfliktbearbeitung/Mediation traten die Lehrkräfte an die Trainerin heran und baten sie um ein spezielles Training, wie sie mit der Problemlage besser umgehen könnten. In diesem Training ging es auch um Fragen der Stärkung von demokratischem Bewusstsein und des Erlernens von Zivilcourage. Ihre Erfahrungen aus dem Training nutzen die Lehrkräfte um in ihren Klassen Zivilcouragetrainings durchzuführen. Alle diese Maßnahmen zielten darauf ab, die Schüler „in der Mitte“ zu stärken, also diejenigen, die eher abwartend und passiv sich verhielten und den rechtsextremen Positionen nicht so gut entgegenreten konnten. In Einzelfällen wandten sich auch Jugendliche mit rechtsextremen Einstellungen an die Lehrkräfte, wenn sie mit der Frage beschäftigt waren, wie sie aussteigen könnten.

Zu 3. Wichtig war der offene Austausch unter den Lehrkräften und die gemeinsame Entwicklung einer Strategie mit der Schulleitung. Dies war mit einem gewissen Risiko behaftet, weil die Schule schnell in den Ruf einer „rechten Schule“ kam. Einmal hatte es auch die Folge, dass „linke“ Jugendliche in der Schule auftauchten, um einige Rechtsextreme zu verprügeln.

Die Lehrkräfte wandten sich dann an Pfarrer, Bürgermeister und Vereine der umliegenden Gemeinden, aus denen die Jugendlichen mit rechtsextremer Einstellung kamen. Diese Vertreter wurden sensibilisiert und für eine Unterstützung gewonnen. Ergebnis dieses Austauschs war dann die Einrichtung eines „runden Tisches“ und damit die Herstellung von Öffentlichkeit.

Die Schule organisierte dann auch noch eine Lesenacht, in der sie mit entsprechender Literatur eine Sensibilisierung herbeiführte. Ferner wurde ein Fest gemeinsam mit Migranten und deren Vereinen durchgeführt.

Schlussfolgerungen

Aus den bisherigen Erfahrungen lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

- Der wichtigste Schritt ist der, Schulen darin zu ermutigen im Hinblick auf rechtsextreme Jugendliche sensibel und wachsam zu sein, um zunächst schulintern umgehend darüber zu sprechen und dann möglichst schnell darauf zu reagieren. Es gilt ein Klima zu schaffen, bei dem ein offener Umgang mit dem Problem rechtsextremer Jugendlicher möglich ist. Schulen, die sich dem Problem stellen, sollten öffentlich belobigt werden z.B. durch einen Preis für Zivilcourage.
- In die Aktionen gegen Rechtsextremismus sollten Schülerinnen und Schüler und ihre Vertretungsorgane (Schülervertretung – SV) sowie Elternvertreter in einem partizipativen Sinne einbezogen werden.
- Es gilt die betroffenen Schulen darin zu stärken, neben schulinternen Aktionen (z.B. Zivilcouragetrainings, Lesenacht) die Öffentlichkeit zu suchen und beispielsweise „runde Tische“ einzurichten.
- Mediations- und Demokratietrainings, die zunächst mit den Lehrkräften und dann mit den Schülern durchgeführt werden, sind eine gute Möglichkeit über die Problematik zu sprechen, dadurch ein Bewusstsein herzustellen und daraus eine Strategie des Umgangs mit rechtsextremen Jugendlichen zu entwickeln. Im Zentrum steht dabei die unsicheren und „passiven“ Schüler zu stärken.
- Schulen sollten zu ihrer Unterstützung zivilgesellschaftliche Institutionen (z.B. Jugendbegegnungsstätte Anne Frank, Frankfurt, Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)) auf ihrer Seite haben. Dabei wäre die Einrichtung einer oder mehrerer Anlauf- und Meldestellen günstig, an die man sich vertrauensvoll wenden kann, um sich im Hinblick auf die Problematik beraten lassen zu können. In diesem Zusammenhang wäre die Bereitstellung von Mitteln beispielsweise zur Durchführung von Zivilcourage- und Demokratietrainings, wie sie im Rahmen des BLK-Projekts „Demokratie lernen und leben“ in Hessen entwickelt wurden, notwendig.
- Der Geschichtsunterricht bezogen auf die NS-Zeit sollte so gestaltet werden, dass nicht nur Fakten vermittelt werden, sondern auch ambivalente Gefühle der Schüler zugelassen und somit bearbeitet werden können.

Helmolt Rademacher, Amt für Lehrerbildung Frankfurt (ehemals Projektleiter „Demokratie lernen und leben“)

Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum Thema Rechtsextremismus

Ihr Schreiben vom 26. März 2007 / AZ: I A 2.6

Sehr geehrte Frau Thaumüller,

zu der Gesamtproblematik nehme ich Stellung wie folgt:

die Hessische Landeszentrale für politische Bildung will mit ihren publizistischen und pädagogischen Angeboten die Grundwerte unserer politischen Kultur in das öffentliche Bewusstsein bringen und die Entwicklung des freiheitlich-demokratischen Bewusstseins durch politische Bildungsarbeit fördern.

Sie setzt dabei besondere Schwerpunkte hinsichtlich der Aufklärung über Diktatur, totalitäre Herrschaft und politischen Extremismus. Dies konkretisiert sich etwa in der Aufklärung über den Nationalsozialismus und seine Verbrechen sowie die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Extremismus und Ausländerfeindlichkeit im Rahmen von Fachtagungen, Seminaren, Vorträgen, Zeitzeugengesprächen und Publikationen.

Hinsichtlich ihrer vielfältigen Aktivitäten zum Thema Rechtsextremismus verweise ich auf die Stellungnahme der HLZ vom 7. Februar 2006.

Diese erfolgreiche Arbeit sollte auch in der Zukunft fortgesetzt werden.

Dies gilt insbesondere für

- die Erarbeitung und Abgabe spezifischer Publikationen für verschiedene Zielgruppen (Multiplikatorinnen / Multiplikatoren, Jugendliche usw.). Ich verweise beispielhaft auf die Publikation „Vernetzter Hass im web – was tun?“
- die inhaltliche und finanzielle Unterstützung von Seminarveranstaltungen zum Thema „Rechtsextremismus“, die sich vor allem an junge Menschen wenden und diese zu aktiver Mitarbeit anregt.

Durch solche Maßnahmen gelingt es erfahrungsgemäß gerade bei jüngeren Teilnehmerinnen und Teilnehmern Eigenaktivitäten und Selbstverantwortung zu entwickeln und ihren Sinn für ein couragiertes Auftreten gegen politischen Rechtsextremismus zu stärken.

Bei der didaktischen und methodischen Umsetzung der angeregten Aktivitäten gilt es die Bandbreite der unterschiedlichen Themenschwerpunkte zu beachten (Anti-Rassismus-Training, Argumentationstraining gegen Stammtischparolen usw.), um differenzierte Handlungsmöglichkeiten zu berücksichtigen. Bei sich schnell wandelnden Handlungsfeldern wie dem Internet bedarf es der Hilfestellung von Spezialisten, um geeignete Fort- und Weiterbildungskonzepte zu entwickeln. Hierzu sei das Stichwort „jungenschutz.net“ ausdrücklich genannt.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Jürgen Kerwer

Referatsleiter

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Landesbezirk Hessen

DGB Bezirk Hessen-Thüringen · Abteilung Jugend
Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77 · 60329 Frankfurt

Hessischer Landtag
Der Vorsitzende des Innenausschuss
Heike Thaumüller
Postfach 3240
65022 Wiesbaden

eing. 02.05.07 um

**DGB Bezirk Hessen-Thüringen
DGB Hessen
Abteilung Jugend**

Wilhelm-Leuschner-Str. 69 - 77
60329 Frankfurt/Main

Telefon: 0 69 -27 30 05-56/-57
Telefax: 0 69 -27 30 05 -55

Rückfragen bitte an:
Cornelia Dörries
Carina Tittelbach

Abteilung
Jugend

Unser Zeichen
cd;ct

Datum
26. April 2007

**Stellungnahme zur Anhörung im Innenausschuss des
Hessischen Landtages zum Thema Rechtsextremismus
(Dringender Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
betreffend Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen,
Druck 16/6708)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die DGB-Jugend Hessen hat ihr Schreiben vom 06.03.2007
erhalten und gibt hierzu folgende Stellungnahme ab:

Seit Jahren sind deutlich ansteigende Aktivitäten von
Neonazis in Hessen zu beobachten. Es fällt auf, dass sich
Rechtsextreme vermehrt und gezielt an Jugendliche wenden.
Entgegen der landläufigen Ansicht, dass die Lebensfähigkeit
und die Ausstrahlungskraft des modernen
Rechtsextremismus einen hohen Organisationsgrad
verlangten, ist das Gegenteil festzustellen. Der moderne
Rechtsextremismus ist deswegen reproduktionsfähig, weil er
eine Bewegung mit der Tendenz zur Entwicklung sozialer

27.04.07
Seite 2

Bewegungsmilieus, zu politischen Bewegungen und zu verschiedenen kulturellen Stilen besitzt.

In Hessen versucht sich die JN – die Jugendorganisation der NPD - mit einem „4-Säulen-Konzept“ zu profilieren:

1. Der Kampf um die Dörfer mittels Verteilaktionen, Stützpunktgründungen u.ä.,
2. der Kampf um die Schulen, z.B. durch das Stellen von Klassen- und Schulsprechern,
3. die Zusammenarbeit mit den Kameradschaften und
4. die Intellektualisierung der Jugend mittels Schulungslagern und Gründung eines nationalen Bildungswerks.

Es gehört zu den Mustern der extremen Rechten, den Kampf im Parlament und auf der Straße zu führen. In Hessen ist eine Zunahme von Konzerten, privaten Geburtstagsfeiern, Demonstrationen, Aufmärschen usw. zu beobachten. So meldete der Landesverband der NPD für den 1. Mai gleich zwei Veranstaltungen in Raunheim und in Rüsselsheim an. Inhaltlich begründet die NPD die Demonstrationen am Tag der Arbeit mit dem hohen Ausländeranteil der beiden Städte und mit den dort angeblich besonders sichtbaren negativen Folgen der Globalisierung.

Die Entwicklung der NPD in Hessen ist Besorgnis erregend. Die Partei konnte im Jahr 2005 ihre Mitgliederzahl in Hessen von 300 auf 350 erhöhen. Die Partei ist ein zentraler Akteur des aktuellen Rechtsextremismus. Sie fungiert als Knotenpunkt zwischen klassischer Parteiarbeit, militanten Neonazismus sowie der rechtsextremen Jugendkultur und schafft Synergieeffekte zwischen diesen Bereichen.

Die DGB-Jugend sieht sich in einer antifaschistischen und antirassistischen Tradition. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eines unserer zentralen Anliegen. Überall wo es uns möglich ist, setzen wir uns ein gegen Rassismus, Antisemitismus und autoritäres Denken.

Wir klären auf mit Seminaren und Informationsveranstaltungen. Wir arbeiten mit in Bündnissen gegen Rechts. Wir gehen auf Jugendliche zu und diskutieren mit ihnen, z. B. bei Rock gegen Rechts Konzerten. Mit dem Netzwerk Demokratie und Courage engagieren wir uns an Schule und Berufsschulen. Dort leisten wir wichtige präventive Arbeit.

Aus unserer Sicht reichen die bisherigen Aktivitäten der Landesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen nicht aus. Insbesondere die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure wurde bisher zu wenig anerkannt.

Für eine wirkungsvolle Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen müssen regionale und lokale Projekte gefördert und gestärkt werden. Die schulische und außerschulische Bildungsarbeit auf diesem Gebiet ist als Beitrag zur Demokratieerziehung zu verstehen und muss dementsprechend ausgebaut werden.

Es bedarf Strukturen, die die unterschiedlichen Institutionen, Verbände und Projekte nachhaltig vernetzen, so dass ein fruchtbarer Austausch entsteht und Synergien und Ressourcen gebündelt werden können.

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

27.04.07
Seite 4



Mit freundlichen Grüßen

DGB-Jugend Hessen

Cornelia Dörries